

Marcel van der Linden

VON DER OKTOBERREVOLUTION ZUR PERESTROIKA



Der westliche Marxismus und
die Sowjetunion

Die »russische Frage« ist ein zentrales Problem für den Marxismus des zwanzigsten Jahrhunderts. Dieses Problem war und bleibt, in Castoriadis' Worten, »der Prüfstein der theoretischen und praktischen Einstellungen, die sich auf die Revolution beziehen«. Umso merkwürdiger ist es, daß bisher kein einziger Wissenschaftler versucht hat, die Entwicklung des marxistischen Denkens über die Sowjetunion von 1917 bis heute zusammenhängend und zusammenfassend zu beschreiben. Wahrscheinlich liegt dies jedoch nicht so sehr an dem Thema selbst, als vielmehr an dem geringen Entwicklungsniveau, an dem die Geschichtsschreibung über marxistische Theorien allgemein leidet.

Marcel van der Linden

Von der Oktoberrevolution

zur Perestroika

Der westliche Marxismus und
die Sowjetunion

Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin

dipa-Verlag

Inhalt

<i>Danksagung</i>	9
<i>Vorwort</i>	11
<i>1. Einleitung</i>	13
<i>2. Von der Oktoberrevolution zur Stalin-Ära (1917-1929)</i>	21
2.1 Kautsky und die Bolschewiki: drei Kontroversen	21
2.1.1 Kautsky-Lenin	22
2.1.2 Kautsky-Trotzki	25
2.1.3 Kautsky-Bucharin	28
2.2 Levi, Luxemburg und die Bolschewiki. Kritik und Anti-Kritik	30
2.2.1 Levi	30
2.2.2 Luxemburg	32
2.2.3 Interpretationen	35
2.2.4 Zetkin, Lukács, Kautsky	36
2.3 Linkskommunistische Kritiken	40
2.3.1 Gorter, Pannekoek, Rühle	40
2.3.2 Korsch	44
2.4 Zusammenfassung	45
<i>3. Von Stalins »Großem Sprung vorwärts« zum »Großen Vaterländischen Krieg« (1929-1941)</i>	47
3.1 Theorien des Staatskapitalismus	50
3.1.1 Mjasnikow	51
3.1.2 Adler	53
3.1.3 Wagner	54
3.1.4 Worrall	56
3.1.5 Pollock	58
3.2 Trotzki: die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats	60
3.3 Theorien der neuen Produktionsweise	65
3.3.1 Laurat	65
3.3.2 Weil	68
3.3.3 Rizzi	70
3.3.4 Burnham	73
3.3.5 Shachtman	77
3.3.6 Pedrosa	77
3.3.7 Hilferding	78

3.4	Kritiken	80
3.4.1	Kritiken an Theorien des Staatskapitalismus	80
3.4.2	Kritiken an Theorien des degenerierten Arbeiterstaats ..	81
3.4.3	Kritik an Theorien der neuen Produktionsweise	83
3.5	Zusammenfassung	84
4.	<i>Vom »Großen Vaterländischen Krieg« zur strukturellen Assimilierung Osteuropas (1941–1956)</i> ..	86
4.1	Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats	89
4.2	Theorien des Staatskapitalismus	92
4.2.1	Trotzkistische Dissidenten	92
4.2.1.1	Grandizo/Péret	93
4.2.1.2	James/Dunayevskaya	95
4.2.1.3	Castoriadis/Lefort	98
4.2.1.4	Cliff	100
4.2.2	Bordiga	103
4.3	Theorien der neuen Produktionsweise	106
4.3.1	Guttman	106
4.3.2	Abwendung von der »Etikettierung«	108
4.3.2.1	Sternberg	109
4.3.2.2	Cycon	111
4.3.2.3	Frölich	112
4.3.2.4	Kofler	114
4.4	Debatten und wechselseitige Kritiken	116
4.4.1	Die Deutscher-Debatte	116
4.4.2	Reaktionen auf Burnham	122
4.4.3	Mandels Kritik an den Theorien des Staatskapitalismus und des bürokratischen Kollektivismus	128
4.5	Zusammenfassung	131
5.	<i>Vom XX. Parteikongreß der KPdSU zur Unterdrückung des »Prager Frühlings« (1956–1968)</i>	133
5.1	Theorien des Staatskapitalismus	134
5.1.1	Die Strömung um Cliff	134
5.2	Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats	134
5.3	Theorien der neuen Produktionsweise	136
5.3.1	Djilas	136
5.3.2	Kuroń/Modzelewski	140
5.3.3	Theorien »ohne Etikett«	142
5.3.3.1	Wittfogel und seine Kritiker	142
5.3.3.2	Marcuse	143
5.3.3.3	Rosdolsky	145
5.3.3.4	Boeueve	146
5.4	Zusammenfassung	147

6. Von der Unterdrückung des »Prager Frühlings« zur Perestroika (1968–1985)	148
6.1 Theorien des Staatskapitalismus	148
6.1.1 Die Strömung um Cliff	148
6.1.2 Mattick	150
6.1.3 Maoistische Varianten	151
6.1.3.1 Holmberg	152
6.1.3.2 Bettelheim und seine Kritiker	153
6.1.3.2.1 Bettelheim	153
6.1.3.2.2 Kritik	156
6.1.4 Die operaistische Variante	158
6.2 Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats	159
6.2.1 Änderungen	159
6.2.2 Kritik	160
6.3 Theorien der neuen Produktionsweise	162
6.3.1 Theorien des bürokratischen Kollektivismus	162
6.3.1.1 Stojanović	162
6.3.1.2 Kritische Rizzi-Anhänger	164
6.3.1.2.1 Carlo	164
6.3.1.2.2 Melottis Kritik an Carlo	166
6.3.1.3 Fantham/Machover	167
6.3.1.4 Sweezy	169
6.3.2 Theorien einer neuen Produktionsweise ohne (konsolidierte) herrschende Klasse	170
6.3.2.1 Pioniere: Arthur, Naville, Altwater/Neusüss	171
6.3.2.2 Die Debatte in <i>links</i>	174
6.3.2.3 Dutschke und seine KritikerInnen	176
6.3.2.3.1 Dutschke	176
6.3.2.3.2 Kritik	177
6.3.2.4 Simin	178
6.3.2.5 Exkurs: Sohn-Rethel, Damus und die »gesellschaftliche Synthesis«	182
6.3.2.6 Bahro und seine KritikerInnen	184
6.3.2.6.1 Bahro	184
6.3.2.6.2 Kritik	191
6.3.2.7 Schmiederer	194
6.3.2.8 Ticktin und seine KritikerInnen	195
6.3.2.8.1 Ticktin	195
6.3.2.8.2 Kritik	199
6.3.2.9 Ungarns »Neue Linke«	200
6.3.2.9.1 Bence/Kis (Rakovski)	200
6.3.2.9.2 Konrád/Szelényi	200
6.3.2.9.3 Fehér/Heller/Márkus	202

6.3.2.10 Campeanu	204
6.4 Zusammenfassung	205
<i>7. Bilanz</i>	207
7.1 Theoretischer Rückblick	207
7.2 Metatheoretischer Rückblick	219
<i>8. Ausblick</i>	227
8.1 Die Hilflosigkeit der nicht-marxistischen Theorie	229
8.2 Notwendige Begriffsklärungen	231
8.3 Wachstum und Stagnation der Sowjetgesellschaft	234
8.4 Die Logik nachholender Entwicklung	236
8.5 Exogenes Bewegungsgesetz und konfligierende Tendenzen	239
8.6 Perspektiven	243
<i>Anmerkungen</i>	247
<i>Bibliographie</i>	313
<i>Personenregister</i>	343

Danksagung

Die erste Fassung dieser Studie erschien 1989 in niederländischer Sprache. Während der Vorbereitung dieses Buches hatte ich das Glück, mit einer großen Anzahl von Personen sprechen und korrespondieren zu können - ihre Informationen und Kommentare waren für mich unverzichtbar. Mein besonderer Dank geht an Jürgen Baumgarten (Berlin), Ray Challinor (Newcastle upon Tyne), Tony Cliff (London), Helmut Fleischer (Dortmund), Duncan Hallas (London), Mike Haynes (Birmingham), Bernd Klemm (Hannover), Peter Kulemann (Wien), Ernest Mandel (Brüssel), Pierre Rousset (Amsterdam), Hillel Ticktin (Glasgow), Paul Verbraeken (Antwerpen), Hermann Weber (Mannheim), Adam Westoby (Keynes) und den verstorbenen Pierre Frank (Paris). Die deutsche Ausgabe ist überarbeitet und mit einem Schlußkapitel versehen worden. Eine erste Fassung dieses Kapitels wurde von Joost Kircz, Alice Mul und Jan-Willem Stutje kommentiert. Für die große Sorgfalt bei der Übertragung ins Deutsche danke ich meinem Übersetzer Klaus Mellenthin.

Utrecht, August 1991

Vorwort

Mit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ scheint von der Geschichte endgültig eine der zentralen Fragen beantwortet zu sein, die in der sozialwissenschaftlichen Debatte und vor allem auch im marxistischen Diskurs fast unseres gesamten Jahrhunderts eine bedeutende Rolle spielte: die nach der Entstehung, dem Charakter und der Entwicklung der Sowjetunion und der Staaten ihres Herrschaftsbereichs. Die vorliegende Studie riskiert daher in mehrerlei Hinsicht, als anachronistisch bewertet zu werden: Sie erschien zum ersten Mal 1989 in holländischer Sprache, das heißt sie wurde (auch wenn die deutschsprachige Ausgabe, die nunmehr drei Jahre später erscheint, überarbeitet und ergänzt wurde) *vor* den großen Umwälzungen in der Sowjetunion und Osteuropa erarbeitet. Sie behandelt die Periode von der Oktoberrevolution bis zur Perestroika, einen Zeitraum von 1917 bis 1985. Sie befaßt sich also mit sozialen, politischen und ökonomischen Phänomenen und Fragestellungen, die im heutigen Licht gesehen wie aus einem anderen Jahrhundert zu sein scheinen; jedenfalls scheinen wir heute nach dem beschworenen „Ende der Geschichte“ in unserer „postkommunistischen“ Welt mit gänzlich anderen Fragen konfrontiert zu sein.

Doch die Realität straft die Annahme eines historischen Endzustandes Lügen. Nicht nur lastet die vergangene Geschichte der Sowjetgesellschaft(en) wie ein Fluch auf den heutigen Generationen, weiterexistierende Strukturen und ungelöste Probleme werfen deutliche Schatten auf ihre zukünftige Geschichte. Die aktuellen Fragen und die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der „postkommunistischen“ Gesellschaften werden jedenfalls nicht zu verstehen sein, ohne die wissenschaftliche Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Dazu leistet die vorliegende Studie Marcel van der Lindens einen wichtigen Beitrag.

Zum ersten Mal werden umfassend und bis in die kleinsten Verästelungen die Theorieansätze innerhalb des unabhängigen, „westlichen“ marxistischen Diskurses dargestellt und kritisch bewertet, die eine Erklärung der Sowjetgesellschaft versuchten. In diesem Sinne stellt die Studie eine theoriegeschichtliche Pionierarbeit dar.

Aber ihre Bedeutung geht darüber hinaus. Der Autor läßt keinen Zweifel daran, daß *alle* in der Studie untersuchten Theorien (die überwiegend auf drei Wurzeln zurückgeführt werden können, wie sie in den folgenden Begriffen zusammengefaßt sind: Staatskapitalismus, degenerierter Arbeiterstaat, neue Produktionsweise) in ihrem Versuch gescheitert sind, eine schlüssige Erklärung der Sowjetunion und der Gesellschaften ihres Herrschaftsbereichs zu formulieren. Gleichzeitig macht er jedoch deut-

lich, daß sie eine Fülle von Material und Fragen bearbeiten, die noch heute zum großen Teil von wesentlicher Bedeutung für die *zukünftige* Entwicklung der postsozialistischen Staaten und nach wie vor ungelöst sind.

Die „sowjetische Frage“ war in der Geschichte des marxistischen Diskurses in diesem Jahrhundert der Prüfstein, an dem sich die Geister schieden, mit all den oft existenziellen Konsequenzen, die heute allgemein bekannt sind. Die Vertreter der These vom „Ende der Geschichte“ haben nicht gezögert, gleichzeitig das „Ende des Marxismus“ zu verkünden. Vor diesem Hintergrund erhält die Studie Marcel van der Lindens eine weitere Dimension: Indem er die dargestellten Theorien einer kritischen Revision unterzieht, versucht er gleichzeitig, Elemente einer „Metatheorie“, einer neuen umfassenden theoretischen Anstrengung zu erarbeiten, die ausgehend vom marxistischen Diskurs in der Lage wäre, die alten und neuen Phänomene der „sowjetgesellschaftlichen“ Entwicklung auf den Begriff zu bringen. In diesem Sinne könnte die Frage der Haltung zur Sowjetunion und ihren Nachfolgegesellschaften einen Beitrag zur Frage nach der Lebensfähigkeit des Marxismus/der Marxismen überhaupt leisten.

Frankfurt am Main, im April 1992

Werner Mackenbach

1. Einleitung

Der Begriff »westlicher Marxismus« wird in verschiedenen Bedeutungen verwendet. Gewöhnlich sind damit die Arbeiten der AutorInnen gemeint, die sich mit dem Studium und der Kritik kultureller und ideologischer Entwicklungen befassen. Diejenigen, die Fragen der Ökonomie, Politik und gesellschaftlicher Macht analysieren, fallen heraus.¹ Manchmal wird die politische Geographie betont und »westlicher Marxismus« als »nicht-sowjetisches oder nicht-Sowjet-ähnliches marxistisches Denken« verstanden.² Diese Definition verwende ich hier; sie gibt der Problematik »westlicher Marxismus und Sowjetunion« ihre Symmetrie: Es geht um die Frage, wie von der Sowjetunion politisch unabhängige MarxistInnen Entwicklungen in der Sowjetunion theoretisch verarbeitet haben.

Die Bezeichnung »nicht-sowjetisches oder nicht-Sowjet-ähnliches marxistisches Denken« bedarf noch der Präzisierung. Erstens ist zu klären, was die Begriffe »nicht-sowjetisch« und »nicht-Sowjet-ähnlich« beinhalten. In dieser Studie werde ich sie operationell als eine Position definieren, die sich (a) nicht der offiziellen Sowjetideologie anpaßt und (b) die gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion nicht als sozialistisch oder als sich zum Sozialismus hin entwickelnd auffaßt. Schwieriger ist, zweitens, die Frage, was »marxistisch« bedeutet – zumal in der Vergangenheit häufig der eine Autor den anderen beschuldigt hat, nicht marxistisch zu argumentieren. Ich habe diese Schwierigkeit zum Teil dadurch umgangen, daß ich alle AutorInnen als MarxistInnen ansehe, die sich selbst so bezeichnen. Manche AutorInnen aber argumentieren niemals *explizit* als MarxistIn. In diesen Fällen bin ich der Auffassung des Historikers Bernstein gefolgt, der fünf »zentrale Kategorien« anführt, die, im Zusammenhang gesehen, eine marxistische Auffassung historischer Fragestellungen implizieren:

1. Materielle Faktoren sowie ökonomische und soziale Kräfte bestimmen das Tempo historischer Entwicklung.
2. Die Geschichte besteht aus einer spezifischen Reihe aufeinanderfolgender gesellschaftlicher Formationen.
3. Der Übergang von der einen gesellschaftlichen Formation zur anderen ist ein dialektischer Prozeß.
4. Der Übergang von der einen gesellschaftlichen Formation zur anderen geht mit Klassenkampf einher.
5. Gleichgewicht und Stillstand sind illusionär; Veränderung und Umformung des Wesens der Wirklichkeit verkörpern die historische Norm.³

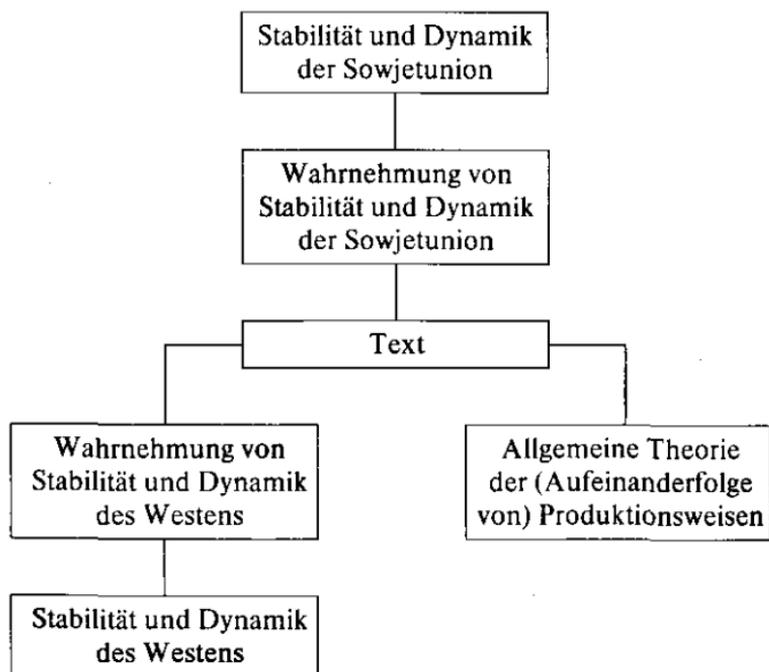
Im Zweifelsfalle habe ich stets diese fünf Kategorien als Kriterien verwendet; in einem Falle habe ich auf Grund dieser Herangehensweise sogar einen Autor

zu den Marxisten gerechnet, der sein Werk als Abrechnung mit eben dem Marxismus verstanden haben will (James Burnham).

Ich bespreche ausschließlich (a) »westlich-marxistische« AutorInnen aus Nordamerika und Westeuropa und (b) AutorInnen aus anderen Regionen (insbesondere Osteuropa und der Sowjetunion), deren Werk in Nordamerika und/oder Westeuropa durch Übersetzungen zugänglich gemacht worden ist.⁴

Wesentlich für diese Studie ist die langfristige Perspektive. Indem ich der Entwicklung des »westlichen Marxismus« von 1917 bis 1985 (dem Amtsantritt Gorbatschows)⁵ folge und dabei zugleich Vollständigkeit bei der Aufführung der unterschiedlichsten Theorien anstrebe, hoffe ich, die Kontinuitäten und Brüche aufzuspüren, die bei einer Reduktion auf einen kürzeren Zeitraum verborgen bleiben würden.⁶

Die Analyse des Denkens im »westlichen Marxismus« über die Sowjetunion besteht primär in der Analyse von Texten. Ebenso wie alle Texte stehen auch die von mir besprochenen innerhalb vieler Kontexte: von der Zielsetzung, dem Leben und dem übrigen Werk der betreffenden AutorInnen bis zu der sie umgebenden Kultur und Gesellschaft.⁷ Obwohl eine vollständige Erhellung aller Zusammenhänge, in denen ein Text steht, fast unmöglich ist, bleibt es für eine historisch-kritische Einordnung von Bedeutung, die Zusammenhänge aufzudecken, die jedenfalls in einem gewissen Maße (in nicht-



deterministischem Sinne) begreiflich machen, warum ein bestimmter Text einen bestimmten Inhalt bekommen hat. Bei einem Thema wie dem (politischen und ökonomischen) Charakter der Sowjetunion liegt die Vermutung nahe, daß die relevanten kontextuellen Zusammenhänge primär politischer und ökonomischer Art sind. In dieser Studie verwende ich als Arbeitshypothese, daß drei kontextuelle Zusammenhänge die »westlich-marxistische« Theoriebildung über die Sowjetunion beeinflusst haben.

1. *Die allgemeine Theorie der Gesellschaftsformen (Produktionsweisen) und ihrer Aufeinanderfolge.* Hierin sind viele Aspekte enthalten, aber wie aus dem Folgenden deutlich werden wird, war für die Debatte über die Sowjetunion vor allem das Problem der *Abfolge* von Gesellschaftsformen relevant. Das marxistische Denken über dieses Problem durchlief seit 1917 drei Perioden.⁸

a. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre bestanden verschiedene Auffassungen nebeneinander; einige, darunter politisch unterschiedliche Persönlichkeiten wie Kautsky und Lenin, meinten, daß es sich um eine unilineare Entwicklung handle, die aus der Sequenz Sklavenhaltergesellschaft-Feudalismus-Kapitalismus-Sozialismus bestehe; andere (die *Asiatschiki*) sahen in der »asiatischen Produktionsweise« eine zweite mögliche Entwicklungslinie als Achse; einzelne (z.B. Wittfogel) gingen noch weiter und unterstellten drei Entwicklungswege.

b. Von den dreißiger Jahren bis zur zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dominierte das unilineare Denken fast vollständig, obwohl einige MarxistInnen an der Existenz einer »asiatischen Produktionsweise« festhielten.

c. Am Ende der fünfziger Jahre beginnt die Auflösung des unilinearen Denkens. Nach einer ersten Periode, in der die »asiatische Produktionsweise« erneut entdeckt wurde und vielen als Allheilmittel für analytische Schwierigkeiten erschien, folgte eine ungestüme Entwicklung, die in der »Entdeckung« von immer mehr Produktionsweisen resultierte, woraufhin die alte Theorie der Produktionsweise selbst zur Diskussion gestellt wurde.

Diese Entwicklung ist deshalb so wesentlich für unser Thema, weil angenommen werden kann, daß die allgemeine Theorie (der Aufeinanderfolge) der Produktionsweisen a priori das Denken über den geschichtlichen Ort der Sowjetgesellschaft als Produktionsweise mit bestimmt hat. Sofern das unilineare Denken konsequent angewendet wird, kann die Sowjetunion nur noch feudalistisch, kapitalistisch oder sozialistisch sein. Und sofern man die Sowjetunion als eine Gesellschaftsform neuen Typs charakterisiert, bricht man gleichzeitig mit diesem Unilinearismus.

2. *Die Wahrnehmung der Stabilität und Dynamik des westlichen Kapitalismus.*

Diese Wahrnehmung hat seit 1917 global drei Perioden durchlaufen.

a. Die erste Periode, die erst Anfang der fünfziger Jahre zu Ende ging, wurde von einem Wahrnehmungsmuster dominiert, das den Verfall, den Nieder-

gang und die Auflösung des durch die verallgemeinerte Warenproduktion beherrschten Systems betonte. Der kurze wirtschaftliche Aufschwung nach dem Ersten Weltkrieg mündete Anfang der zwanziger Jahre in einer tiefen Krise; ihr folgte ein schwacher und ungleichmäßiger Aufschwung, der 1929 seinen Höhe- und Wendepunkt erreichte. Die Auswirkungen des folgenden großen »Crash« reichten bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre. Doch schon kurz danach begann der Zweite Weltkrieg. Die Jahre unmittelbar nach 1945 ließen noch keineswegs einen allgemeinen und andauernden Aufschwung erwarten; die wirtschaftliche Entwicklung blieb schwach und drohte Anfang der fünfziger Jahre in den Vereinigten Staaten in eine ziemlich tiefe Rezession zu münden. Es ist daher wenig erstaunlich, daß während dieser gesamten Periode die Vitalität des Kapitalismus als gering eingeschätzt wurde.⁹ Auf marxistischer Seite wurde die Periode von der Oktoberrevolution bis ca. 1952 von einem Denken in Begriffen vom »Todeskampf« und »Zusammenbruch« des Kapitalismus beherrscht. Ein bekanntes und extremes Beispiel war Henryk Grossmann, der Ende der zwanziger Jahre eine Formel aufstellte, mit der er den großen *Kladderdatsch* berechnen zu können meinte, wenn der numerische Wert der in der Formel verarbeiteten Variablen (»Elemente«) bekannt sein würde.¹⁰ Sehr typisch war auch die Einschätzung, die Trotzki in seinem *Übergangsprogramm* von 1938 über den Weltzustand gab:

»Die Produktivkräfte der Menschheit haben aufgehört zu wachsen. Die neuen Erfindungen und neuen technischen Fortschritte führen nicht mehr zu einem Wachstum des materiellen Reichtums. [...] Die Bourgeoisie sieht selbst keinen Ausweg.«¹¹

b. Die zweite Periode begann Anfang der fünfziger Jahre und dauerte ungefähr bis zum Ende der sechziger Jahre. Dieser Zeitraum historisch unbekanntem wirtschaftlichen Wachstums, steigenden Wohlstands und geringer Arbeitslosigkeit in den hochentwickeltesten kapitalistischen Ländern verursachte einen Stimmungsumschwung. Neben den MarxistInnen, die ungeachtet des Anscheins des Gegenteils an den alten Einschätzungen festhielten, traten immer mehr TheoretikerInnen auf, die an der Haltbarkeit der klassischen Krisentheorie zweifelten.¹² In einer viel beachteten empirischen Studie über die Profitrate behauptete zum Beispiel Gillman 1957:

»Die Ergebnisse zeigen, daß die historischen Statistiken der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg diese Theorien von Marx voll zu stützen scheinen, während sie sich nach dem Krieg im allgemeinen im Gegensatz zu den Erwartungen von Marx verhielten.«¹³

Einige Jahre später gingen Baran und Sweezy noch weiter; sie folgerten, daß im Monopolkapitalismus »das Surplus sowohl absolut wie relativ mit der Entwicklung des Systems zu steigen tendiert«¹⁴.

c. Während der dritten Periode schließlich, seit dem Ende der sechziger Jahre, wuchs die Überzeugung, daß der Kapitalismus unlöslich mit wirtschaftlichen Krisen verbunden ist, wieder schnell.

3. *Die Wahrnehmung der Stabilität und Dynamik der Sowjetgesellschaft.*

Auch diese Wahrnehmung kann global in drei Perioden unterteilt werden. Da jede dieser Perioden im weiteren Verlauf dieser Studie näher beschrieben wird, beschränke ich mich hier auf einen sehr knappen Aufriß.

a. Die erste Periode endete am Beginn der dreißiger Jahre; die Gesellschaft schien in diesen Jahren etwas chaotisch und schlecht organisiert zu sein.

b. Die zweite Periode erstreckte sich bis 1956, dem Jahr von Chruschtschows Enthüllungen auf dem XX. Kongreß der KPdSU; der Stalinismus schien in dieser Zeit seine Macht konsolidiert und die Sowjetgesellschaft im großen und ganzen »geplant« zu haben.

c. Die dritte Periode, seit dem Ende der fünfziger Jahre, wies gesellschaftliche Brüche auf, allmählich immer deutlicher werdende politische und ökonomische Herrschaftsprobleme, sowie immer wieder in erheblichem Ausmaß scheiternde Reformversuche.

Die Vermutung liegt nahe, daß jede dieser Phasen Einfluß auf die Theoriebildung gehabt hat; diese Vermutung wird während des Fortgangs dieser Studie untermauert werden.

Diese drei kontextuellen Zusammenhänge haben die AutorInnen, die marxistische theoretische Texte über den gesellschaftlichen Charakter der Sowjetunion verfaßten, beeinflußt. Von Bedeutung ist hier, daß diese AutorInnen im allgemeinen nicht völlig isoliert tätig, sondern Teil einer breiteren »Gemeinschaft« westlicher MarxistInnen waren, die über ähnliche Probleme arbeitete. Dennoch halte ich es nicht für sachgerecht, in der vorliegenden Studie Kuhns »Paradigma«-Modell anzuwenden. Der Begriff »Paradigma« hat sich in der letzten Zeit zu einem Modebegriff entwickelt, mit dem sehr unterschiedliche Aspekte der Theoriebildung bezeichnet werden, was eine gewisse Inhaltsleere dieses Begriffs bewirkt hat. Die Verwirrung ist zum Teil durch Kuhn selbst verursacht worden, der in seiner Studie *The Structure of Scientific Revolutions* (1962) den Begriff in mindestens 21 verschiedenen Bedeutungen verwendet.¹⁵ Die Unbestimmtheit des Begriffs erkennend, hat Kuhn in einem »Nachwort« 1969 eine genauere Definition gegeben:

»Ein Paradigma ist, was Mitglieder einer wissenschaftlichen Gemeinschaft teilen, und umgekehrt besteht eine wissenschaftliche Gemeinschaft aus Personen, die ein Paradigma teilen.«¹⁶

Das Paradigma wird dabei als eine wissenschaftliche Praktik aufgefaßt, in der »Gesetz, Theorie, Anwendung und Instrumentation« einen strikten Zusammenhang bilden¹⁷ – so die Umschreibung in dem ursprünglichen Werk 1962.

Die »wissenschaftliche Gemeinschaft« wird in dem »Nachwort« 1969 wie folgt charakterisiert:

»[...] Mitglieder einer wissenschaftlichen Gemeinschaft sehen sich selbst – und werden von anderen – als Personen gesehen, die für das Erreichen einer Reihe gemeinsamer Ziele außerordentlich verantwortlich sind, was die Ausbildung ihrer Nachfolger einschließt. Innerhalb solcher Gruppen gibt es eine relativ uneingeschränkte Kommunikation und relativ einstimmige fachliche Meinungen.«¹⁸

Obwohl diese Definitionen noch immer nicht wirklich eindeutig genannt werden können, machen sie doch schon deutlich, daß der Paradigma-Begriff in dieser Studie besser vermieden werden sollte. Vor allem sind die hier referierten Kritiken der Sowjetunion keineswegs mit den naturwissenschaftlichen Theorien, auf die Kuhn sich bezog, zu vergleichen – allein schon, weil diese Kritiken sich zumeist nicht auf empirische Untersuchungen stützen.¹⁹ Darüber hinaus handelt es sich in unserem Falle keineswegs um eine »wissenschaftliche Gemeinschaft« à la Kuhn, denn es geht hier weder um eine akademische Gemeinschaft noch um eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Kriterien und Zielen. Vielmehr handelt es sich um politische Aktivisten, die zum Teil in kleinen politischen Gruppen organisiert sind oder dem Kreis um eine Zeitschrift angehören, die einander in vielen Fragen bekämpfen und nicht selten nicht einmal miteinander kommunizieren. Die Verwendung des Begriffs »Paradigma« wäre darum in dieser Studie eher irreführend als erhellend. Ich werde daher Begriffen wie (politische) Theorie, (politische) Beweisführung oder (politische) Erörterung den Vorzug geben. Diese Begriffe rufen nicht so viele irreführende Assoziationen hervor wie der Paradigma-Begriff.

Die »russische Frage«²⁰ ist ein zentrales Problem für den Marxismus des zwanzigsten Jahrhunderts. Dieses Problem war und bleibt, in Castoriadis' Worten, »der Prüfstein der theoretischen und praktischen Einstellungen, die sich auf die Revolution beziehen«²¹. Umso merkwürdiger ist es, daß bisher kein einziger Wissenschaftler versucht hat, die Entwicklung des marxistischen Denkens über die Sowjetunion von 1917 bis heute zusammenhängend und zusammenfassend zu beschreiben.²² Wahrscheinlich liegt dies jedoch nicht so sehr an dem Thema selbst, als vielmehr an dem geringen Entwicklungsniveau, an dem die Geschichtsschreibung über marxistische Theorien allgemein leidet. Anderson konstatierte vor einigen Jahren, daß die »Ursachen und Formen der aufeinanderfolgenden Metamorphosen und Transferenzen [des Marxismus] großenteils unerforscht bleiben«²³. In der Ideengeschichte werden marxistische Theorien noch immer wenig beachtet.²⁴

Es ist jedoch nicht allein die Primär- sondern auch die Sekundärliteratur über den »westlichen Marxismus« und die Sowjetunion recht umfangreich,

wie aus der dieser Studie beigegebenen Bibliographie zu entnehmen ist. Global können die relevanten Beiträge in vier Kategorien unterteilt werden:

Erstens: Studien, die sich mit der Genealogie einer bestimmten Theorie befassen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei gewöhnlich der Theorie des Staatskapitalismus.²⁵

Zweitens: Studien, die sich – oft mit polemischer Absicht – auf den Vergleich einiger für wesentlich gehaltener Theorien konzentrieren.²⁶

Drittens: Verhältnismäßig zahlreiche Studien, die die Theorie eines bestimmten Marxisten oder einer bestimmten Marxistin erörtern. Die meisten Arbeiten dieser Art befassen sich mit frühen KritikerInnen Rußlands bzw. der Sowjetunion, wie Luxemburg, Pannekoek oder Trotzki. Aber auch über einen zeitgenössischen Autor wie Bahro ist schon viel veröffentlicht worden.

Viertens: Die seltenen Versuche objektiver Bestandsaufnahmen verschiedener Theorien. Das qualitativ beste Beispiel dieses Genres ist Meyers Lehrbuch, das eine Übersicht der »wichtigsten Interpretationsmodelle für sozialistische Systeme« verschaffen will; verschiedene Auffassungen werden durch Textauszüge präsentiert, dann kritisiert und schließlich zum Teil in die eigene Theorie des Autors aufgenommen.²⁷

Aus vielen Beiträgen, die mehrere Theorien einander gegenüberstellen, wird die Versuchung deutlich, das verfügbare Material in ein von vornherein festgelegtes Schema zu pressen. McLellan zum Beispiel unterscheidet bei den »marxistischen Kritikern der Sowjetunion« nur zwei Hauptrichtungen, »die der einen oder der anderen Seite der kapitalistisch/sozialistischen Trennlinie zuneigen«. Die Folge einer solchen Auffassung ist, daß Autoren, die sich nicht selbst einem der beiden Lager zurechnen – Bruno Rizzi zum Beispiel –, ein Etikett aufgezwungen wird.²⁸ Auf dieselbe Erscheinung treffen wir bei Ahlberg, der drei Strömungen unterscheidet (Übergangsgesellschaft, Staatskapitalismus und bürokratischen Kollektivismus) und daher gezwungen ist, Hillel Ticktin als »Trotzkist« zu bezeichnen.²⁹ In der vorliegenden Studie habe ich versucht, derlei unausgewiesene Zuordnungen zu vermeiden. In dem Maße, in dem der Umfang des untersuchten Materials wuchs, wurde dies auch fortwährend einfacher. Durch das Hervorheben der *Entwicklung* konnten Kontinuitäten und Brüche in Traditionen abgesteckt werden, so daß die Frage der Klassifikations-Kriterien sich zum Teil »von selbst« löste. Allmählich zeigte es sich, daß die Dreiteilung, die man nicht nur bei Ahlberg, sondern auch bei zahllosen anderen finden kann – und die auch ich selbst einige Zeit für richtig hielt – die Entwicklungen zu sehr vereinfacht; die neueren theoretischen Versuche sind mit dieser Einteilung jedenfalls nicht ausreichend zu erfassen.

Selbstverständlich habe ich bei meiner Studie viel von älteren Beiträgen profitiert, wie unterschiedlich deren Qualität auch sein mochte. Mein Ansatz unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von diesen Untersuchungen:

1. Die Untersuchung strebt an, die Entwicklung der marxistischen Kritik der

Sowjetunion während eines beträchtlichen Zeitraums (1917-1985) und in einer großen Region (Westeuropa und Nordamerika) zu rekonstruieren. Innerhalb dieser zeitlichen und räumlichen Abgrenzung sollen möglichst vollständig alle Analysen von MarxistInnen, die in der einen oder anderen Weise über die bis dahin formulierten Auffassungen hinausgehen oder diesen etwas hinzufügen, vorgestellt werden.³⁰

2. Die Untersuchung strebt darüber hinaus an, auf Grund dieser Rekonstruktion die Elemente einer Metatheorie dieser theoretischen Evolution zu erarbeiten, indem die Logik der skizzierten Entwicklung ansatzweise dargelegt wird.

Die Kapitel 2 bis 6 dieser Studie bilden das *pièce de résistance*, die Rekonstruktion der westlich-marxistischen Debatte über den gesellschaftlichen Charakter der Sowjetgesellschaft. Kapitel 7 faßt die Hauptlinien dieser Rekonstruktion zusammen und liefert daran anschließend ein grobes metatheoretisches Modell der beschriebenen Entwicklungen. In Kapitel 8 folgt schließlich eine Nachbetrachtung mit einigen vorläufigen Gedanken zu der Frage, wie eine historisch-materialistische Analyse der Sowjetgesellschaft aussehen könnte. Die Studie wird mit einer Bibliographie abgerundet, die so vollständig wie möglich die zwischen 1917 und 1985 erschienenen westlich-marxistischen theoretischen Schriften über den gesellschaftlichen Charakter der Sowjetunion aufführt.

Einige methodische Anmerkungen zum Schluß. Da ich mir bewußt bin, daß es keine festen Vorschriften für die Analyse von Texten gibt³¹ – abgesehen von der Notwendigkeit, die untersuchten Schriften so integer wie möglich zu referieren –, habe ich versucht, bei allen AutorInnen die Antwort auf eine kleine Anzahl für diese Studie wesentlicher Fragen zu finden: 1. Entspricht die Entwicklung der Sowjetunion dem unilinearen Modell aufeinanderfolgender Produktionsweisen? 2. Gibt es wesentliche Klassenantagonismen in der Sowjetgesellschaft und, wenn ja, welche? 3. Worin besteht die Dynamik (der »Motor«) der Sowjetgesellschaft?³² Selbstverständlich habe ich nicht bei allen AutorInnen explizite Antworten auf diese Fragen finden können. Um den LeserInnen einen lebendigen Eindruck der beschriebenen Argumentationsweise zu vermitteln, zitiere ich charakteristische Passagen aus den vorgestellten Arbeiten.

AutorInnen, die durchweg ein Pseudonym verwendeten und/oder verwenden (Laurat, Trotzki, Dunayevskaya, Cliff) werden unter diesem Pseudonym angeführt. Sofern von Arbeiten, die ursprünglich in englischer, französischer oder italienischer Sprache erschienen sind, eine deutsche Ausgabe vorliegt bzw. greifbar war, wird im Text nach dieser Ausgabe zitiert; sonst handelt es sich um eigene Übersetzungen (in den Anmerkungen werden die Auszüge aus diesen Arbeiten in ihrer Ursprungssprache wiedergegeben).

2. Von der Oktoberrevolution zur Stalin-Ära (1917-1929)

Die Jahre 1917-1929 bildeten einen Zeitraum, in dem die Situation in der Sowjetunion in jeder Hinsicht unsicher und instabil war. Anfänglich erwartete das neue Regime, alsbald durch eine Revolution in Westeuropa aus seiner Isolation erlöst zu werden, aber dies geschah nicht. Drohungen aus dem Ausland beeinflussten die Entwicklung. Als die chaotische Zeit des »Kriegskommunismus« überwunden schien, folgte die Periode der »Neuen Ökonomischen Politik« mit ihrem scharfen Kampf zwischen Markt- und Staatssektor. Eine planmäßige Entwicklung gab es nicht.

Der Unterschied zu den westlichen kapitalistischen Ländern schien vor allem in einem verhältnismäßig großen Staatssektor in der Wirtschaft zu bestehen sowie in dem Umstand, daß die Leiter des Staatsapparates über einen Aufstand von Arbeitern und Bauern an die Macht gekommen waren und sich auf den Marxismus und später auf den Leninismus beriefen. Die gesellschaftlichen Organisationsformen, die der Sowjetunion in den dreißiger Jahren ein neues Gesicht geben sollten (kollektivierte Landwirtschaft, Fünfjahrespläne), waren noch unbekannt und konnten von niemandem vorhergesehen werden. Der Gedanke an einen anderen Gesellschaftstyp als Sozialismus oder Kapitalismus kam deshalb nicht auf. Die Debatte blieb in dem unilinearen Schema stecken. Die Opposition erörterte vornehmlich, ob die Oktoberrevolution bürgerlich oder sozialistisch gewesen sei, und, falls sozialistisch, ob die potentiell proletarische Revolution durch verschiedene Faktoren (wie das Ausbleiben einer westeuropäischen Revolution und politische Fehler der bolschewistischen Führer) auf dem Weg sei, in eine bürgerliche zu entarten. Daß dieses unilineare Schema möglicherweise unbrauchbar ist, wurde in dieser Diskussion noch nicht erkannt, und es konnte angesichts der damaligen Verhältnisse in der Sowjetunion auch nicht erkannt werden.

2.1 Kautsky und die Bolschewiki: drei Kontroversen

Seit 1918 führte Kautsky einen »ideologischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus« (Salvadori).¹ In einer imponierenden Anzahl von Broschüren, einigen Büchern und vielen Artikeln in u.a. *Der Kampf* und *Die Gesellschaft* gab er seiner wachsenden Beunruhigung Ausdruck. Diesen Schriften Kautskys ist

in der Literatur bereits einige Aufmerksamkeit gewidmet worden.² Ich konzentriere mich hier auf den Aspekt, der im Zusammenhang dieser Studie wesentlich ist und in gewissem Sinne den besonderen Charme der Spätwerke Kautskys ausmacht: die konsequente Anwendung des unilinearen Schemas auf alle gesellschaftlichen Veränderungen.

Kautskys Argumentation ist auf Grund ihres schematischen Charakters in hohem Maße vorhersehbar:

1. Der Sozialismus kann nur in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft etabliert werden.
2. Rußland Anno 1917 war keine hochentwickelte kapitalistische Gesellschaft.
3. Der bolschewistische Versuch, den Sozialismus forciert über einen als »Revolution« ausgegebenen Staatsstreich zu etablieren, kann also nur ein historisch unmögliches Bastardgebilde³ zum Ergebnis haben.
4. Dieses Bastardgebilde wird in kurzer Zeit zusammenbrechen.⁴

Namentlich in der polemischen Konfrontation mit bolschewistischen AutorInnen bekam Kautskys geradlinige Argumentation Kontur. Ich werde die nacheinander mit Lenin, Trotzki und Bucharin geführten Kontroversen kurz vorstellen. Die Polemik mit Bucharin ist bisher in der Geschichtsschreibung kaum erwähnt worden.

2.1.1 Kautsky-Lenin

Im Gegensatz zu den Vorwürfen der Bolschewiki, Kautsky habe seiner revolutionären Vergangenheit abgeschworen und sei zu einem »Renegaten« geworden, sind seine Analysen nach 1917 durch die gleichen allgemeinen Linien gekennzeichnet, die bereits vor 1917 für seine Argumentation charakteristisch waren. Selbstverständlich hat Kautsky seine Theorien weiterentwickelt, doch von einem Bruch in seiner Entwicklung kann gewiß keine Rede sein.

»[Es] gibt sicherlich ein Problem der zunehmenden Verschiebung der Kautskyschen Positionen in die gemäßigte Richtung, ja es läßt sich eindeutig nachweisen. Aber es muß gleichfalls gesagt werden, daß sich diese Verschiebung innerhalb des Rahmens einer bestimmten Konzeption von Sozialismus, Demokratie und Staat vollzog – einer Konzeption nämlich, die von Anfang an (man muß hier nur das Erfurter Programm als entscheidenden Ausgangspunkt erwähnen) so gestaltet war, daß sie mit jener von den Bolschewisten 1917 in die Tat umgesetzten Theorie der Diktatur des Staates prinzipiell unvereinbar war. Man konnte Kautsky vorwerfen, er habe unbeweglich am Überkommenen festgehalten, nicht aber, daß er tragende Elemente seiner Konzeption des revolutionären Prozesses, der proletarischen Diktatur oder des sozialistischen Staates aufgegeben habe.«⁵

Kautsky hatte schon 1905 für Rußland die Notwendigkeit einer bürgerlichen, im breiten Sinne demokratisierenden Revolution betont, 1917 und danach hielt

er konsequent daran fest. Zunächst, Anfang April 1917, als alles noch ungewiß war, betonte Kautsky, daß der russische Bauer in dem gesamten Prozeß den unsicheren Faktor darstelle, »das X, die unbekannte Größe, für die wir noch keine bestimmte Zahl einzusetzen vermögen«. Wiewohl die Revolution deshalb noch für viele Überraschungen sorgen könne, zweifelte Kautsky nicht im mindesten daran, daß sie in ihrem Wesen eine demokratische Umwälzung bilde und daß von ihrer Vollendung an

»die unerläßlichen Rechte und Freiheiten der Demokratie und damit die sicherste Basis proletarischer Massenbewegungen und Massenorganisationen und proletarischen Aufstiegs zur Eroberung der politischen Macht im Osten Europas zum mindesten so fest begründet sind wie im Westen«⁶.

Fast fünf Monate später wiederholte er diese Auffassung in einem anderen Zusammenhang. Die heutige russische Revolution sei primär politisch. Sie eröffne eine neue Periode demokratischer Rechte und Freiheiten, die das Proletariat in die Lage versetze, sich zu entwickeln, zu organisieren und so »für die Eroberung der politischen Macht reif« zu werden.⁷

Die Machtergreifung der Bolschewiki und die darauf folgenden Maßnahmen (wie die Auflösung der Konstituante) verursachten einen großen Schock. Die Bolschewiki hatten Kautsky zufolge einen gigantischen Fehler begangen. In seiner Broschüre *Die Diktatur des Proletariats* schrieb er:

»Die Bolschewistische Revolution war aufgebaut auf der Voraussetzung, daß sie den Ausgangspunkt bilde zu einer allgemeinen europäischen Revolution; daß die kühne Initiative Rußlands die Proletarier ganz Europas aufrufe sich zu erheben.«⁸

Aber dieser Gedanke sei unrichtig, weil nicht marxistisch:

»Es ist ein alter marxistischer Grundsatz, daß Revolutionen sich nicht machen lassen können, daß sie aus den Verhältnissen entspringen. Die Verhältnisse Westeuropas sind aber so verschieden von denen Rußlands, daß eine Revolution dort nicht auch schon notwendigerweise eine hier hervorrufen muß.

Als 1848 in Frankreich die Revolution ausbrach, sprang sie sofort auf das östlich davon gelegene Europa über. Sie machte jedoch halt an der russischen Grenze. Und umgekehrt, als 1905 in Rußland die Revolution ihre Fesseln brach, bewirkte das westlich davon einige stärkere Wahlrechtsbewegungen, jedoch nichts was man als Revolution hätte bezeichnen können.«⁹

Die Bolschewiki hatten sich also zu weit nach vorn gewagt. Und als ihre Hoffnung auf eine Revolution auch in Westeuropa nicht erfüllt wurde, standen sie vor unausführbaren Aufgaben. Die Folge: Sie waren gezwungen, die Demokratie durch eine Diktatur zu ersetzen – eine Diktatur, die mit der von Marx postulierten »Diktatur des Proletariats« nichts zu tun hatte. Um diese

Behauptung untermauern zu können, unterschied Kautsky zwischen der Diktatur als *Zustand* und der Diktatur als *Regierungsform*. Die erste Variante ist, was als Diktatur des Proletariats bezeichnet wird. Die zweite Variante, die gleichbedeutend ist mit »Entrechtung der Opposition«, ist etwas völlig anderes. Für Kautsky entspricht die Diktatur des Proletariats einer parlamentarischen Demokratie mit einer proletarischen Mehrheit.¹⁰ Daß auch Marx dieser Ansicht war, zeigte sich Kautsky zufolge in dessen Auffassung, daß in England und Amerika der Übergang zum Sozialismus friedlich und demokratisch vollzogen werden könne.¹¹

In seiner Broschüre *Proletarskaja Revoljutsija i Renegat Kautsky* erörterte Lenin die verschiedenen Argumente Kautskys. Gegen den Vorwurf, die Bolschewiki hätten sich zu weit vorgewagt, wandte er ein, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen keine andere Möglichkeit bestanden habe:

»Ja, unsere Revolution ist eine bürgerliche, *solange* wir mit der Bauernschaft *in ihrer Gesamtheit zusammengehen*. Darüber waren wir uns völlig im klaren, das haben wir seit 1905 Hunderte und Tausende Male gesagt, und niemals haben wir versucht, diese notwendige Stufe des historischen Prozesses zu überspringen und durch Dekrete zu beseitigen. [...] Aber im Jahre 1917, seit *April*, lange vor der Oktoberrevolution, bevor wir die Macht ergriffen, sagten wir dem Volk offen und klärten es darüber auf, daß die Revolution nunmehr dabei nicht stehenbleiben kann, denn das Land ist vorwärtsgegangen, der Kapitalismus hat Fortschritte gemacht, die Zerrüttung hat unerhörte Ausmaße angenommen, und das *erfordert* (ob man es will oder nicht) weitere Schritte vorwärts, *zum Sozialismus hin*. Denn anders vorwärtszukommen, anders das durch den Krieg erschöpfte Land zu retten, anders die Qualen der Werktätigen und Ausgebeuteten zu mildern ist *unmöglich*.«¹²

Dem Vorwurf, die russische nachrevolutionäre Gesellschaft sei undemokratisch, setzte Lenin die Auffassung entgegen, daß es im Gegenteil eine ungeahnte Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gegeben hat. Dies wird u.a. aus dem Umstand deutlich, daß die Außenpolitik offen betrieben wird, und aus der Struktur des Staates, der die arbeitenden Massen direkt zur Regierung heranzieht.¹³ In diesem Zusammenhang äußerte Lenin schließlich, daß der Verweis auf Marx' Äußerung über Amerika und England ahistorisch ist und den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus auf einen »Dutzendliberalen« reduziert; die Situation in den beiden Ländern in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kann nicht mit dem Zustand am Ende des Ersten Weltkriegs gleichgesetzt werden. Kautsky hat die Hauptsache »vergesen«:

»[...] nämlich daß sich der vormonopolistische Kapitalismus – dessen Höhepunkt gerade in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts fällt – eben kraft seiner grundlegenden *ökonomischen* Eigenschaften, die in England und Amerika besonders typisch zum

Ausdruck kamen, durch verhältnismäßig große Friedfertigkeit und Freiheitsliebe ausgezeichnete. Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich kraft seiner grundlegenden *ökonomischen* Eigenschaften durch sehr geringe Friedfertigkeit und Freiheitsliebe und sehr große, überall wachsende Entwicklung des Militarismus aus.«¹⁴

Alles in allem sah Lenin in Kautskys Kritik an den Bolschewiki den Beweis, daß der frühere Führer des internationalen Marxismus die sozialistische Sache verraten habe und kaum noch von einem »beamteten Dutzendliberalen«¹⁵ zu unterscheiden sei. Mit dieser Feststellung war die Polemik zwischen Kautsky und den Bolschewiki keineswegs beendet. In einer zweiten Runde wurden die Argumente vertieft.

2.1.2 Kautsky-Trotzki

In seiner Broschüre *Terrorismus und Kommunismus* entwickelte Kautsky seine Darlegung weiter. Unter Verweis auf die Französische Revolution und die Pariser Kommune behauptete er, daß das russische Proletariat Ziele anstrebe, die objektiv (noch) nicht erreichbar seien. Kennzeichnend für jedes Proletariat sei doch, daß es so schnell wie möglich aus seiner bedrängten Lage befreit werden wolle und deshalb nichts mehr verlange als den unmittelbaren Sturz des Kapitalismus.

»Die Massen ziehen instinktiv eine Lehre vor, die sie nicht auf den Weg der Entwicklung verweist, sondern eine Formel und einen Plan bringt, deren Durchführung ihnen sofort unter allen Umständen Aufhebung ihrer Leiden verheißt.«¹⁶

Eine in wahrhaft marxistischem Geiste geführte sozialistische Partei wird danach trachten, eine solche Entwicklung zu verhindern, auch wenn sie dabei Gefahr läuft, die Führung der Massen zu verlieren.

Sofern das Proletariat historisch zu früh die Macht ergreift, sind die daraus resultierenden Probleme immens. Denn die Enteignung eines Kapitalisten ist eine simple Machtfrage und nicht besonders schwierig. Aber die Organisation der Produktion nach der Enteignung – das ist für ein verhältnismäßig unerfahrenes und ungeschultes Proletariat eine fast unmögliche Aufgabe.

»Ein kapitalistischer Betrieb ist ein kunstvoller Organismus, der seinen Kopf in dem Kapitalisten oder dessen Stellvertreter findet. Will man den Kapitalisten aufheben, muß man einen Organismus schaffen, der imstande ist, ebensogut, ja noch besser, ohne den kapitalistischen Kopf zu funktionieren. Das ist nicht so einfach, wie das Vorgehen Philipps IV., oder Stenka Rasins, das erheischt eine Reihe von Vorbedingungen materieller und psychischer Art, eine hohe Entwicklung kapitalistischer Organisation nicht nur der Produktion, sondern auch des Absatzes und der Rohstoffzufuhr, erfordert aber auch ein Proletariat, das sich seiner Pflichten nicht nur gegen seine nächsten Genossen,

sondern gegen die gesamte Gesellschaft bewußt ist, das die Gewohnheiten freiwilliger Disziplin und Selbstverwaltung durch langjähriges Wirken in Massenorganisationen erlangt hat, das endlich intelligent genug ist, das Mögliche vom Unmöglichen, den wissenschaftlich gebildeten, charaktervollen Leiter vom gewissenlosen, unwissenden Demagogen zu unterscheiden.«¹⁷

Da das russische Proletariat für eine solch gigantische Aufgabe noch nicht reif war, ist unumgänglich und schnell ein Chaos entstanden.

Zur Erläuterung dieser Behauptung entwickelte Kautsky – anknüpfend an die Bemerkung von Trotzki, die russische Arbeiterklasse werde ungeachtet ihres Mangels an Erfahrung wahrlich »alles erlernen und alles einrichten« – die folgende Analogie:

»Würde wohl Trotzki es wagen, eine Lokomotive zu besteigen und sie in Gang zu setzen, in der Überzeugung, er werde schon während ihres Laufes alles erlernen und einrichten? Kein Zweifel, er wäre dazu befähigt, aber bliebe ihm dazu die Zeit? Würde nicht bald die Lokomotive entgleist oder explodiert sein? Man muß die Qualitäten zur Lenkung einer Lokomotive vorher erlangt haben, ehe man es unternimmt, sie in Gang zu setzen. So muß das Proletariat vorher die Eigenschaften erworben haben, die es zur Leitung der Produktion befähigen, wenn es diese übernehmen soll.«¹⁸

Um die Industrie zu retten, mußte eine neue Klasse von Beamten, eine neue »Herrnklasse« entstehen, welche die Führung übernahm. So entstand »die drückendste aller Despotien, die Rußland bisher gehabt«¹⁹ hatte. Während der alte Kapitalismus vernichtet ist, wächst – weil die Zeit für den Sozialismus noch nicht reif ist – allmählich ein neuer Kapitalismus heran, der für das Proletariat noch quälender ist als der alte. Denn dieser neue Kapitalismus ist nicht industriell hochentwickelt, sondern äußert sich in erbärmlichem Schleichhandel und Geldspekulation. »Der industrielle Kapitalismus ist aus einem privaten zu einem Staatskapitalismus geworden.«²⁰

Diese Passagen lassen deutlich erkennen, daß Kautsky nicht genau weiß, wie er das neue »Bastardgebilde« charakterisieren soll. Die Bürokratie ist die neue herrschende Klasse, es existiert Staatskapitalismus, aber ob die Bürokratie eine kapitalistische Klasse ist, bleibt unklar. Wie auch immer, dem bolschewistischen Experiment ist kein langes Leben beschieden. Entweder stellen die Bolschewiki aus eigenem Antrieb die Demokratie wieder her (eine unwahrscheinliche Variante für Kautsky) oder es kommt zur Konterrevolution. »Es braucht just kein 9. Thermidor zu sein, aber ich fürchte, es wird sich nicht weit davon entfernen.«²¹

In seinem *Anti Kautsky* (1920) versuchte Trotzki, Kautskys Angriff zu parieren. Namentlich die Behauptung, die Bolschewiki hätten die Macht zu früh ergriffen, wurde von ihm bestritten. Drei Einwände machte er geltend.

Erstens meinte er, daß der Zusammenbruch der russischen Industrie nicht der bolschewistischen Politik angelastet werden dürfe, man müsse die Ursache

in Geschehnissen wie dem Bürgerkrieg, der Blockade des Landes usw. suchen.²²

Zweitens bestritt Trotzki, daß das Proletariat bereits vor der sozialistischen Revolution die benötigten Fertigkeiten für eine sozialistische Organisation der Ökonomie erlernt haben müsse.

Drittens verwies Trotzki darauf, daß die Bolschewiki keine andere Wahl gehabt hätten, als die Macht zu ergreifen.

Die beiden letzten Argumente faßte Trotzki zusammen, indem er auf Kautskys Lokomotiven-Analogie, die er für simplifiziert hielt, einging.

»Mit einem unvergleichlich größeren Recht könnte man fragen: würde Kautsky es wagen, sich rittlings auf ein Pferd zu setzen, bevor er gelernt hat, fest im Sattel zu sitzen und den Vierfüßler bei jeder Gangart zu lenken? Wir haben Grund anzunehmen, daß Kautsky sich zu so einem gefährlichen rein bolschewistischen Experiment nicht entschließen würde. Andererseits fürchten wir aber auch, daß Kautsky, wenn er kein Pferd zu besteigen wagt, hinsichtlich der Erforschung der Geheimnisse des Reitens in eine schwierige Lage geraten würde. Denn das grundlegende bolschewistische Vorurteil besteht eben darin, daß man das Reiten nur erlernen kann, wenn man fest auf einem Pferd sitzt.«²³

Überdies mußte die russische Arbeiterklasse das Pferd besteigen, wenn sie sich nicht für eine ganze historische Periode ausschalten lassen wollte. Und als sie einmal die Macht ergriffen, die Zügel in die Hände genommen hatte, folgte der Rest von selbst. Die Desorganisation der Produktion durch die Bourgeoisie mußte durch die Sozialisierung bekämpft werden – unabhängig davon, ob die Sozialisierung in diesem Moment von Vorteil oder Nachteil war.

»Hat sich der Reiter einmal in den Sattel gesetzt, so ist er gezwungen, das Pferd zu regieren – wenn er sich nicht den Schädel einhauen will.«²⁴

Kautskys Antwort ließ nicht lange auf sich warten. In seiner Schrift *Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei* (1921) erwiderte er, daß er, obwohl kein Bolschewik, doch reiten gelernt habe:

»Ich hatte wohl das Reiten nicht erlernt, ehe ich das Pferd bestieg, aber das Pferd hatte, ehe ich es bestieg, gelernt einen Reiter zu tragen. Und ich ritt nicht allein, sondern mit Freunden, die das Reiten gelernt hatten und mir Winke und Anweisungen gaben. Endlich wurde mir die Sache erleichtert dadurch, daß ich durch Turnen vorher meinen Körper wohl geübt hatte.«²⁵

Die Kontroverse zwischen Kautsky und Trotzki brachte mit größtmöglicher Klarheit den Auffassungsunterschied zutage: Während Trotzki behauptete, die Bolschewiki seien durch die Umstände gezwungen worden, »das Pferd zu besteigen« und danach »zu bezwingen«, wandte Kautsky ein, daß ein ungeübter »Reiter« mit großer Wahrscheinlichkeit abgeworfen werden würde. Daß

beide Standpunkte ein gewisses Maß an Plausibilität haben und miteinander verbunden vielleicht sogar eine wesentliche Tragik der Oktoberrevolution ausdrücken könnten – diese Möglichkeit wurde von keinem der beiden Polemiker erwogen.

2.1.3 Kautsky-Bucharin

Im Lauf der nächsten Jahre wurde Kautskys Kritik am bolschewistischen System fortwährend aggressiver. 1925 publizierte er die Broschüre *Die Internationale und Sowjetrußland*, in der er das Sowjetregime zum gefährlichsten Feind der internationalen Arbeiterklasse erklärte. Die Sowjetregierung, schrieb er,

»ist augenblicklich das stärkste Hindernis seines [des Proletariats – MvdL] Aufstiegs in der Welt – schlimmer sogar als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien, die doch nicht jede oppositionelle Regung des Proletariats so gänzlich unmöglich machen wie das Sowjetregime.«²⁶

Die Bolschewiki, behauptete Kautsky,

»sind heute dahin gelangt, daß sie von der Beherrschung und Ausbeutung des Proletariats leben. Aber sie haben keine Lust, diese Position einer Kapitalistenklasse abzutreten. Daher stehen sie noch heute über dem Proletariat und dem Kapital, suchen jenes wie dieses als Werkzeug zu benutzen.«²⁷

Nikolai Bucharin antwortete Kautsky in einer Broschüre, die fast dreimal so umfangreich war wie die seines Opponenten: *Karl Kautsky und Sowjetrußland*.²⁸ Seine Entgegnung ist im Zusammenhang dieser Studie so bedeutend, weil Bucharin bestimmte Folgerungen der unilinearen Auffassung bis zum Äußersten durchdenkt und so – ungewollt – einen Beitrag zum Erkennen der Grenzen dieses unilinearen Denkens liefert. Bucharin »denkt« gleichsam »mit Kautsky mit«, um die Unhaltbarkeit von dessen Argumentation bloßzulegen.

Einerseits habe Kautsky in einer Anzahl von Publikationen bestritten, daß die Oktoberrevolution ein proletarischer Umsturz gewesen sei; andererseits habe er jedoch zugegeben, daß es nach 1917 zu wichtigen Veränderungen gekommen sei, wie etwa zur Abschaffung des Großgrundbesitzes. Bucharin fragt nun, was aus diesen beiden Behauptungen zu folgern sei, wenn sie miteinander verbunden werden. Wenn der Sowjetstaat weder die Herrschaft der Großgrundbesitzer noch die Herrschaft der Arbeiterklasse verkörpere, worin bestehe dann die Klassenbasis der bolschewistischen Macht? Kautsky gebe auf diese Frage keine Antwort. Bucharin versucht dennoch herauszufinden, welches die logische Lösung des Problems sein müßte. Die naheliegendste Möglichkeit sei, daß die Bolschewiki eine neue Bourgeoisie bilden:

»wie einige amerikanische Millionäre, die aus den Tiefen der Arbeiterschaft emporgestiegen sind. Bloß kamen letztere hervor dank persönlicher Bereicherung, hier aber ist umgekehrt die persönliche Bereicherung die Folge der Eroberung der politischen Macht.«²⁹

Aber eine solche Behauptung führt zu den »wunderlichsten Folgen«. Denn es sind doch gerade die NÖP-Leute, die den Typus des amerikanischen Bourgeois verkörpern – und gerade sie werden von den Bolschewiki ihrer politischen Rechte beraubt. Wären die Bolschewiki bürgerlich, wäre das vollkommen unerklärlich. Das trifft auch auf Kautskys Behauptung zu, die Bolschewiki bildeten eine herrschende Klasse, die über Kapital und Arbeit steht. Was enthält logisch die Behauptung einer »neuen herrschenden Klasse«? Was soll das für eine Klasse sein? Ein beträchtlicher Teil der Parteimitglieder sind Arbeiter oder Bauern. Sie können unmöglich die Ausbeuter sein. Nur die recht kleine Gruppe von Funktionären kommt für eine Mitgliedschaft in der »neuen Klasse« in Betracht. Inwieweit bilden diese tatsächlich eine herrschende Klasse?

»Eine herrschende Klasse kennzeichnet sich immer dadurch, daß sie das Monopol auf die Produktionsmittel, wenigstens auf die wichtigsten Produktionsmittel innerhalb einer bestimmten Klassenordnung besitzt. Wenn jenes Häuflein von Leuten eine Klasse ist, so heißt dies, daß es, dieses Häuflein, die »nationalisierten« Produktionsmittel als Eigentum besitzt. Mit anderen Worten, aus der Auffassung Kautskys folgt, daß z.B. die Mitglieder des Politbüros, darunter auch ich, armer Sünder, Besitzer und Eigentümer der gesamten Großindustrie sind, d.h. eine finanzkapitalistische Oligarchie, die ihren Profit einheimst, kurz neue »Millionäre.«³⁰

Dieser ganze Gedankengang erscheint Bucharin absurd – eine »Trugvorstellung«.

Falls die Bolschewiki jedoch keine herrschende Klasse bilden und Kautsky deshalb den Begriff »Klasse« nur im übertragenen Sinne verwendet, was geht dann daraus hervor?

»Wenn die Bolschewiki keine Klasse sind, so heißt das, sie vertreten die Interessen irgendeiner Klasse.

Diese Klasse sind nicht die Großgrundbesitzer (sie sind, wie Kautsky selbst zugibt, ausgerottet).

Diese Klasse sind nicht die Kapitalisten (auch das gibt Kautsky zu).

Diese Klasse sind nicht die Bauern, nicht die Intelligenz (wenn letztere überhaupt als Klasse gelten kann).

Was bleibt also übrig?

Das Proletariat.«³¹

Über diese Reduktion meint Bucharin ex negativo den Beweis geliefert zu

haben, daß die Sowjetbürokratie proletarischer Art ist. Zwei Prämissen spielen stillschweigend eine Rolle in seiner Begründung:

1. Falls die Bolschewiki eine herrschende Klasse bilden, dann sind sie notwendig eine *Bourgeoisie*, oder noch genauer eine »finanzkapitalistische Oligarchie«. (Kapitalismus oder Arbeiterstaat: andere Möglichkeiten gibt es nicht.)
2. Falls die Bolschewiki keine herrschende Klasse bilden, dann *vertreten* sie die Interessen einer bestimmten Klasse.

Diese beiden Annahmen werden in späteren Debatten angefochten. Bucharins Verdienst ist es jedoch gewesen, deren Konsequenzen sehr weit durchdacht zu haben.

2.2 Levi, Luxemburg und die Bolschewiki. Kritik und Anti-Kritik

1922 publizierte Paul Levi die Fragment gebliebene Broschüre Rosa Luxemburgs *Die Russische Revolution*. Luxemburg hatte die Arbeit daran im Herbst 1918 begonnen, aber der Ausbruch der deutschen Revolution hatte sie gehindert, das Werk abzuschließen.³² Über die Broschüre gibt es einige Mythen. Levi schreibt in seinem Vorwort, von bestimmter Seite (gemeint ist Leo Jogiches) sei versucht worden, das Manuskript zu verbrennen. Obwohl es für diese Behauptung keine Beweise gibt, steht fest, daß Jogiches versucht hatte, die Publikation der Schrift zu verhindern, weil Luxemburg ihre Meinung in wesentlichen Punkten revidiert und die Absicht gehabt habe, der russischen Revolution ein Buch zu widmen.

Die von Levi publizierte Version fußt auf einer unvollständigen und nicht immer genauen Abschrift. Das Manuskript selbst, daß in dem bewegten Januarmonat 1919 in Sicherheit gebracht und danach vergessen worden war, wurde erst einige Jahre später erneut entdeckt. Felix Weil publizierte 1928 die notwendigen Korrekturen des von Levi herausgegebenen Textes.³³ Obwohl das von Levi vorgelegte Dokument also verstümmelt ist, benutze ich doch diese Ausgabe, da es diese Version war, die um 1922-23 diskutiert wurde.

2.2.1 Levi

In seiner ausführlichen Einleitung der Broschüre erklärt Levi³⁴, warum er sich für die Publikation entschieden hatte. Nach einem vielversprechenden Beginn habe die russische Räterepublik schnell ihren Charakter verändert. Seit Febru-

ar 1921 habe es in der bolschewistischen Politik einen Umschwung gegeben. Während die kommunistische Führung 1918 noch an der Beseitigung des Kapitalismus gearbeitet habe, sei sie drei Jahre später bestrebt gewesen, diesen Kapitalismus wiederzubeleben. Auf dem Land habe die Neuverteilung des Grundbesitzes zu einer Verwischung der Klassegegensätze geführt; wo früher Muschiks und Kulaken einander gegenüber gestanden hätten, sei nun grosso modo »ein mittleres Bauerntum« entstanden.³⁵ Während die Industriearbeiter in einem früheren Stadium in den untersten Schichten des agrarischen Sektors einen natürlichen Bundesgenossen gefunden hätten, begegneten sie nun auf dem Land einer breiten Schicht recht wohlgestellter Bauern, die sich ihnen wenig verwandt fühlten. Das Kräfteverhältnis habe sich also zum Nachteil des Proletariats geändert.

Anknüpfend an die Debatte Kautsky-Lenin merkte Levi an, Kautsky habe mit seinen Auffassungen von Diktatur und Demokratie ganz und gar nicht recht. Doch auch Lenins Standpunkt sei nicht völlig korrekt, weil er die Regierungsform auf einen mehr oder minder äußerlichen Aspekt der Staatsform reduziere. Levi gab Lenin in dieser Reduktion recht, *soweit es den bürgerlichen Staat betreffe*. Er bezweifelte jedoch, daß der Unterschied zwischen Staats- und Regierungsform ebenso sinnvoll sei, wenn es um den proletarischen Staat gehe:

»[...] in dieser ›Staatsform‹ [sind] auch verschiedene ›Regierungsformen‹ möglich, ebenso wie in der Staatsform der Bourgeoisie die verschiedensten Regierungsformen (Republik, Monarchie, Parlamentarismus usw.) denkbar sind. Ohne daß (soweit uns ersichtlich) Lenin diese Frage untersucht und beantwortet hätte, läßt sich aus seinen verschiedenen Äußerungen entnehmen, daß er sie bejaht.«³⁶

Lenin meinte Levi zufolge, daß ein Staat auch dann proletarisch ist, wenn der Stellvertreter bzw. die Vorhut der Arbeiterklasse die Staatsmacht im Namen der Arbeiterklasse in Händen hat.

»Wie eine treue Mutter hat die Vorhut im Sowjetsystem ein Hemd zurechtgemacht, sie wartet geduldig oder ungeduldig bis das Kind das Hemd tragen kann. Solange das nicht ist, bleibt trotzdem Mutter Mutter und Hemd Hemd, Vorhut Vorhut und Sowjetsystem Sowjetsystem.«³⁷

Levi hielt nichts von einem solchen Stellvertreter-Denken.³⁸ Das Proletariat solle *selbst* im Kampf wachsen und die eigene Zukunft erobern.³⁹ Durch ihre fatale Politik hätten die Bolschewiki nach 1917 ihre Klassenbasis verloren und seien in eine gesellschaftliche Isolierung geraten. Allein die Kraft ihrer Organisation erhalte sie noch. Auf der Suche nach einer neuen Klassenbasis hätten sie sich für die stärkste Fraktion, die Bauern, entschieden.⁴⁰ Also sei es unter dem Deckmantel der proletarischen Staatsform zu einer wesentlichen Verän-

derung des Inhalts gekommen; oder, anders gesagt, durch eine Änderung der Regierungsform werde faktisch auch die Substanz des Staatsapparates angegriffen.

»Was also ist von der ›Diktatur des Proletariats‹ geblieben? Nichts. Nichts von den objektiven Momenten, nichts von den subjektiven.«⁴¹

Die hier von Levi aufgeworfene Fragestellung – ob für einen Arbeiterstaat nur eine spezifische Regierungsform (z.B. die Rätedemokratie) möglich ist oder mehrere – sollte in den späteren Jahren immer wieder aufkommen.

2.2.2 Luxemburg

Es ist durchaus nicht sicher, daß Rosa Luxemburg, hätte sie länger gelebt, zu denselben Folgerungen gelangt wäre wie Levi.⁴² Ihre Schriften enthalten keine einzige Andeutung in diese Richtung; wie sie zum Beispiel die Neue Ökonomische Politik beurteilt haben würde, kann nicht gesagt werden. Ihre Publikationen von 1917 und 1918 sind in jedem Fall im Geist kritischer Solidarität mit den Bolschewiki verfaßt. In ihren ersten Artikeln äußert sie sich begeistert.⁴³ Und auch *Die Russische Revolution* beginnt nicht mit einer Kritik an den Bolschewiki, sondern mit einer Kritik an Kautsky. Luxemburg widersprach dessen Auffassung, Rußland sei wegen seiner ökonomischen Unterentwicklung noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats. Ihre Einwände waren theoretischer und praktisch-politischer Art. *Theoretisch* führe Kautskys Auffassung zu der Behauptung,

»daß die sozialistische Umwälzung eine nationale, sozusagen häusliche Angelegenheit jedes modernen Staates für sich sei.«⁴⁴

Praktisch berge diese Einschätzung die Gefahr in sich, die Verantwortlichkeit der internationalen – namentlich der deutschen – Arbeiterbewegung für die russischen Geschehnisse zu minimalisieren.

»Nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf des Krieges und der russischen Revolution erwiesen, und dies mit aller Deutlichkeit hervorzukehren ist die erste Aufgabe einer kritischen Betrachtung der russischen Revolution.«⁴⁵

Rosa Luxemburg entfernte sich mit dieser Kritik an Kautsky einen weiteren Schritt von dem traditionellen Unilinearismus. Falls eine zusammenhängende deutsch-russische Umwälzung stattfinden wird, dann muß es möglich sein, in dem rückständigen Rußland unmittelbar eine proletarische Diktatur zu errich-

ten. Luxemburg war sich jedoch auch der Kehrseite der Hypothese bewußt: Falls keine Internationalisierung der russischen Revolution zustandekommt, dann wird aus dem bolschewistischen Experiment eine verstümmelte sozial-ökonomische Struktur entstehen. Dann werden weder Demokratie noch Sozialismus zustandekommen, sondern nur »ohnmächtige, verzerrte Anläufe«. ⁴⁶ Die Situation, in der sich die Bolschewiki befanden, war deshalb keineswegs beneidenswert. Die Bewältigung der Situation war außergewöhnlich schwierig und die Möglichkeit, Fehler zu machen, immens. Deshalb ist nur eine Kritik zu verantworten, die auf einer Haltung fundamentaler Solidarität basiert. An »kritikloser Bewunderung« kann niemandem gelegen sein.

Der erste Kritikpunkt von Luxemburg bezog sich auf die Bodenpolitik der Bolschewiki. Durch die Aufspaltung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Bodens an die armen Bauern ist ein gefährlicher Schritt eingeleitet. Denn diese Politik stärkt nicht das gesellschaftliche Eigentum, sondern schafft im Gegenteil eine neue Form privaten Besitzes. Die relativ weit entwickelten großen agrarischen Betriebe waren aufgelöst und an ihre Stelle kleine primitive Betriebe getreten, die in technischer Hinsicht noch »mit den Mitteln aus der Zeit der Pharaonen« arbeiteten. ⁴⁷ Die Bodenpolitik hatte so die bürgerlichen Einflüsse auf dem Land verstärkt und das Kräfteverhältnis zum Nachteil der Arbeiterklasse verändert. Die neue, enorm gewachsene Klasse der besitzenden Bauern wird ihr gerade erworbenes Eigentum mit Klauen und Zähnen verteidigen und so der Sozialisierung der Landwirtschaft ernsthaft entgegenwirken.

»Die Lenin'sche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird als es derjenige der adeligen Großgrundbesitzer war.« ⁴⁸

Der zweite Punkt der Kritik betraf die Nationalitätenfrage, die schon seit langer Zeit zwischen Luxemburg und Lenin sowie zwischen der polnischen und der russischen Sozialdemokratie umstritten war. Luxemburg hatte stets gegen die Forderung der Selbstbestimmung der Nationen argumentiert, denn wenn die Arbeiter kein Vaterland haben (Kommunistisches Manifest), gibt es für das Proletariat keine Nationalitätenfrage. Das Vaterland der Arbeiter, so schrieb sie, ist die sozialistische Internationale. ⁴⁹ Sie befürchtete, daß die Politik der Bolschewiki zu einem Auseinanderfallen des neuen Staates führen wird. Eine Nationalität nach der anderen scheint, sobald sie die Unabhängigkeit erworben hat, die neue Freiheit zu benutzen, um sich mit dem deutschen Imperialismus zu verbinden und die Konterrevolution zu fördern. ⁵⁰

Sowohl durch die Bodenpolitik wie durch die Nationalitätenpolitik hatten die Bolschewiki sich selbst im eigenen Land mächtige Gegner geschaffen. Diese Entwicklung brachte Luxemburg zum Kern ihrer Kritik: dem Verhältnis von Diktatur und Demokratie. Die Auflösung der Konstituante (November

1917) war für sie nicht akzeptabel. Trotzki hatte geschrieben, daß Institutionen wie die Konstituante ein Eigenleben entwickeln könnten; sobald dies eintreten und die Institution nicht mehr einen Teil der gesellschaftlichen Realität widerspiegeln würde, müßte sie vernichtet werden. Luxemburg wandte dagegen ein, die geschichtliche Entwicklung lasse die fortdauernde Wechselwirkung zwischen den Gewählten und den Wählern erkennen. Das »lebendige Fluidum der Volksstimmung« umspüle die Vertretungskörperschaften, dringe in sie ein, steuere sie.

»Gerade die Revolution schafft durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken.«⁵¹

Natürlich ist die Konstituante nicht die idealste Institution. Die Alternative von Lenin und Trotzki ist es jedoch noch viel weniger: Sie vernichtet die Demokratie und zersetzt das politische Leben der Massen.

Luxemburg kritisierte ebenfalls die bolschewistische Maßnahme, das Stimmrecht nur denen zuzuerkennen, die von ihrer eigenen Arbeit leben. Sie sprach von »eine[r] ganz unbegreifliche[n] Maßregel«⁵², die breite Schichten des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse ihrer politischen Rechte beraubte, nur weil sie durch den Mangel an Arbeit verelendet waren. Mehr im allgemeinen verwies Luxemburg auf die Notwendigkeit einer möglichst umfassend angelegten Demokratie, nicht als abstraktes Prinzip sondern als notwendige Voraussetzung politischer Lernprozesse. In diesem Zusammenhang präsentierte sie ihre berühmte These über die Freiheit:

»Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der »Gerechtigkeit«, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die »Freiheit« zum Privilegium wird.«⁵³

Die Abschaffung der Demokratie, sagte Luxemburg voraus, wird zu einer vollständigen Erstarrung des öffentlichen Lebens führen. Die Bürokratie wird immer mächtiger, die Dynamik der Massenbewegungen verschwinden. In einem visionären Abschnitt skizzierte sie ein düsteres Panorama der Zukunft:

»[...] einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herr-

schaft [...]. Ja, noch weiter – solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen – Attentate, Geislerschießungen usw.«⁵⁴

Die Ausführungen Luxemburgs sind nicht immer eindeutig. Einerseits signalisiert sie die Gefahr, daß die Stärkung der bürgerlichen Kräfte auf dem Land und in den selbständig gewordenen Nationen zu einer bürgerlichen Konterrevolution führen kann, die auf den Sturz der bolschewistischen Herrschaft zielt. Andererseits sieht sie auch die Möglichkeit, daß das bolschewistische System selbst zu einer bürgerlichen Diktatur degeneriert – aber dies bleibt eine vage Andeutung. Wenn sie über »Diktatur im bürgerlichen Sinne« spricht, meint sie dann nur die Form (d.h. wenige bestimmen über viele) oder meint sie auch eine inhaltliche Transformation zu einem bürgerlichen System?⁵⁵ Für welche Interpretation man sich auch entscheidet, es steht fest, daß Luxemburg eine Anzahl endogener und exogener Faktoren anführte, die in die Richtung kapitalistischer Restauration weisen. Von der Möglichkeit der Entstehung eines historisch neuen Gesellschaftstyps ist bei ihr nicht die Rede.

2.2.3 Interpretationen

Die Frage, ob Luxemburg, nachdem sie die Arbeit an ihrer Broschüre abgebrochen hatte, an ihrer ursprünglichen Kritik festhielt, ist viel diskutiert worden. Adolf Warszawski zitierte in diesem Zusammenhang 1922 aus dem Gedächtnis einen Brief von Ende November oder Anfang Dezember 1918:

»Alle Deine Vorbehalte und Bedenken habe ich auch geteilt, habe sie aber in den wichtigsten Fragen fallen lassen, und in manchen bin ich nicht so weit gegangen wie Du. [...] Gewiß, die geschaffenen Agrarverhältnisse sind der gefährlichste, wundeste Punkt der russischen Revolution. Aber auch hier gilt die Wahrheit – auch die größte Revolution kann nur das vollbringen, was durch die Entwicklung reif geworden ist. Dieser wunde Punkt kann auch nur durch die europäische Revolution geheilt werden. Und diese kommt!«⁵⁶

Auch Clara Zetkin hat behauptet, daß Luxemburg später zu einer anderen Auffassung über die Bolschewiki gelangt sei.

»Obgleich sie mir im Sommer 1918 zweimal schrieb, ich möchte bei Franz Mehring auf eine wissenschaftlich-kritische Stellung zur bolschewistischen Politik hinwirken, obgleich sie mir von ihrer eigenen damals beabsichtigten größeren Arbeit darüber Mitteilung machte, hatte sie in ihrer weiteren Korrespondenz von dieser Angelegenheit als »erledigt« gesprochen. Das Warum liegt für jeden auf der Hand, dem Rosa Luxemburgs Betätigung nach dem Ausbruch der deutschen Revolution vertraut ist. Diese Betätigung ist durch eine Stellungnahme zu den Problemen der Konstituante, Demokratie, Diktatur usw. charakterisiert, die sich in Widerspruch zu der früheren Kritik an der Bolschewi-

kipolitik befindet. Rosa Luxemburg hatte sich zu einer veränderten geschichtlichen Wertung durchgerungen.«⁵⁷

Badia scheint recht zu haben, daß es keinen Beweis dafür gibt, daß Rosa Luxemburg ihre Kritik an der bolschewistischen Behandlung der nationalen und der Bauernfrage völlig aufgegeben hat.⁵⁸ Implizit bestätigt dies auch Zetkin, wenn sie die Neubewertung durch Luxemburg ausschließlich auf deren Äußerungen über die Konstituante bezieht. Allerdings hat es den Anschein, daß Luxemburg die Demokratiefrage anders zu bewerten begonnen hatte. Unter dem Einfluß der deutschen Revolution scheint sich ihre Einschätzung der Bedeutung des Parlaments verschoben zu haben. Während sie auf dem Gründungskongreß der KPD noch für die Teilnahme an den Wahlen plädiert hatte, um in der Nationalversammlung ein deutliches »Zeichen« zu setzen⁵⁹, unterschrieb sie kurze Zeit später die Änderung dieser Parole in »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten«. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß diese Änderung des Standpunkts kaum eine prinzipielle Bedeutung gehabt habe. Luxemburg reagierte auf konkrete Entwicklungen und paßte ihnen ihre taktischen Optionen an. Um eine Annäherung an Lenin muß es sich dabei nicht notwendig gehandelt haben.⁶⁰

2.2.4 Zetkin, Lukács, Kautsky

Anhänger der Bolschewiki haben unterschiedliche Antworten auf die Kritik von Luxemburg (und Levi) formuliert. Clara Zetkin widmete der Problematik ein ganzes Buch: *Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution*. Levi warf sie darin vor, Luxemburgs Text »mißbraucht« zu haben; einerseits, weil sie, wie schon angemerkt, der Meinung war, Luxemburg habe später ihre Auffassungen geändert, und andererseits, weil Levi Luxemburgs Manuskript unrichtig interpretiert habe.⁶¹

Ausführlich ging Zetkin auf die diversen Argumente ein, die Levi und Luxemburg vorgebracht hatten. Die allgemeine Tendenz ihrer Auffassung besagte, daß die kritisierten bolschewistischen Maßnahmen unvermeidlich gewesen seien. Sie merkte zum Beispiel zur Agrarpolitik an, daß eine andere Politik als die praktizierte »schlechterdings nicht möglich« gewesen sei.⁶² Die Auflösung der Konstituante verteidigte sie ebenso als der bolschewistischen Linie entsprechend wie andere Maßnahmen, deren Ziel es gewesen sei, die »Gefährdung der revolutionären proletarischen Demokratie« abzuwenden.⁶³

Levis These, die junge Sowjetrepublik sei bereits degeneriert und der Parteiapparat, von der Arbeiterklasse isoliert und über sie erhoben, übe ein diktatorisches Regime aus, wies Zetkin selbstverständlich unumwunden zurück. Zwar fühlte sie sich genötigt, die gesellschaftliche Isolierung der Partei

eingestehen, doch sah sie darin nur eine politische Konjunktur. Mit einem Bild verdeutlichte sie diese Auffassung:

»Die bolschewistische Politik war so kühn, so unverwandt dem Ziele zugestürmt, daß nur die Elite des proletarischen Vortrupps den Atem behalten hatte, ihr ganz folgen zu können.«⁶⁴

Durch die Verwendung der Gewerkschaften als Kommunikationskanal zwischen Partei und Arbeitermassen wird die Verbindung jedoch wiederhergestellt werden.⁶⁵ Auch die Sowjetorgane werden dabei eine große Rolle spielen; sie stünden erst noch am Anfang einer aufstrebenden Bewegung, einer fortwährenden gesellschaftlichen Demokratisierung.⁶⁶

Während Zetkin versuchte, einzelne Auffassungen zu widerlegen, unternahm György Lukács in einem in demselben Jahr geschriebenen Aufsatz den Versuch, Luxemburgs *Methode* zum Gegenstand der Kritik zu machen. Lukács sah einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen früheren Schriften Luxemburgs – ihre Kontroversen mit Lenin – und der Broschüre über die Oktoberrevolution.⁶⁷ Er warf Luxemburg eine »organische« Einschätzung der Frage der Revolution vor, während seiner Auffassung nach ein »dialektisch-revolutionärer« Zugriff erforderlich sei. Mit einer »organischen« Einschätzung meinte Lukács, daß Luxemburg sich die proletarische Revolution nach dem Modell der bürgerlichen Revolutionen vorgestellt habe.⁶⁸ Luxemburg habe nicht erkannt, daß sich bürgerliche und proletarische Revolution qualitativ unterscheiden.

Für die bürgerliche Umwälzung ist kennzeichnend, daß die kapitalistische Ökonomie bereits innerhalb des Feudalismus entstanden ist und den Feudalismus zerrüttet hat; die Revolution ist dann allein die politische, rechtliche usw. Anpassung der Gesellschaft an Veränderungen, die sich auf ökonomischem Gebiet bereits vollzogen haben. Deshalb verlaufen bürgerliche Revolutionen verhältnismäßig »organisch« und schnell: »glänzend vorwärtsstürmend«⁶⁹. Die proletarische Revolution hat einen völlig anderen Charakter. Die sozialistische Ökonomie kann erst aufgebaut werden, nachdem das Proletariat die Macht ergriffen hat. Dies erklärt, warum proletarische Revolutionen viel eingreifender und umfassender sind als bürgerliche Umwälzungen und nicht »auf einen Schlag«⁷⁰ vollendet, sondern im Gegenteil ein langwährender und schmerzhafter Prozeß sind. Dieser Prozeß verläuft bewußt, die revolutionäre Vorhutpartei hat hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Im Mittelpunkt steht notwendig das Streben,

»die Staatsmacht mit allen Mitteln und unter allen Umständen in den Händen des Proletariats zu behalten. Das siegreiche Proletariat darf hierbei weder wirtschaftlich noch ideologisch seine Politik in dogmatischer Weise voraus festlegen. So wie es mit seiner Wirtschaftspolitik (Sozialisierung, Konzessionen usw.) je nach der Umschichtung der Klassen, je nach der Möglichkeit und Notwendigkeit, gewisse Schichten der Werk-

tätigen für die Diktatur zu gewinnen oder ihr gegenüber wenigstens zu neutralisieren, frei manövrieren muß, so kann es sich in der Frage des Komplexes Freiheit ebensowenig festlegen. [...] Die Freiheit kann (ebensowenig wie etwa die Sozialisierung) einen Wert an sich darstellen. *Sie hat der Herrschaft des Proletariats, nicht aber diese ihr zu dienen.*«⁷¹

Auf Grund dieser allgemein-methodischen Antikritik kommt Lukács zu der Schlußfolgerung, daß alle Bedenken, die Luxemburg gegenüber der bolschewistischen Politik hatte, fehl am Platze waren. Genau wie Zetkin meint er, daß bei der Frage der Staatsmacht keine andere Handlungsweise als die erfolgte möglich gewesen war. Luxemburg erkannte dies nicht, da sie sich den Prozeß der proletarischen Revolution zu einfach vorgestellt und den organischen Charakter der Entwicklungen überschätzt hatte.

»Sie stellt den Forderungen des Tages stets Prinzipien kommender Stadien der Revolution gegenüber.«⁷²

Karl Kautsky teilt in seiner Reaktion auf die Broschüre Luxemburgs bestimmte Prämissen von Zetkin und Lukács. Genauso wie die Letztgenannten war Kautsky der Meinung, daß die Bolschewiki häufig nicht anders handeln konnten. So merkt er zur Bodenverteilung an:

»Kein Zweifel, damit ist ein gewaltiges Hindernis für den Fortschritt des Sozialismus in Rußland erstanden. Aber dieser Vorgang ließ sich nicht verhindern, er hätte bloß rationeller vonstatten gehen können, als es durch die Bolschewiki geschah. Er bezeugt eben, daß Rußland sich im wesentlichen im Stadium der bürgerlichen Revolution befindet.«⁷³

Auch in der Nationalitätenpolitik war Kautsky uneins mit Luxemburg. Nationale Unabhängigkeit bilde einen wesentlichen Bestandteil der Demokratie. Gerade den Bolschewiki warf er vor, daß sie mit der Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung lange nicht weit genug gegangen waren, da sie fremde Völker unter das russische Joch zwangen.⁷⁴

Positiv äußerte sich Kautsky jedoch über Luxemburgs begeisterte Verteidigung der Demokratie, auch wenn er meinte, daß Luxemburg in Illusionen befangen war, da sie Bolschewismus und Demokratie für miteinander vereinbar hielt, obwohl sie tatsächlich Todfeinde sind.⁷⁵

Schematisierend kann man die drei Hauptpunkte der Kritik Luxemburgs und die Reaktionen darauf von Kautsky und von probolschewistischer Seite (Zetkin, Lukács) wie folgt zusammenfassen:

	Luxemburg	Zetkin, Lukács	Kautsky
Bodenverteilung	Negativ: Bürgerliche Elemente werden gestärkt	Positiv: Notwendige Konzessionen	Positiv: Zeigt bürgerlichen Charakter der Revolution
Selbstbestimmungsrecht der Nationen	Negativ: Bürgerliche Elemente werden gestärkt	Positiv: Notwendiger Bestandteil der sozialistischen Politik	Positiv: Gehört zur Demokratie; Bolschewismus wendet dieses Recht nicht konsequent an
Aufhebung der Konstituante; Beschränkung des Wahlrechts usw.	Negativ: Bolschewismus droht isolierte Diktatur zu werden	Positiv: Proletarische Demokratie muß verteidigt werden	Negativ: Bolschewismus ist diktatorisches Regime geworden

Ein Vergleich der verschiedenen Standpunkte macht das Besondere der Position Luxemburgs deutlich. Während Zetkin und Lukács als Verteidiger der bolschewistischen Politik alle durchgeführten Maßnahmen gutheißen, da nur so die »proletarische Staatsmacht« behauptet werden konnte, sieht Kautsky im Bolschewismus einen zum Scheitern verurteilten diktatorischen Versuch, den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution zu leugnen. Zetkin, Lukács und Kautsky teilen die Prämisse, daß die Politik der Bodenverteilung usw. unvermeidlich war. Gerade diese Prämisse wird jedoch von Luxemburg nicht akzeptiert. Von einer mehr oder weniger voluntaristischen Perspektive aus stellte sie an die russische Revolution Forderungen, die sie aus einer Theorie der proletarischen Revolution in kapitalistisch-hochentwickelten Ländern abgeleitet hatte. Bolschewismus und allgemeine Demokratie (Wahlrecht für alle usw.) sind ihrer Auffassung nach miteinander vereinbar. Dies ist die »organische« Einschätzung, die Lukács ihr vorwirft. Ihr Ausgangspunkt bringt Luxemburg zu einer Charakterisierung der durch die Oktoberrevolution geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse, in der das »Unvollendete« der

Situation betont wird: Sowohl ein Weg vorwärts zu sozialistischen Verhältnissen wie ein Weg »zurück« zu einer kapitalistischen Restauration gehören zu den Möglichkeiten. Obwohl sie so einerseits Verständnis dafür zeigt, daß im revolutionären Rußland ein Prozeß im Gange ist, der vorerst nicht in Schemata eingepaßt werden kann, bleibt sie andererseits innerhalb des theoretischen Rahmens des Unilinearismus.

2.3 Linkskommunistische Kritiken

2.3.1 Gorter, Pannekoek, Rühle

Anfänglich gehörten die späteren »Linkskommunisten« Gorter, Pannekoek und Rühle zu denjenigen, die im großen und ganzen von der russischen Revolution begeistert waren. Aber schon bald entstanden – genau wie bei Luxemburg – bei ihnen Vorbehalte. Herman Gorter zum Beispiel⁷⁶ versah seine 1918 erschienene Broschüre *De Wereldrevolutie* mit der Widmung »Für Lenin«, jenen Revolutionär, der »sich über alle anderen Führer des Proletariats erhebt« und der »nur mit Marx gleichzusetzen ist«.⁷⁷ An der russischen Revolution bewunderte Gorter vor allem zwei Aspekte, nämlich den »Maximalismus« und die Arbeiterräte. Gleichzeitig verwies er jedoch auf vier fundamentale Unterschiede zwischen den Verhältnissen in Westeuropa und Rußland.

1. Die Arbeiterklasse in Rußland war sehr klein, während sie in Westeuropa einen großen Teil der Gesamtbevölkerung stellt.
2. Die armen besitzlosen Bauern waren in Rußland außergewöhnlich zahlreich; ihr revolutionäres Verhalten ergab sich aus ihrem Widerstand gegen das Großgrundbesitzertum von Kirche, Adel und Staat. Die Bauern in Westeuropa dagegen sind überwiegend in mittleren und kleinen Betrieben verwurzelt und verkörpern kein revolutionäres Potential.
3. Der vorrevolutionäre Staatsapparat (Regierung und Bürokratie) war in Rußland »verrottet«, während er in Westeuropa stark ist.
4. Die Kapitalistenklasse war in Rußland schwach, aber in Westeuropa ist sie kräftig.

Insgesamt hätten diese Faktoren dazu geführt, daß die Arbeiterklasse in Rußland »mit einer zahlreichen Hilfsmacht, den armen Bauern«, einem »schwachen Kapitalismus« gegenüberstand, während es das Proletariat in Westeuropa »alleine« mit einem »sehr starken Kapitalismus« zu tun hat.⁷⁸ Zwei Schlußfolgerungen zog Gorter daraus: Einerseits wird ein revolutionärer Sieg in Westeuropa viel schwerer zu erringen sein als in Rußland, aber

andererseits wird es in Westeuropa nach dem Sieg viel einfacher sein, den Sozialismus aufzubauen.

»In Westeuropa findet die arbeitende Klasse eine stärkere Grundlage für den Aufbau des Sozialismus vor als in Rußland. Denn erstens waren das Bankwesen, die wichtigsten Zweige von Großindustrie, Transport und Handel schon vor dem Krieg (vor allem in England und Deutschland) reif für eine sozialistische Gesellschaft und zweitens hat der Imperialismus in diesem Krieg die Produktion und Distribution in Westeuropa und Nordamerika gänzlich organisiert und zentralisiert. Und diese Organisation ist technisch sehr stark und kann so von dem Proletariat als Grundlage für eine sozialistische Einrichtung der Gesellschaft übernommen werden. Diese Organisation gab es in Rußland entweder gar nicht oder nur sehr mangelhaft. Die russische Gesellschaft war vor dem Krieg nicht reif für den Sozialismus, und ihre Organisation wurde während des Krieges geschwächt, die westeuropäische Gesellschaft war vor dem Krieg bereits reif für den Sozialismus, und ihre Organisation, ihre Konzentration ist während des Krieges gestärkt worden.«⁷⁹

Nebenbei sei bemerkt, daß Gorter hier, im Gegensatz zu der mechanisch-unilinearen Denkweise, die ihn sonst kennzeichnet, die russische Revolution ein Stadium überschlagen läßt: Rußland ist zwar noch nicht reif für den Sozialismus, aber errichtet ihn dennoch. Gorter wird diese unhaltbare Auffassung schon kurze Zeit später aufgeben.⁸⁰ Auch Pannekoek⁸¹ und Rühle teilten die im großen und ganzen positive Einschätzung der russischen Ereignisse.

In dem Maße, in dem 1919 und 1920 innerhalb der Kommunistischen Internationale die Gegensätze zwischen den »linken« und den anderen Kommunisten zunahmen, begann die u.a. von Gorter eingeführte Differenzierung zwischen den Verhältnissen in Rußland und in Westeuropa eine wichtige Basis für politisch-taktische Meinungsunterschiede zu werden. In diesem Zusammenhang war Pannekoeks 1920 erschienene Broschüre *Weltrevolution und kommunistische Taktik* relevant. Hatte Gorter vor allem die politischen und ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West betont, betonte Pannekoek nun verstärkt den ideologischen Faktor. Die Ideologie, konstatierte Pannekoek – Gramsci vorwegnehmend – ist die »verborgene Macht« der Bourgeoisie über das Proletariat. Gerade in Westeuropa ist der bürgerliche Einfluß auf das proletarische Bewußtsein – im Gegensatz zu Rußland – außergewöhnlich stark.

»In England, Frankreich, Holland, Italien, Deutschland, Skandinavien, lebte vom Mittelalter her ein kräftiges Bürgertum mit kleinbürgerlicher und primitiver kapitalistischer Produktion; indem der Feudalismus zerschlagen wurde, wuchs auf dem Lande ein ebenso kräftiges, unabhängiges Bauerntum empor, das Meister in der eigenen kleinen Wirtschaft war. Auf diesem Boden entfaltete sich das bürgerliche Geistesleben zu einer festen nationalen Kultur.«⁸²

Ganz anders ist die Situation in Rußland und Osteuropa.

»Hier, in Rußland, in Polen, Ungarn, auch in Ostelbien, war keine kräftige bürgerliche Klasse, die von altersher das Geistesleben beherrschte; die primitiven Agrarverhältnisse mit Großgrundbesitz, patriarchalischem Feudalismus und Dorfkommunismus bestimmten das Geistesleben.«⁸³

Während so im Westen die bürgerliche Tradition im Proletariat lebt, sind die Massen im Osten weniger in diesen Traditionen befangen und somit empfänglicher für den Kommunismus. Hieraus folgt, daß die Revolutionäre, wenn sie das Bewußtsein der Massen erobern wollen, in Westeuropa eine ganz andere Taktik einschlagen müssen. So müssen im Westen primär die Organisationen, denen das Proletariat noch vertraut, wie Parlamente und Gewerkschaften, bekämpft werden. Pannekoeks Broschüre, im April 1920 im Zusammenhang mit dem anstehenden zweiten Komintern-Kongreß verfaßt, erschien fast gleichzeitig mit der Broschüre Lenins über den »linken Radikalismus« als »Kinderkrankheit« des Kommunismus. Bemerkenswert ist, daß Lenin in dieser Schrift zwar Pannekoek (K. Horner) als einen jener Menschen nennt, die »hirnverbrannten Unsinn und wirres Zeug«⁸⁴ verbreiten, und daß er ausführlich über die »holländischen« Linken spricht, aber auf ihr wichtigstes Argument – den Unterschied zwischen Ost und West – kaum eingeht. Hierin wurde einmal mehr deutlich, daß sich die Kluft zwischen Linkskommunisten und den anderen Strömungen in der Kommunistischen Internationale rasch vertiefte. Lenins Schrift war für die Linkskommunisten eine enorme Enttäuschung. Noch während des zweiten Komintern-Kongresses schrieb Herman Gorter seinen *Offenen Brief an den Genossen Lenin*, in dem dieser Enttäuschung Ausdruck gegeben wurde. Zwar stand der Brief noch immer – ebenso wie seine Schrift *De Wereldrevolutie*, deren Fortführung er in gewissem Sinne ist⁸⁵ – im Zeichen der Bewunderung für Lenin, doch gleichzeitig war Gorters Kritik nun einem jedem deutlich. Gorter begann seine Erörterung mit der Bemerkung, er habe auch aus Lenins letzter Schrift wieder viel gelernt und mancher Auswuchs der »linken Kinderkrankheit« sei dadurch von ihm überwunden worden. Dennoch sei die Tendenz der Broschüre falsch, da sie umstandslos die ost- und westeuropäischen Verhältnisse einander gleichsetze. Gorters Schlußfolgerung:

»Es ist Ihr erstes nicht gutes Buch. Für Westeuropa ist es das schlechtest mögliche.«⁸⁶

Gorters Antwort enthielt im übrigen keine wichtigen neuen Argumente. Sie bestand zum großen Teil aus einer Wiederholung der kurz zuvor von Pannekoek formulierten Thesen, nur waren sie vielleicht etwas eleganter zu Papier gebracht worden. Auch Gorter verwies, und zwar sehr pointiert, auf die Zweiteilung Europas:

»Wenn man vom Osten her nach Westen wandert, überschreitet man an einer gewissen

Stelle eine ökonomische Grenze. Sie läuft von der Ostsee nach dem Mittelmeer, ungefähr von Danzig nach Venedig. Diese Linie scheidet zwei Welten voneinander. Denn westlich dieser Linie herrscht das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, vereinigt im höchst entwickelten Bankkapital, fast absolut. [...] Dieses Kapital ist in höchstem Maße organisiert und faßt in sich die festesten Staatsregierungen der Welt zusammen. Östlich dieser Linie besteht weder diese riesige Entwicklung des konzentrierten Industrie-, Handels-, Transport-, Bankkapitals, noch seine fast absolute Vorherrschaft, noch in folgedessen der festgefügte moderne Staat.«⁸⁷

Deshalb sind östlich und westlich dieser Trennungslinie völlig andere Taktiken erforderlich.

Ungefähr in derselben Zeit, in der Gorter und Pannekoek sich von den Bolschewiki zu entfernen begannen, verlor Otto Rühle⁸⁸ den letzten Rest positiver Wertschätzung für die russischen Kommunisten. Nach seiner Rückkehr als KAPD-Delegierter beim zweiten Komintern-Kongreß⁸⁹ (an dem er und der zweite KAPD-Delegierte Merges nicht teilgenommen hatten, weil sie schon vor Kongreßbeginn verärgert abgereist waren), erleichterte Rühle sein Herz in einigen Artikeln. Die Bolschewiki hatten versucht, so Rühle, ein ganzes Zeitalter zu überspringen, indem sie vom Feudalismus direkt zum Sozialismus gesprungen sind. Dieser Versuch war durch das Ausbleiben der Weltrevolution mißglückt. Das Resultat?

»Ein politischer Sozialismus ohne ökonomische Grundlage. Eine theoretische Konstruktion. Ein bürokratisches Reglement. Eine Sammlung papierner Dekrete. Eine agitatorische Phrase. Und eine furchtbare Enttäuschung.«⁹⁰

Die Bolschewiki hatten einen Ultrazentralismus hervorgebracht, der dem bürgerlichen Charakter ihrer Revolution völlig entsprach.

»Der Zentralismus ist das Organisationsprinzip des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters. Damit kann man den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaft aufbauen. Nicht aber den proletarischen Staat und die sozialistische Wirtschaft. Sie erfordern das Räte-system.«⁹¹

In einer späteren Publikation versuchte Rühle, seine Argumentation auszubauen, wobei er von dem unilinearen Modell Gebrauch machte. Wer geglaubt hatte, daß die russische Revolution der Beginn einer sozialen, einer proletarischen Umwälzung werden würde, sei das Opfer eines historischen Irrtums.

»Die russische Revolution konnte – ihren historischen Bedingungen nach – von Anfang an nur eine bürgerliche Revolution sein. Sie hatte den Zarismus fortzuräumen, dem Kapitalismus den Weg zu ebnen und der Bourgeoisie politisch in den Sattel zu helfen.«⁹²

Als Rühle dies 1924 schrieb, waren auch Gorter und Pannekoek zu dieser Auffassung gelangt.⁹³

2.3.2 Korsch

Innerhalb der deutschen Kommunistischen Partei entstanden immer wieder linke Strömungen und oppositionelle Gruppen, welche die Entwicklung in der Sowjetunion kritisierten und sich der Bolschewisierung der eigenen Organisation widersetzen.⁹⁴ Karl Korsch war einer derjenigen, die ihrer Beunruhigung Ausdruck geben wollten.⁹⁵ Bis 1925 hatte er ungeachtet seiner Kritik an Details in der UdSSR das einzige gelungene Vorbild einer Revolution gesehen.⁹⁶ Erst als ein Brief aus Moskau ankam, in dem die KPD-Führung (Fischer, Maslow usw.) kritisiert und die Wahl einer neuen Leitung gefordert wurde, rebellierte Korsch. Auf einer Parteikonferenz in Frankfurt im September 1925 warf er der Sowjetführung »roten Imperialismus« vor. Im Januar 1926 gründete er mit anderen die Gruppe *Entschiedene Linke*, die sich zur Aufgabe setzte, die Partei umzugestalten. Im März 1926 begannen Korsch und die Seinen mit der Publikation eines oppositionellen Periodikums unter dem Titel *Kommunistische Politik*. Einen Monat später erschien die politische Plattform der Gruppe, in der der Komintern die Liquidation der revolutionären Perspektive vorgeworfen und behauptet wurde, daß sich der Opportunismus in der russischen Bruderpartei durchgesetzt habe.⁹⁷ Auch international versuchte Korsch eine Opposition zu formieren: Er unterhielt Kontakt mit u.a. Amadeo Bordiga und dem Sowjetoppositionellen T.W. Saprnow.⁹⁸ Diese Versuche erbrachten in organisatorischer Hinsicht allesamt wenig. Für uns ist jedoch bedeutsam, daß Korsch seine oppositionelle Tätigkeit – die ihn Ende April 1926 seine Parteimitgliedschaft kostete – mit theoretischen Arbeiten über die Entwicklung der Sowjetrepublik verband.

In einem wichtigen Essay vom Oktober 1927 entwickelte Korsch seine Theorie der schleichenden Konterrevolution. Im nachrevolutionären Rußland hätten sich fortwährend zwei Gruppen einander gegenüberstanden: auf der einen Seite diejenigen, die keinen weiteren Klassenkampf zu führen oder diesen Kampf einzuschränken wünschten (Lenin u.a.); und auf der anderen Seite jene, die konsequent den Arbeiterkampf weiterentwickeln wollten. Die eine Strömung argumentierte primär vom Staatsinteresse her, die andere vom Klasseninteresse. In diesem Konflikt hätten die Etatisten regelmäßig Siege verbucht: der Friede von Brest-Litowsk, die Niederlage der Arbeiteropposition, die Unterdrückung des Aufstandes in Kronstadt, die Ausschaltung der trotzkistischen Opposition bewiesen dies. Die russische Arbeiterklasse sei durch keine einzelne dieser Niederlagen geschlagen worden. Vielmehr sei es die *Anhäufung* kleinerer Niederlagen, deren Resultat letztendlich die eine große Niederlage gewesen sei: die Entstehung einer neuen kapitalistischen Gesellschaft.

»Für das einfache, abstrakte und undialektische Denken scheint es ein unlösbarer Widerspruch, wenn wir im gleichen Atemzuge die proletarische Revolution des roten

Oktober preisen, und ihr geschichtliches Resultat, den heutigen Sowjetstaat, bezeichnen als einen neuen kapitalistischen Klassenstaat [...] Und zur Lösung dieses Widerspruchs suchen die meisten nach einer Art von Sündenfall (und die einen finden ihn schon im Brester Frieden von 1917, die anderen in dem Übergang zur NEP 1921, die dritten in der Entartung der russischen Partei »seit Lenins Tode« 1924, die vierten erst in dem Übergang von der NEP zur Neo-NEP seit 1925 usw.), um so gewissermaßen von einem bestimmten Datum ab den »Untergang der proletarischen Diktatur« und die »Umwandlung des revolutionären Arbeiterstaates in einen bürgerlichen Klassenstaat« als vollzogene Tatsache registrieren zu können. Mit vollem Recht können hierauf die Stalinisten erwidern, daß ein solcher »Sündenfall«, ein absolut entscheidender Bruch mit der bisherigen Ökonomie und Politik [...] überhaupt nicht zu finden ist.«

In Wirklichkeit habe die bürgerliche Konterrevolution gleichzeitig mit der proletarischen Revolution begonnen. Insbesondere seit 1921, als sich durch die veränderten ökonomischen Umstände das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zugunsten der bürgerlichen Gruppen verschoben hatte, sei der konterrevolutionäre Einfluß schnell gewachsen. So habe sich in der Zeit von zehn Jahren die kapitalistische Restauration langsam und fast unbemerkt etabliert.⁹⁹ In diesem selben Prozeß des Niedergangs sei der Leninismus zu einer anscheinend klassenlosen, im Wesen jedoch bürgerlichen und antiproletarischen »Staatsideologie« geworden, mit der vollständig gebrochen werden müsse.¹⁰⁰

2.4 Zusammenfassung

Während der Debatte in den zwanziger Jahren dominierte der Unilinearismus vollständig; alle TeilnehmerInnen der Debatte gingen davon aus, daß es eine zwingende historische Abfolge »Feudalismus-Kapitalismus-Sozialismus« gibt. Während Kautsky diese Reihenfolge jedoch in einem nationalen Zusammenhang interpretierte (in jedem einzelnen Land muß jedes Stadium zur Reifung gelangen, bevor es durch ein nächstes Stadium ersetzt werden kann), sahen andere die Möglichkeit, mit Hilfe aus *entwickelten* kapitalistischen Ländern in einem *unterentwickelten* kapitalistischen Land (u.a. Luxemburg) und/oder durch eine entsprechende nationale Politik (Zetkin, Lukács) Sozialismus zu schaffen.

Alle Diskutanten waren sich weiter darin einig, daß das zaristische Reich im günstigsten Falle einen unterentwickelten Kapitalismus mit feudalen Resten verkörperte. Aber die Folgerungen, die daraus für das »bolschewistische Experiment« gezogen wurden, unterschieden sich stark.

1. Die eine Gruppe von AutorInnen war der Auffassung, daß die Zeit für den Sozialismus in Rußland noch nicht gekommen ist; der unterentwickelte

Kapitalismus muß erst reifen. Von dieser Position aus wurden zwei Auffassungen erörtert:

- a. Die Oktoberrevolution war ein voluntaristischer und von vornherein zum Scheitern verurteilter Versuch, sich den historischen Gesetzmäßigkeiten zu entziehen; das hieraus entstandene Bastardgebilde wird in kurzer Zeit zusammenbrechen (Kautsky).
 - b. Die Oktoberrevolution war – ungeachtet der subjektiv anderen Absichten der Bolschewiki – nur eine bürgerliche Umwälzung, die den Weg zu einer vollständigen kapitalistischen Entwicklung freimachte (Gorter, Pannekoek, Rühle).
2. Die andere Gruppe von AutorInnen war der Auffassung, daß die Oktoberrevolution eine proletarische Umwälzung war und daß auch im unterentwickelten Rußland unter gewissen Voraussetzungen der Aufbau des Sozialismus möglich ist:
- a. Der Aufbau des Sozialismus ist ein äußerst prekärer Prozeß; die Möglichkeit eines Rückfalls in den Kapitalismus besteht noch reell (Luxemburg).
 - b. Der Übergang in eine im Ansatz sozialistische Gesellschaft ist mißglückt; durch eine schleichende Konterrevolution ist der Kapitalismus wiederhergestellt worden (Korsch).
 - c. Die im Ansatz sozialistische Gesellschaft ist bereits in erheblichem Maße konsolidiert (Zetkin, Lukács).

Faktisch werden also alle Möglichkeiten, die das unilineare Schema zuläßt, auch tatsächlich angewandt – mit einer Ausnahme: Niemand vertrat die Behauptung, daß in der Sowjetunion eine *gewaltsame* (im Gegensatz zu einer schleichenden) Konterrevolution stattgefunden habe.

3. Von Stalins »Großem Sprung vorwärts« zum »Großen Vaterländischen Krieg« (1929-1941)

Rückblickend betrachtet kann man sagen, daß die Jahre der Neuen Ökonomischen Politik ein verhältnismäßig ruhiges Intermezzo in dem Prozeß der Staatsbildung waren, der 1917 begann und um 1939 vollendet war. Die gesellschaftliche Umwälzung von oben, die Ende der zwanziger Jahre einsetzte, markiert den Beginn der zweiten Periode dieses Prozesses. Die in diesem Zeitraum ergriffenen Maßnahmen waren in ihrem Umfang und ihrer Rücksichtslosigkeit seinerzeit noch historisch einmalig.

Das Antlitz der Sowjetunion veränderte sich jetzt drastisch. In den Jahren 1927-30 kam es zu drei strukturellen Veränderungen, die wie folgt kurz zusammengefaßt werden können:

1. Dem Regime gelang es, sich definitiv zu konsolidieren. Während es *intern*, in der Partei, die Oppositionen um Trotzki u.a. und Bucharin u.a. ausschaltete und auch sonst den zentralen Apparat unangreifbar machte, dehnte es *extern* seine Macht über immer größere Teile des gesellschaftlichen Lebens aus. Insbesondere wurden die Gewerkschaften, deren relative Autonomie schon während der NÖP-Periode angegriffen worden war, jetzt vollends zu Instrumenten der Partei.
2. Nachdem 1927 im Agrarsektor – vor allem durch die »Schere« zwischen den Preisen für agrarische und für industrielle Produkte – enorme Spannungen entstanden waren, die u.a. zu einer Lähmung des Getreidemarktes führten, unternahm das Regime eine »Flucht nach vorn«. Die Landwirtschaft wurde in hohem Tempo mit terroristischen Methoden kollektiviert – ein Prozeß, der sowohl durch die damit einhergehende physische Liquidierung der Kulaken als auch durch die daraus resultierenden Hungersnöte in den ersten Jahren eine enorme Anzahl von Toten forderte.
3. Mit der Einführung von Fünfjahresplänen, die im April 1929 rückwirkend beschlossen worden war (der erste Plan sollte am 1. Oktober 1928 begonnen haben), wurde eine forcierte Modernisierung in Gang gebracht. Die Schwerindustrie (insbesondere die Metallindustrie, der Maschinenbau und die Energieversorgung) erhielten dabei absolute Priorität, ohne daß im Übrigen den Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzem sonderlich Rechnung getragen wurde.

Während so auf der ökonomischen Ebene über »einen großen Sprung vorwärts« (Alec Nove) die Marktelemente kräftig zurückgedrängt wurden und an ihre Stelle »Pläne«, »Kollektive« usw. traten, fand auf der politischen Ebene

eine Zentralisierung statt, welche die meisten demokratischen und pluralistischen Überbleibsel eliminierte. Eine mono-organisatorische Gesellschaft im Sinne von Rigby war entstanden:

»[...] umfassende Koordinierung der vielfältigen, einzelnen Organisationen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Sub-Systemen operieren, wirkt selbst organisierend, d.h. durch übergeordnete Kommandostrukturen, die – fast wie das Oberkommando in Kriegszeiten – die zahlreichen auf einem besonderen Kriegsschauplatz operierenden Gliederungen, Branchen und Ämter dirigieren und instrumentalisieren.«¹

Innerhalb der so geformten Gesellschaft war die Macht der Führer jedoch noch nicht unumstritten. Die Große Säuberung, deren Beginn mit dem Mord an Stalins Konkurrenten Sergej Kirow (1934) datiert werden kann, bildete faktisch die Abrundung des Prozesses der Staatsformung. Der Massenterror hatte zwei zusammenhängende Resultate:

1. Die Zusammensetzung der führenden Elite veränderte sich. Nicht allein die bolschewistischen Veteranen aus der zaristischen Periode, sondern auch viele, die 1917 oder später in die Bewegung gekommen waren und aktiv zu Stalins »Revolution« beigetragen hatten, wurden ermordet. Die Manager, die sie ersetzten, waren in gewissem Sinne Menschen ohne »Geschichte« mit einer oft technokratischen Einstellung. Die persönliche Diktatur Stalins wurde nun unantastbar.
2. Mit diesen Veränderungen wuchs explosionsartig das Heer der ZwangsarbeiterInnen (SklavInnen), das in embryonaler Form bereits am Ende der zwanziger Jahre entstanden war. Zugleich nahm die Repression gegen »einfache« ArbeiterInnen beträchtlich zu (Einführung des Arbeitsbuchs, drakonische Strafen für Arbeitsversäumnis, Aufhebung des Rechts, einseitig zu kündigen usw.), es wurde eine traditionelle Familienpolitik eingeführt (Erklärung der Familie zum Fundament der Gesellschaft), und es begann die vollständige Unterwerfung von Kunst, Wissenschaft und Philosophie unter die offizielle Politik.

In einem Zeitraum von etwa zehn Jahren hatte sich die Sowjetunion wesentlich verändert. Die kritisch-marxistischen BeobachterInnen registrierten dies außerordentlich schnell und zogen ihre Folgerungen daraus. Welche Folgerungen das waren, wurde auch durch ihre Wahrnehmung der Entwicklungen außerhalb der Sowjetunion bestimmt.

Erstens war dies die große ökonomische Krise, welche die dreißiger Jahre beherrschte. Der – zum Teil scheinbare – Kontrast zwischen den ökonomischen Schwierigkeiten im eigenen Land und die schnelle Modernisierung der Sowjetunion verleitete viele im Westen zu einer Mäßigung ihrer Kritik. Kautsky wies 1931 auf diesen Zusammenhang hin:

»Die Wirtschaftskrise hat seit einem Jahr so wahnsinnige Dimensionen angenommen, daß mancher unter uns vermeint, der Zusammenbruch des Kapitalismus sei bereits

eingetreten. Dazu gesellt sich die verstärkte Reklame Sowjetrußlands für seinen Fünfjahresplan. [...] Was man wünscht, das glaubt man gern. Daher entsteht aus der furchtbaren Not der Zeit ein Bedürfnis, in Rußland jenen Felsen zu sehen, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll.«²

War dieses Bedürfnis sehr stark, konnte es geschehen, daß sich ein ehemaliger Kritiker der Sowjetunion in eine apologetische Richtung entwickelte. Ein typisches Beispiel dafür war der wichtigste Theoretiker des Austromarxismus, Otto Bauer, der anfänglich Kautskys Argumentation nahegestanden hatte.³ In den dreißiger Jahren revidierte er seine Meinung; in seinem 1936 erschienenen Buch *Zwischen zwei Weltkriegen?* verteidigt er den Stalinismus als historische Notwendigkeit:

»Aber so furchtbar die Opfer waren, mit denen der große Industrialisierungs- und Kollektivierungsprozeß erkaufte werden mußte, so berauschend sind seine Erfolge.«⁴

Zweitens wurde nach Hitlers Machtübernahme 1933 allmählich eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen dem Nationalsozialismus und dem stalinistischen Regime sichtbar (z.B. das Einparteien-System, die wirtschaftliche »Planung«, der Terror). Darüber hinaus hatte es manchmal den Anschein, daß die beiden Systeme einander auch auf der politischen Ebene beeinflussten.⁵ Der Ribbentrop-Molotow-Pakt verstärkte den Eindruck noch mehr. Diese Wahrnehmungen veranlaßten manche der Kritiker, identische Wesenszüge für beide Gesellschaften zu postulieren und sich damit theoretisch mehr oder weniger den Nicht-Marxisten anzuschließen, die in derselben Zeit die Basis für die Totalitarismus-Theorie legten.⁶

Eine einzelne Äußerung – aus einem 1940 verfaßten rätekommunistischem Text – mag hier vorläufig als Beispiel einer solchen Argumentation genügen:

»Weder Hitler noch Stalin kamen zum Sozialismus, den sie verkündet hatten. Weder der Bolschewismus noch der Nazismus erwiesen sich als Gegner und Feinde des Kapitalismus. Beide wurden zu seinem Nothelfer, seinem Neubegründer. Und beide sanken sich in der Einheit dieses Zieles und Werkes als Verbündete in die Arme. Hitler, der beste Schüler Lenins, war zum Herzbruder Stalins geworden. Und gemeinsam fordern sie ihr Jahrhundert in die Schranken.«⁷

Verwandte Gedankengänge werden im Laufe dieser Studie noch mehrmals zur Sprache kommen.

Soweit die um 1929 in Gang gekommene strukturelle Transformation der Sowjetgesellschaft marxistische Kritiker nicht – à la Otto Bauer – dazu verleitete, darin immer noch eine Variante des Sozialismus zu sehen, wuchs nun das Verständnis, daß der Begriff »Kapitalismus« nicht länger genügte. In der einen oder anderen Weise mußte jetzt in der kritischen Theorie zum

Ausdruck gebracht werden, daß unter Stalin etwas völlig Neues entstanden war. Christian Rakowski, mit der Linken Opposition verbunden, nannte es auf die allmächtige bürokratische Elite zielend: eine neue soziologische Kategorie, der eine ganze Abhandlung gewidmet werden müsse.⁸

Verschiedene neue Theorien wurden in der Periode 1929-1941 zunächst entwickelt. Ich werde sie erörtern und danach auf die Diskussionen eingehen, die in der betreffenden Periode zwischen den Vertretern diverser Orientierungen geführt wurden.

3.1 Theorien des Staatskapitalismus

Der Begriff »Staatskapitalismus« entstand beträchtliche Zeit vor der Oktoberrevolution. Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde er von deutschen Sozialdemokraten als Antwort auf die reformistischen Standpunkte von Georg von Vollmar u.a. kreiert, die der Auffassung waren, der bürgerliche Staat müsse ermutigt werden, Maßnahmen zu ergreifen (Nationalisierungen), die als Vorbereitung auf einen zukünftigen »Staatssozialismus« fungieren könnten. Die Opponenten (W. Liebknecht u.a.) waren dagegen der Auffassung, daß ein Ausbau des bürgerlichen Staates nicht zum »Staatssozialismus«, sondern zum »Staatskapitalismus« führen und darum das Kräfteverhältnis nur zum Nachteil der Arbeiterklasse beeinflussen werde.⁹ Von seinem Ursprung her war »Staatskapitalismus« also keine Kategorie mit einer primär analytischen Intention; vielmehr war der Begriff doppelt von der Wirklichkeit abgelöst: »durch seine Entgegensetzung zu einem anderen Begriff und dessen Bezug auf eine künftige Gesellschaft«¹⁰.

In den Jahren 1914-18 gab die deutsche Kriegsökonomie mit bisher unbekanntem Staatsinterventionen in den ökonomischen Prozeß (Produktionszwang für Betriebe, Regulierung der Distribution von Konsumgütern, Festlegung der Höchstpreise usw.) den Anlaß zu einem weitergehenden Wandel des Staatskapitalismus-Begriffs. Nikolai Bucharin entwickelte in dieser Zeit die Theorie, daß der Staatskapitalismus ein neues und höheres Stadium der kapitalistischen Entwicklung sei, ein Stadium, in dem die inländische Konkurrenz zwischen Unternehmen durch Staatseingriffe tendenziell reguliert werde und die Konkurrenz innerhalb des nationalen Kapitals sich fast vollständig auf den Weltmarkt verschiebe.¹¹ Auch Autoren mit anderen politischen Auffassungen, wie der Sozialdemokrat Karl Renner oder der Rätekommunist Otto Rühle, formulierten ähnliche Gedanken.¹²

Die Frage, inwieweit nach 1917 in Rußland Staatskapitalismus bestand, beeinflußte schon bald die Diskussion der Bolschewiki. Die Links-Oppositio-

nellen, gruppiert um die Zeitschrift *Kommunist*, fürchteten, daß die betriebene Industriepolitik die Arbeitermacht in den Betrieben angreifen werde und so das Fundament des revolutionären Prozesses zu zerstören drohe. Ossinski formuliert diese Auffassung so:

»Wenn das Proletariat nicht selbst weiß, wie die notwendigen Vorbedingungen für die sozialistische Organisation der Arbeit zu schaffen sind – niemand kann das für es tun, und niemand kann es zwingen, das zu tun. [...] Sozialismus und sozialistische Organisationen müssen vom Proletariat selbst errichtet werden, oder sie werden gar nicht errichtet; etwas anderes wird entstehen – Staatskapitalismus.«¹³

In derselben Zeit wandte auch Lenin den Staatskapitalismus-Begriff auf Rußland an. Er meinte, daß eine Diktatur des Proletariats sehr wohl mit einem Staatskapitalismus versöhnt werden könne. Zwischen dem Kapitalismus der freien Konkurrenz und dem Sozialismus liege eine Übergangsperiode; während dieser Periode müßten die Revolutionäre soviel wie möglich von den Methoden und Erkenntnissen des vor allem in Deutschland geformten Staatskapitalismus übernehmen.¹⁴ In diversen Beiträgen von Bucharin, Ossinski, Lenin und u.a. wurde der Staatskapitalismus sehr weit gefaßt: als Marktwirtschaft mit großem Staatseinfluß. In den Debatten über die Sowjetunion in den dreißiger Jahren wurde der Staatskapitalismus-Begriff von vielen AutorInnen übernommen; er erhielt dabei jedoch allmählich eine etwas andere – genauere – Auslegung: eine Ökonomie, in welcher der Staat als einziger Unternehmer auftritt. Ausgangspunkt dieser Präzisierung war die strukturelle Transformation in der Sowjetunion selbst: Der traditionelle Markt der NÖP-Periode verschwand und der Staat wurde als alles beherrschendes Machtzentrum etabliert.

Die Theorien des Staatskapitalismus waren von allen Theorien über die Sowjetunion, die in der Periode 1929-1941 präsentiert wurden, die am meisten verwendeten. Nächst den im folgenden vorgestellten Varianten wurden noch viele andere Beiträge mit verwandten Zügen erbracht. Sie werden hier nicht vorgestellt, da sie den hier besprochenen Varianten nichts Wichtiges hinzufügen.¹⁵ Die Popularität der Theorien des Staatskapitalismus kann schlicht aus dem Umstand erklärt werden, daß sie dem alten unilinearen Schema noch sehr nahe standen. Obwohl der Staatskapitalismus keinen »gewöhnlichen«, sondern einen »neuen« und nach Auffassung vieler AutorInnen »höheren« Kapitalismus bildete, konnte er einfach in das Muster »Feudalismus – (Staats)Kapitalismus – Sozialismus« eingepaßt werden.

3.1.1 Mjasnikow

Anfang 1931 beendete der oppositionelle Bolschewik Gawril Mjasnikow¹⁶ die Arbeit an einer Broschüre über den Charakter der Sowjetgesellschaft, die er

in eigener Verantwortung unter dem Titel *Otscherednoj obman* (Neuer Betrug) publizierte.¹⁷ Die niederländische Fassung erschien in der linkskommunistischen Zeitschrift *De Nieuwe Weg*.¹⁸ Mjasnikow zufolge hatte in der Sowjetunion eine gewaltsame Revolution stattgefunden. Nachdem anfänglich die Arbeiterklasse über ihre Arbeiterräte die Macht in der Hand gehabt habe, sei es »der Weltbourgeoisie« innerhalb von drei Jahren gelungen, über Interventionen und Bürgerkrieg einer fundamentalen Machtverschiebung Raum zu verschaffen.

»Die Industrie war erstarrt, die Arbeiter hatten sich zerstreut, und so mußten auch die meisten Arbeiterräte zu Grunde gehen. Das Proletariat hörte auf, die herrschende Klasse zu sein, die über die politische und ökonomische Hegemonie verfügte [...].«¹⁹

Weil die nationale Bourgeoisie im wesentlichen fehlte, fiel die Macht in die Hände der Bauern, des zahlreichen »Kleinbürgertums«. Dieser Zustand konnte jedoch nicht lange währen:

»Das Kleinbürgertum triumphierte, aber dieser Sieg wird für es kein Glück sondern Unglück bedeuten. Es kann die Industrie mittels eines bürokratischen Apparats leiten, und auf Grund der typischen atomisierten Struktur dieser Klasse kann es keine ausreichende Kontrolle über die Bürokratie ausüben, es kann also nicht verhindern, daß diese sich von einer Dienerin zu einer es unterdrückenden Herrscherin entwickelt.«²⁰

Im Lauf der zwanziger Jahre hatte sich die Bürokratie in eine herrschende Klasse verwandelt. Ihre Macht beruhte auf dem Staatseigentum an den Produktionsmitteln, und diese Macht wollte sie fortwährend vergrößern:

»Die Bürokratie, die an der Spitze der nationalisierten Industrie steht und die allmählich auf diesem Gebiet die Reste der privatkapitalistischen Exploitation vernichtet oder assimiliert, hat die Neigung, ihre Herrschaft über alle Produktionsgebiete auszudehnen.«²¹

Damit war ein »Staatskapitalismus« entstanden, inklusive Ausbeutung und Mehrwertproduktion.²²

»Die gesamte Staatshaushaltung der UdSSR stellt gleichsam eine einzige große Fabrik dar, in der eine geordnete Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Arbeitsplätzen gegeben ist.«²³

Mjasnikow warnte, diese neue Form des Kapitalismus auf die gleiche Ebene mit dem alten Privatkapitalismus zu stellen. Durch die Nationalisierung von Boden, Bergbau und Industrie und die freie Verfügung über das Staatsbudget kann die Bürokratie beträchtlich effektiver operieren als die klassische Bourgeoisie. Sie ist in der Lage, völlig frei Kapitalströme zu dirigieren und

Finanzierungsmittel für Investitionen aufzubringen, über die »einfache« Unternehmer nicht verfügen, und sie wird bei der Ausführung von Plänen nicht von Grundbesitzern oder anderen Unternehmen gehindert. In diesem Sinne befindet sich die Sowjetgesellschaft in einem höheren Entwicklungsstadium als der Konkurrenzkapitalismus:

»Auch wenn die Bürokratie die Geschäfte nicht immer gut führt, tut sie es immer noch besser als die Bourgeoisie. Sie arbeitet unter völlig anderen Umständen und stellt, mit welchem privaten Produktionssystem auch immer verglichen, eine höhere Produktionsform dar.«²⁴

Bei internationalen Konflikten müßten Sozialisten darum für die Sowjetunion Partei ergreifen.

3.1.2 Adler

Friedrich Adler²⁵ – seit 1923 Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale – präsentierte 1932 »als einzelner Genosse und nicht in meiner Funktion als internationaler Sekretär« eine eigene Theorie der Sowjetunion.²⁶ Er distanzierte sich sowohl von Kautskys fortwährenden Kassandrarufern wie von apologetischen Tendenzen und führte eine historisch-vergleichende Perspektive ein.

Mit Kautsky und Marx teilte er die Auffassung, daß eine sozialistische Gesellschaft nur in einer Situation aufgebaut werden kann, in der Industrie und Arbeiterklasse hochentwickelt sind. Da ein solcher Zustand im nachrevolutionären Rußland noch nicht gegeben sei, müsse Stalins »Experiment« als ein Versuch beurteilt werden, durch Aufopferung einer ganzen Generation von Arbeitern und Bauern die ursprüngliche Akkumulation²⁷, die im entwickelten Kapitalismus bereits stattgefunden hatte, nachträglich zu realisieren und so die Grundlage für eine sozialistische Sowjetunion zu schaffen.

»Wenn wir das heutige Sowjetrußland zu verstehen trachten, erkennen wir mit steigender Überraschung, daß bei seiner Industrialisierung, obwohl es keine Privatkapitalisten mehr gibt, die charakteristischen Züge der ursprünglichen Akkumulation, die Marx aufgewiesen, wieder in Erscheinung treten. *Das Stalinsche Experiment ist Industrialisierung durch ursprüngliche Akkumulation ohne die Mitwirkung von Privatkapitalisten.*«²⁸

Da die historischen Träger des Prozesses, die freien Unternehmer, fehlen, tritt die Staatsmacht als solche an ihre Stelle. Die gesellschaftliche Funktion der Diktatur ist damit:

»Niederhaltung der Werktätigen selbst, um die ursprüngliche Akkumulation an ihnen zu

vollziehen, um jeden Versuch des Widerstands der Werktätigen gegen die Opfer, die ihnen auferlegt werden, im Keime zu ersticken.«²⁹

Insgesamt handelt es sich um eine Form des Staatskapitalismus, der einerseits zur Entwicklung kommen mußte wegen des Ausbleibens von Revolutionen in fortgeschritteneren Ländern, die der jungen Sowjetrepublik hätten beistehen können, und andererseits wegen der Schwäche des privaten Kapitalismus zur Zeit der Umwälzung.

Mit dieser Feststellung erscheint auch die Planwirtschaft in einem anderen Licht:

»Für Marx und Engels schien der Übergang zur *Planwirtschaft* nur möglich im Rahmen der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nun erkennen wir, daß die Planwirtschaft den Sozialismus nicht zur notwendigen Voraussetzung hat, sie bedarf nur des negativen Kriteriums der Beseitigung der privatkapitalistischen Konkurrenz, sie ist auch schon auf dem Boden eines *Staatskapitalismus* möglich.«³⁰

Daß diese Interpretation von (links-)sozialdemokratischen Kreisen weithin geteilt wurde, wird u.a. aus der Äußerung von Rafail Abramowitsch Rejn deutlich, einem der Führer der menschewistischen Emigration, Adlers Analyse entspreche im wesentlichen der der russischen Sozialdemokratie.³¹

3.1.3 Wagner

1933 verfaßte Helmut Wagner (geb. 1904), ein links-sozialdemokratischer Journalist und Lehrer, der Ende 1934 von Dresden in die Schweiz geflüchtet war,³² *Thesen über den Bolschewismus*. Diese Thesen waren u.a. das Resultat von Diskussionen, die seit 1932 bei den *Roten Kämpfern*, einer unter rätekommunistischem Einfluß stehenden kleinen illegalen Gruppierung, geführt worden waren.³³

Gorter, Pannekoek u.a. hatten einen wesentlichen Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa angenommen; Wagner bezeichnete Rußland als geographisches, politisches und ökonomisches Bindeglied zwischen Europa und Asien. Europa forme, zusammen mit Nordamerika, »das hochkapitalistische Zentrum aktiv imperialistischen Vorstoßes«; Asien bilde »das koloniale Zentrum passiv imperialistischer Ausplünderung«. Beide Zentren seien Mittelpunkte des internationalen Klassenkampfes und beeinflussten die russische Entwicklung.³⁴ In der russischen Ökonomie seien ein unterentwickelter asiatischer Landbau mit bis 1917 fortbestehenden feudalen Elementen und eine von feudalen Einflüssen durchzogene moderne europäische Industrie miteinander verbunden.³⁵ Diese besondere Verbindung von Feudalismus und Kapitalismus stelle die russische Revolution vor kombinierte und komplizierte Aufgaben.³⁶ Faktisch mußte sie die Aufgaben einer bürgerlichen Umwälzung

ohne die Unterstützung der Bourgeoisie auf sich nehmen. Sie mußte *Aufgaben der bürgerlichen Revolution ausführen*, weil es primär darum ging, den Absolutismus zu stürzen, die Privilegien des Adels abzuschaffen und einen modernen Staatsapparat zu bilden.³⁷ Sie mußte dabei *ohne Unterstützung der Bourgeoisie* vorgehen, weil diese Klasse sich mit dem Zarismus verbunden hatte und so bereits konterrevolutionär geworden war, bevor sie ihre eigene Revolution beendet hatte.³⁸

Ein »Klassendreieck« hatte die Aufgaben der Bourgeoisie übernommen:³⁹ Die enormen Bauernmassen bildeten das passive »Fundament«, die numerisch geringen aber kämpferischen Arbeiter die »aktive Kampfzunge«, und eine schmale Schicht der kleinbürgerlichen Intelligenz »erhob sich zum führenden Kopf der Revolution«. ⁴⁰ Dem Bolschewismus gelang es, die Rebellionen von Arbeitern und Bauern miteinander zu verknüpfen und die Macht zu ergreifen. Das neue Regime, das 1917 zustandekam, befand sich dadurch von Anbeginn in einer prekären Position: Es durfte die zwei Klassen, auf die es gegründet war, ungeachtet ihrer zum Teil gegensätzlichen Interessen nicht miteinander in einen offenen Konflikt geraten lassen.⁴¹ Um dies zu erreichen, war eine Verselbständigung des Partei-Staatsapparates gegenüber beiden Klassen unvermeidlich:

»Wie der Staatsapparat des Zarismus über den beiden besitzenden Klassen verselbständigt herrschte, so begann sich der neue Staatsapparat des Bolschewismus über seine Doppelklassenbasis zu verselbständigen. Rußland trat aus dem Zustand des zaristischen Absolutismus in den Zustand des bolschewistischen Absolutismus hinein.«⁴²

Das Endresultat dieser Entwicklung war ein vom Staat organisierter Kapitalismus ohne Bourgeoisie, mit einer doppelten Klassenbasis. Der Sowjetstaat wird infolgedessen permanent zwischen den Interessen von Arbeitern und Bauern hin- und hergerissen. Der Fünfjahresplan und die forcierte Kollektivierung sind nichts anderes als Versuche, diese Gegensätze mit Gewalt im Zaum zu halten, doch sie haben vorläufig nur »die ökonomischen Schwierigkeiten bis zur Gefahr der Explosion der wirtschaftlichen Widersprüche gesteigert«. ⁴³

Die Sowjetökonomie funktioniert wesentlich kapitalistisch: Die Grundlage ist die Warenproduktion, die Zielsetzung, um die sich alles dreht, ist Rentabilität, es werden bürgerliche Belohnungssysteme angewendet, und die Arbeiter erzeugen Mehrwert.⁴⁴

»Der russische Staat weist zwar keine Klasse von Menschen auf, die individuell und direkt Nutznießer dieser Mehrwertproduktion sind, aber bezieht diesen Mehrwert als bürokratischer Schmarotzerapparat im Ganzen. Außer seiner eigenen, recht kostspieligen Erhaltung dient der erzeugte Mehrwert der Erweiterung der Produktion, der Stützung der Bauernklasse und der Begleichung der Auslandsverpflichtungen des Staates. [...] Die russische Staatswirtschaft [...] ist Staatskapitalismus unter den historisch

einzigartigen Bedingungen des bolschewistischen Regimes und stellt darum einen höheren Typus der kapitalistischen Produktion dar, als ihn die größten und fortgeschrittensten Länder aufzuweisen haben.«⁴⁵

1936-1937, während seines Exils in der Schweiz, erweiterte Wagner die *Thesen* zu einem umfangreichen nichtpublizierten Werk unter dem Titel *Die Grundlagen der bolschewistischen Machtpolitik (Zur Soziologie des Bolschewismus)*.⁴⁶ Teile seiner Untersuchungsergebnisse publizierte er unter dem Pseudonym Rudolf Sprenger.⁴⁷ In ihrer Tendenz stimmen diese Veröffentlichungen mit den *Thesen* überein.

3.1.4 Worrall

Die Bezeichnung des Sowjetsystems als »Staatskapitalismus« war bei Mjasnikow, Adler und Wagner wenig fundiert. Sie behaupteten nur, daß es in der UdSSR um Mehrwertproduktion, kapitalistische Ausbeutung usw. gehe. Weitere Argumente erbrachten sie für diese Behauptung nicht, was selbstverständlich von apologetischen AutorInnen sofort angemerkt wurde.⁴⁸ Am Ende der dreißiger Jahre wurde die Theorie des Staatskapitalismus jedoch allmählich weiter ausgearbeitet. 1939 publizierte das amerikanische Periodikum *Modern Quarterly* eine Betrachtung unter dem Titel »U.S.S.R.: Proletarian or Capitalist State?«⁴⁹ Der Autor R.L. Worrall, dessen biographische Daten ich nicht erschließen konnte,⁵⁰ unternahm hier den Versuch, die Theorie vom Sowjet-Staatskapitalismus marxistisch zu fundieren. Um seine Orthodoxie hervorzuheben, knüpfte Worrall bei den Grundlegern des »wissenschaftlichen Sozialismus« an:

1. An zwei Stellen im dritten Band von *Das Kapital* – dem Band, der »von denen, die Marx studiert haben, so sehr vernachlässigt« wurde – ist angeführt, welches die wesentlichen Bestandteile einer kapitalistischen Produktionsweise sind: Konzentration der Produktionsmittel in den Händen einer kleinen Gruppe von Besitzenden, gesellschaftliche Organisation des Arbeitsprozesses, Herstellung des Weltmarktes⁵¹, Waren- und Mehrwertproduktion⁵².
2. Bei seiner Analyse des Aktienkapitals, ebenfalls im dritten Band von *Das Kapital*, hatte Marx festgestellt, daß bei Aktiengesellschaften die Führer der Unternehmen zu »Dirigenten« des Kapitals anderer werden, während die Kapitaleigentümer nur noch einen Eigentumstitel haben. Dadurch werde das Kapital als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst »aufgehoben«.⁵³
3. In seinem *Anti-Dühring* hatte Engels nicht nur auf das Aufkommen des Aktienkapitals hingewiesen, sondern auch auf die Tendenz, Investitionen, die für einzelne Unternehmer zu umfangreich sind (z.B. im Eisenbahnsek-

tor), vom Staat verrichten zu lassen. Beide Entwicklungen implizierten Engels zufolge keineswegs das Verschwinden des Kapitalismus: Das Kapitalverhältnis wird dadurch nicht aufgehoben, sondern nur auf die Spitze getrieben.⁵⁴

Aus 1. schloß Worrall, daß das Privateigentum (insbesondere an den Produktionsmitteln) nicht »in jeder Phase seiner Entwicklung« für den Kapitalismus wesentlich sein muß. Aus 2. und namentlich aus 3. leitete er ab, daß »die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Richtung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln« zu »der tatsächlichen Aufhebung des Privateigentums« führen kann, während das Wesen des Kapitalismus erhalten bleibe. Mit seiner Berufung auf die Klassiker wollte Worrall vor allem aufzeigen, daß eine Gesellschaft, in der Staat und Kapital zu einem alles dominierenden Ganzen geworden sind, für den wissenschaftlichen Sozialismus *theoretisch möglich* ist. Auch Lenin wird in diesem Zusammenhang als Zeuge zitiert.

Im zweiten Schritt seiner Argumentation versucht Worrall aufzuzeigen, daß die theoretische Möglichkeit in der Sowjetunion *Wirklichkeit* geworden ist; hier sei tatsächlich auf kapitalistischer Grundlage eine historisch einmalige Verschmelzung von politischen und ökonomischen Machtzentren entstanden. Worralls Thesen hierzu können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die stalinistische Bürokratie ist keine bürgerliche Klasse. Ihre Struktur hat keine Ähnlichkeit mit der auf Privateigentum basierenden Bourgeoisie.
2. Jedoch ist die *Funktion* der Bürokratie identisch mit der Funktion der Bourgeoisie:

»ihr gesellschaftlicher Zweck ist, objektiv gesprochen, die Kapitalakkumulation in Rußland – die Warenproduktion, die Erzielung von Mehrwert aus der Arbeiterklasse, die Realisierung dieses Mehrwerts als Profit des Staates und die Umwandlung des Profits in weiteres Staatseigentum, insbesondere Kapital in Form weiterer Produktionsmittel: mehr Fabriken, mehr Maschinen, mehr Bergwerke usw.«⁵⁵

3. Die Sowjetunion könnte dennoch ein Arbeiterstaat sein, wenn die Bürokratie der Arbeiterklasse untergeordnet wäre, d.h. wenn die Sowjets oder andere Formen der Arbeiterdemokratie die letztendliche Bestimmung über die Politik der Bürokratie hätten. Dies ist jedoch nicht der Fall, und »genau dieser Umstand macht den russischen Staat zu einem kapitalistischen anstatt einem Arbeiterstaat«.⁵⁶
4. Das Sowjetsystem exportiert kein Kapital und exploitiert keine Kolonien. Es ist deshalb, obwohl kapitalistisch, nicht imperialistisch.
5. Das Sowjetsystem steht dem Sozialismus näher als dem gewöhnlichen Kapitalismus. Es ist:

»ein Übergangsstadium, in dem das Prinzip des Privateigentums abgeschafft worden ist und die proletarische Kontrolle der Produktionsmittel nur durch eine in einer unsicheren Lage befindliche Bürokratie verhindert wird.«⁵⁷

6. Der Sowjetkapitalismus konnte aus der proletarischen Oktoberrevolution entstehen, weil seit ca. 1923, »ein Jahrzehnt hindurch«, eine Konterrevolution stattgefunden hatte. Diese Konterrevolution wurde ermöglicht durch die Wirkung einerseits objektiver Faktoren (die ökonomische und kulturelle Rückständigkeit, das gesellschaftliche Gewicht der Bauern, der Einfluß des Weltmarkts und der kapitalistischen Ideologie) und andererseits eines subjektiven Faktors, die Schwäche des Widerstands von Trotzki u.a. während der entscheidenden Jahre 1923-1929.⁵⁸

Obwohl Worrall in gewissem Sinne an Korsch erinnert (schleichende Konterrevolution), vertieft sein Beitrag insofern die Debatte, als er, wie es scheint als erster, versucht hat, den Staatskapitalismus-Begriff nicht als Etikett, sondern in analytischem Sinne zu verwenden. Den Unterschied zwischen Arbeiterstaat und Staatskapitalismus sieht er allein in der politischen Macht. Auch ein kapitalistisches Akkumulationsregime könne im Interesse der Arbeiterklasse sein, sofern sich diese Arbeiterklasse *selbst* für ihre kapitalistische Ausbeutung entschieden habe.

3.1.5 Pollock

Friedrich Pollock (1894-1970), der bekannte Ökonom der »Frankfurter Schule«,⁵⁹ publizierte 1941 eine Theorie des Staatskapitalismus in den *Studies in Philosophy and Social Science* (zuvor *Zeitschrift für Sozialforschung*). Er setzte damit nicht allein seine Studien über die Sowjetunion fort, die er in den zwanziger Jahren begonnen hatte,⁶⁰ sondern auch seine Reihe von Essays über kapitalistische Krise und Planwirtschaft. Schon 1932 hatte Pollock dargelegt, daß der Kapitalismus durch Verwendung von Plantechniken in der Lage sein könnte, ein neues Gleichgewicht zu finden.⁶¹ In seinem Beitrag 1941 erweiterte Pollock diesen Gedanken zu einer allgemeinen Theorie des Staatskapitalismus. Diese Theorie war primär durch die Entwicklungen in Nazi-Deutschland und Italien angeregt. Die Frage, ob die Theorie insgesamt auf die Sowjetunion angewendet werden kann, zögerte Pollock zu beantworten, weil dort – anders als unter Nationalsozialismus und Faschismus – keine Fusion von alten Kapitalgruppen und Staat stattgefunden hatte, sondern im Gegenteil den früheren besitzenden Klassen die Produktionsmittel durch den Staat genommen worden waren. Vorsichtig formulierte Pollock deshalb seinen Zweifel, »ob unser Bild des Staatskapitalismus auf die Sowjetunion in ihrer augenblicklichen Phase« anzuwenden ist.⁶² Dieser Vorbehalt hinderte ihn jedoch nicht, die Sowjetunion in seine Erwägungen einzubeziehen und z.B. zu behaupten, daß das System der staatskapitalistischen Distribution dort weiter entwickelt ist als in Deutschland.⁶³

Neben den totalitären Varianten hielt Pollock auch demokratische für

möglich – diese müssen jedoch vorerst noch hypothetische Konstruktionen bleiben, »für die unsere Erfahrung uns nur wenig Anhaltspunkte gibt«⁶⁴. Der Begriff »Staatskapitalismus« bezog sich seiner Auffassung nach nicht so sehr auf eine Regierungsform sondern auf allgemeine Aspekte: Es handelt sich um eine gesellschaftliche Formation, die *nicht mehr* privatkapitalistisch und *noch nicht* sozialistisch ist, in der das Gewinnmotiv noch immer eine wichtige Rolle spielt und der Staat wesentliche Funktionen des Privatkapitalisten übernommen hat.

Im Staatskapitalismus ist die Autonomie des Marktes aufgehoben. An ihre Stelle tritt die Regulierung durch den Staat: Ein allgemeiner Plan bestimmt die erwünschte Produktion, Konsumtion, Einsparungen und Investitionen; die Preise bewegen sich nicht länger frei, sondern sie werden administrativ festgelegt; die Gewinninteressen der Individuen und Gruppen sind dem allgemeinen Plan unterworfen; Stümperei und Improvisation werden durch wissenschaftlich fundiertes Management ersetzt; »Wirtschaftsgesetze« haben keine Bedeutung mehr.⁶⁵

In den Unternehmen werden die Privatkapitalisten ihrer Macht beraubt. Das Management wird fast unabhängig vom Kapital; die Unternehmerfunktion geht an den Staat über oder wird auf jeden Fall stark durch den Staat bestimmt; der alte Kapitalist ist – falls seine Fähigkeiten nicht vom Staat gebraucht werden – nur noch Rentier.⁶⁶

Die Distribution von Gütern kann auf verschiedene Weise realisiert werden: durch direkte Zuweisung, Koordination durch Kartellierung, damit verbundene Quoten-Systeme usw.

Da in diesem System keine »Wirtschaftsgesetze« mehr bestehen, kann ebensowenig von ökonomischen Beschränkungen die Rede sein.

»Wirtschaftsprobleme im alten Sinne existieren nicht mehr, wenn die Gleichschaltung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten [...] durch bewußte Planung erreicht wird.«⁶⁷

Die einzigen Beschränkungen sind nicht-ökonomischer Art: zum Beispiel Probleme bei der Beschaffung ausreichender Rohstoffe; Mangel an Fachwissen und Arbeitskräften; Gegensätze innerhalb der herrschenden Gruppe, die aus divergierenden gesellschaftlichen Positionen entstehen; unterschiedliche Machtstrategien; Druck von unten.⁶⁸ Was nun die totalitäre Variante betrifft, kann zwischen Italien und Deutschland unterschieden werden, wo eine neue herrschende Klasse als »Verschmelzung der leitenden Bürokraten im Geschäftsleben, in Staat und Partei zusammen mit dem, was von den Kapitalisten übrig geblieben ist«, entstanden ist, und der Sowjetunion, wo die bürokratische Elite nicht mit den Resten von Privateigentum an Produktionsmitteln verbunden ist.⁶⁹

Zur gleichen Zeit, in der Pollock das oben dargestellte Modell ausarbeitete, schrieb sein Kollege und enger Freund Max Horkheimer einen erst viele Jahre

später publizierten Essay über den autoritären Staat.⁷⁰ Sehr wahrscheinlich entstand dieser Aufsatz im Gedankenaustausch mit Pollock,⁷¹ und er kann vielleicht die Tendenz seiner Theorie erhellen. Schärfer als Pollock trennt Horkheimer zwischen den faschistischen Regimen, die er als »Mischform« charakterisiert, und dem stalinistischen »integralen Etatismus oder Staatssozialismus«. Während unter dem Faschismus noch – in ihrer gesellschaftlichen Bewegungsfreiheit eingeschränkte – Privatkapitalisten bestehen, die von alters her große Teile des Mehrwerts verschlingen, wird im integralen Etatismus die Vergesellschaftung angeordnet:

»Die privaten Kapitalisten sind abgeschafft. Coupons werden einzig von Staatspapieren abgeschnitten. Infolge der revolutionären Vergangenheit des Regimes ist der Kleinkrieg der Instanzen und Ressorts nicht wie im Faschismus durch Verschiedenheiten der sozialen Herkunft und Bildung innerhalb der bürokratischen Stäbe kompliziert, die dort so viel Reibungen erzeugt. [...] Aber die Produzenten, denen juristisch das Kapital gehört, ›bleiben Lohnarbeiter, Proletarier‹, mag noch so viel für sie getan werden. Das Betriebsreglement hat sich über die ganze Gesellschaft ausgebreitet.«⁷²

Folgt man Horkheimer, dann können innerhalb des Staatskapitalismus zwei Stadien unterschieden werden: die Mischform des Faschismus und die integrale Form des Stalinismus. Bezieht man diese Überlegung auf die Theorie Pollocks, ist dessen Zögern, die UdSSR und Nazi-Deutschland in ein Modell zu fassen, erklärlich: Die Theorie konzentrierte sich primär auf den Nazismus, in dem es noch keine allgemeine Fusion von Staat und Kapital gab, versuchte aber zugleich, die Sowjetunion bei der Modellbildung einzukalkulieren. Eine gewisse Unbestimmtheit war notwendig das Resultat.

3.2 Trotzki: die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats

Eine völlig eigene Theorie wurde von Trotzki⁷³ entwickelt. Trotzki's Lernprozeß bezüglich der Entwicklungen in der Sowjetunion ist außergewöhnlich umfassend gewesen. Aus seinen zahllosen Schriften wird deutlich, daß er – ungeachtet der vielen Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen, die in seinen Arbeiten zu erkennen sind⁷⁴ – während der gesamten Periode stets eine zentrale Argumentation verwendete. Diese lautet etwas formalisiert:

1. Die Errungenschaften einer (notwendig gewaltsamen) sozialen Revolution können allein durch eine (notwendig gewaltsame) Konterrevolution vernichtet werden.
2. Die Oktoberrevolution war eine gewaltsame soziale (proletarische) Revolution, deren Ergebnis ein Arbeiterstaat war.

Aus 1. und 2. folgt:

3. Solange keine gewaltsame Konterrevolution stattgefunden hat, bleibt es erforderlich, die Sowjetunion als Arbeiterstaat zu charakterisieren.

Alle Bürokratisierungs- und »Degenerations«-Erscheinungen werden von Trotzki in fortwährend verändertem Zusammenhang gesehen, dessen Zentrum diese unveränderliche Argumentation war. Um sie aufrechterhalten zu können, mußte Trotzki, während die Diktatur der bürokratischen Elite immer terroristischer wurde, den Inhalt seiner politischen Kategorien bis zu einem gewissen Maße den sich verändernden politischen Umständen anpassen. Da »Arbeiterstaat« für ihn primär ein anderes Wort für »Diktatur des Proletariats« war und »Diktatur des Proletariats« für ihn letztendlich das selbe bedeutete wie »Arbeiterdemokratie«, konnte Trotzki sich anfänglich keinen Arbeiterstaat vorstellen, in dem die Arbeiterklasse nicht zumindest potentiell die politische Macht hat. Noch 1931 schrieb er:

»In der Arbeiterklasse ist die Tradition der Oktoberumwälzung lebendig und stark; das Klassendenken ist zur Gewohnheit geworden; in der älteren Generation sind die Lehren der revolutionären Kämpfe und die Folgerungen, die die bolschewistische Strategie daraus zog, nicht vergessen; in den Volksmassen, vor allem den proletarischen, lebt der Haß auf die früher herrschenden Klassen und ihre Parteien. Alle diese Tendenzen bilden nicht nur eine Reserve für die Zukunft, sondern sind auch jetzt eine lebendige Kraft, die die Existenz der Sowjetunion als Arbeiterstaat gewährleistet. [...] *Wenn man den heutigen Sowjetstaat als Arbeiterstaat anerkennt, heißt das nicht nur, daß die Bourgeoisie die Macht nur durch einen bewaffneten Aufstand erlangen könnte, sondern auch, daß das Proletariat der UdSSR noch die Möglichkeit hat, sich die Bürokratie zu unterwerfen, die Partei und das Regime der Diktatur zu erneuern, ohne eine neue Revolution, mit den Mitteln und auf den Wegen der Reform.*«⁷⁵

Aufgrund dieser »reformistischen« Position weigerte sich Trotzki viele Jahre, die kommunistischen Parteien inner- und außerhalb der Sowjetunion abzuschreiben. Deshalb auch distanzierte er sich in dieser Periode von Anhängern, die sich außerhalb der Komintern organisierten.⁷⁶

Nach Hitlers Machtübernahme 1933 – der die deutschen Kommunisten machtlos gegenüberstanden – entfernte sich Trotzki allmählich von dem Gedanken, daß Partei und Staat der Sowjetunion noch reformiert werden könnten.⁷⁷ Damit entstand aber ein Problem für seine eigene Position. Einerseits »bewies« das Ausbleiben einer gewaltsamen Konterrevolution doch, daß die Sowjetunion noch immer ein Arbeiterstaat war, aber andererseits war eine Reform nicht mehr möglich und es stand daher eine neue Revolution auf der Tagesordnung. Um diese Unstimmigkeit zu beseitigen, scheint Trotzki auf Kautskys Unterscheidung zwischen einer politischen und einer ökonomischen Revolution zurückgegriffen zu haben:⁷⁸ Weil in der UdSSR schon ein Arbeiterstaat errichtet worden war, besteht nur die Notwendigkeit einer *politischen*

Revolution, welche die Hindernisse beseitigen muß, die das freie Wirken und die weitere Entwicklung der Planwirtschaft beeinträchtigen.

1936 vollendete Trotzki das Manuskript seines Buches *Tschto takoe SSSR i kuda on idet?*, das im folgenden Jahr in Übersetzungen als *La révolution trahie*, *The Revolution Betrayed*, *Verratene Revolution* in mehreren Ländern erschien.⁷⁹ In diesem Werk, das seither in der Diskussion ein wichtiger, entweder negativer oder positiver, Bezugspunkt geblieben ist, hält Trotzki an dem Begriff »Arbeiterstaat« fest; gleichzeitig versucht er, das Phänomen der Bürokratisierung in seine Theorie einzupassen. Ebenso wie zuvor ist sein Ausgangspunkt, daß das Sowjetregime mit seinen Widersprüchlichkeiten nicht als sozialistisch bezeichnet werden kann, sondern als »ein *Vorbereitungs-* oder *Übergangsregime* zwischen Kapitalismus und Sozialismus«⁸⁰ anzusehen ist. Darin gründet auch der Doppelcharakter des Sowjetstaates:

»Er ist sozialistisch, soweit er das vergesellschaftete Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, und er ist bürgerlich, soweit die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes, des kapitalistischen Wertmessers, erfolgt, mit allen daraus resultierenden Folgen.«⁸¹

Da in der Produktionssphäre sozialistische Merkmale vorherrschen (Außenhandelsmonopol des Staates, Nationalisierung der Industrie, Planwirtschaft) und dies der einzige Grund ist, weshalb noch sinnvoll von einem Arbeiterstaat gesprochen werden kann, kann die Bürokratie per definitionem nicht in dieser Produktionssphäre verwurzelt sein. Sie vermag sich ausschließlich in der Distributionssphäre zu behaupten, wo Mangel und daher bürgerliche Verteilungsnormen herrschen.

»Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie weiß, wem sie zu geben hat und wer zu warten hat.«⁸²

In dem Maße, in dem in einem nachrevolutionären Land die Produktivkräfte geringer entwickelt sind, ist das gesellschaftliche Gewicht der Bürokratie größer. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Bürokratie sich selbst privilegiert.

»Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das über die gesellschaftlich notwendige Funktion weit hinausgeht, zu einem selbständigen Faktor und damit zur Quelle großer Gefahren für den gesamten sozialen Organismus wird.«⁸³

In keiner anderen historischen Situation hat die Bürokratie – die Trotzki jetzt einmal als »Kaste«, dann wieder als (soziale) »Schicht« bezeichnet – eine so weitgehende Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse (dem Proletariat) erhalten. Selbst Lenin hätte, wenn er nicht so früh gestorben wäre, die Degeneration nur ein wenig abbremsen können.

»Das bleierne Hinterteil der Bürokratie wog schwerer als der Kopf der Revolution.«⁸⁴

Möglicherweise empfand Trotzki selbst, daß seine Darlegung etwas Problematisches enthielt. Stets war es für ihn ein Axiom gewesen, daß Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie unverbrüchlich miteinander verbunden sein müssen. Das eine könnte ohne das andere nicht bestehen, weil nur in einer Demokratie zuverlässige Information (auch wenn sie den staatlichen Instanzen unangenehm ist) und optimaler Einsatz aller Betroffenen gesichert wären. Wohl deshalb fügte Trotzki seiner Theorie eine *Zeitperspektive* hinzu. Ein degenerierter Arbeiterstaat, wie in *Verratene Revolution* beschrieben, könne keinesfalls lange Zeit bestehen. 1938 notierte er:

»Demokratie ist [...] der einzig denkbare Mechanismus zur Vorbereitung und Verwirklichung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Die gegenwärtige Regierung hat die Demokratie in Sowjet, Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften durch Behörden direktiven ersetzt. Aber eine Bürokratie, selbst wenn sie durchweg aus Genies bestünde, könnte von ihren Kanzleien aus nicht das notwendige Gleichgewicht aller Wirtschaftszweige garantieren. Das, was in der stalinistischen Justiz »Sabotage« genannt wird, ist in Wirklichkeit die unglückselige Folge bürokratischer Kommandomethoden. Disproportion, Verschwendung und Durcheinander, die immer weiter um sich greifen, drohen die Grundlagen der Planwirtschaft zu erschüttern.«⁸⁵

Und kurze Zeit davor hatte er schon gewarnt:

»Das, was einst nur eine »bürokratische Verzerrung« war, schickt sich an, den Arbeiterstaat mit Haut und Haaren zu verschlingen und auf den Trümmern des nationalisierten Eigentums eine neue besitzende Klasse auszusondern. Eine solche Möglichkeit ist in drohender Nähe gerückt.«⁸⁶

Die bürokratische Verzerrung könne grundsätzlich nur eine kurzfristige Erscheinung sein. »Für Trotzki«, konstatierte Pierre Frank zu Recht, »ist der Stalinismus ein Unfall, keine dauerhafte Schöpfung der Geschichte.«⁸⁷ Trotzki hatte die Bürokratie unter anderem als totgeborenes Kind bezeichnet und als Krebsgeschwür, das herausgeschnitten werden könne und müsse, und er hatte die UdSSR mit einem verunglückten Auto verglichen, das nach der Reparatur wieder fahren könne.⁸⁸ Die Zeitperspektive wird in den Kommentaren zu Trotzki fast immer übersehen. Ob die Erklärung für diese Auffassung Trotzkis überwiegend in seiner persönlichen Psychologie zu suchen ist – wie

Fritz Sternberg suggeriert hat⁸⁹ – scheint zweifelhaft. Vielmehr geht es hier um eine Konsequenz der Auffassung, daß sich Planwirtschaft und bürokratische Diktatur nicht vertragen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Trotzki's Einschätzung der internationalen Situation zu beachten. Für Trotzki war der Kapitalismus in seiner letzten Phase angelangt. Als er 1938 die Vierte Internationale gründete und dieser Organisation ein »Übergangsprogramm« mitgab, erhielt dieses Dokument den vielsagenden Titel *Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale*. Die lange Phase des Niedergangs, in welcher der Kapitalismus sich schon seit geraumer Zeit befand, bedeutete für Trotzki, daß die Produktivkräfte nicht mehr wachsen. Das ganze System stagnierte und zeigte immer barbarischere und primitivere Züge.

»Die Produktivkräfte der Menschheit haben aufgehört zu wachsen. Die neuen Erfindungen und neuen technischen Fortschritte führen nicht mehr zu einem Wachstum des materiellen Reichtums. [...] Die Bourgeoisie sieht selbst keinen Ausweg. [...] Die Fäulnis des Kapitalismus geht weiter, sowohl unter dem Zeichen der phrygischen Mütze in Frankreich wie unter dem Zeichen des Hakenkreuzes in Deutschland. Allein der Sturz der Bourgeoisie kann einen Ausweg öffnen.«⁹⁰

Die Sowjetunion bildet dazu, ungeachtet der stalinistischen Diktatur, mit ihrer raschen wirtschaftlichen Entwicklung einen deutlich positiven Kontrast. Der Unterschied zwischen einer aufsteigenden und einer verfallenden Gesellschaft war für Trotzki auch der Grund, zur bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion im Falle eines Konflikts mit kapitalistischen Ländern aufzurufen.

Der gesamte Zustand der Welt war Ende der dreißiger Jahre nach Trotzki's Auffassung solchermaßen instabil, daß mit dem kommenden Weltkrieg sowohl der Kapitalismus als auch die stalinistische Bürokratie von der anstürmenden proletarischen Revolution in ihrer Existenz bedroht werden würden. Nur die Arbeitermacht hat in nächster Zeit noch eine Zukunft. 1939 schätzte er die kommende Entwicklung wie folgt ein:

»Wenn dieser Krieg, wovon wir fest überzeugt sind, eine proletarische Revolution hervorruft, wird er notwendig auch zum Sturz der Bürokratie in der UdSSR und zur Wiedergeburt der sowjetischen Demokratie auf einer wesentlich höheren ökonomischen und kulturellen Basis führen als 1918. [...] Gesetzt den Fall, der jetzige Krieg ruft keine Revolution hervor, sondern den Niedergang des Proletariats, dann bleibt nur die Alternative: der monopolistische Kapitalismus fault weiter, verwächst enger mit dem Staat, und die Demokratie, soweit sie sich noch erhalten hat, wird durch ein totalitäres Regime ersetzt.«

Die Sowjetbürokratie werde sich dann zu einer neuen ausbeutenden Klasse umformen können, die »den Untergang der Zivilisation« widerspiegeln.⁹¹ Trotzki übersetzte also den althergebrachten Lehrsatz »Sozialismus oder

Barbarei« in einer Weise, als ob es in nächster Zeit um diese Alternative gehe. Einen Zwischenweg – das Proletariat würde nicht die Weltrevolution durchführen und sowohl die Strukturen der Sowjetunion wie des Kapitalismus würden im großen und ganzen erhalten bleiben – sah er nicht.

3.3 Theorien der neuen Produktionsweise

Der Ursprung der Theorie, daß die Sowjetunion ein neuer gesellschaftlicher Typus geworden ist, wird gewöhnlich bei Bruno Rizzi angesetzt, der eine solche Auffassung 1939 publizierte.⁹² Die genauere Untersuchung zeigt jedoch, daß schon in den ersten Jahren nach Stalins »großem Sprung vorwärts« ähnliche Gedanken unter anderem von Laurat und Weil präsentiert worden waren.⁹³

3.3.1 Laurat

Lucien Laurat (1898-1973) wurde in Wien unter dem Namen Otto Maschl geboren. 1918 gehörte er zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Nachdem er einige Zeit in Moskau als Universitätsdozent tätig gewesen war, verließ er um 1927 die kommunistische Bewegung und ließ sich in Frankreich nieder. Dort schloß er sich schon bald der Sozialdemokratie an und gehörte vom Beginn der dreißiger Jahre an zu den wichtigsten Befürwortern von De Mans »Planismus«.⁹⁴

In seiner Schrift *L'économie Soviétique* präsentierte Laurat seine oft ungenau oder unrichtig interpretierte Analyse⁹⁵ der Sowjetgesellschaft. Laurat war der erste, der den Versuch unternahm, theoretisch umfassend zu begründen, daß die Sowjetunion sich zu einem neuen Gesellschaftstyp entwickelt hatte.⁹⁶ Für Laurat war die Oktoberrevolution ganz entschieden sozialistisch gewesen. Die Auffassung, daß Rußland 1917 für den Sozialismus noch nicht »reif« gewesen sei (wie es von Kautsky, Rühle, Gorter u.a. vertreten wurde), war seiner Meinung nach nicht sinnvoll, weil im Prinzip kein einziges isoliertes Land, wie hochentwickelt auch immer, »reif« genannt werden könne, verlange der Sozialismus doch die rationelle Nutzung aller Quellen, die der Erdball zu bieten hat. Deshalb hielt Laurat – hier Rosa Luxemburg folgend – es für richtiger, Rußland als ein Land zu sehen, das für den Sozialismus bereit war, wenn die Revolution Teil einer internationalen Umwälzung gewesen wäre.⁹⁷

Daß sich im Lauf der zwanziger Jahre eine Elite nicht demokratisch kontrollierter Bürokraten konsolidiert hatte, sei – abgesehen vom Ausbleiben

einer Revolution in Westeuropa – auch die Folge der unzureichenden Anzahl proletarischer Kader. Dadurch blieb die in der Verfassung festgeschriebene Absetzbarkeit der Funktionäre nur ein Blatt Papier. Der bürokratische Krebs konnte sich, gerade weil Funktionäre als nicht ersetzbar erschienen, in allen Apparaten einnisten. Die Bürokratie

»verlor mehr und mehr ihre Verbindung mit den proletarischen Massen. Sie erhob sich zum nicht-absetzbaren Verwalter des Erbes der enteigneten Bourgeoisie und als Vormund der Arbeiter, die noch unzureichend gewappnet waren, um sich selbst zu verwalten.«⁹⁸

Das so geformte Gesellschaftssystem hat viele Züge einer kapitalistischen Gesellschaft. Augenscheinlich ist es sogar gerechtfertigt, den Sowjetstaat als den größten Kapitalisten der Welt zu bezeichnen, da er die Industrie und die Banken besitzt und die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten kauft. Doch hierin besteht Laurat zufolge nicht das Wesen des Systems. Will man von Kapitalismus reden, dann muß unter anderem ein Klassengegensatz in dem Sinne bestehen, daß die eine Klasse die Produktionsmittel besitzt und die andere nur ihre Arbeitskraft. Dies ist nun für die Sowjetunion, jedenfalls für deren nichtprivatisierten Teil (den Staats- und Kooperationssektor), nicht der Fall.

»Die sowjetischen Arbeiter und Angestellten arbeiten [...] in *ihren eigenen* Unternehmen. Die Beträge, die als Gewinn in den Bilanzen der Unternehmen erscheinen, sind keineswegs ein kapitalistischer Mehrwert: sie kommen nicht einer Klasse zugute, die die Produktionsmittel besitzt, sondern der Gemeinschaft [...].«⁹⁹

Die Produktionsmittel sind daher nicht das Eigentum der bürokratischen Oligarchie:

»Sie verfügt darüber in Form eines Nutzungsrechtes, als Verwalterin des kapitalistischen Erbes und als Vormund der Arbeiter. Sie verkauft die eigene Arbeitskraft, genauso wie die letzteren.«¹⁰⁰

Bei der weitergehenden ökonomischen Analyse der Sowjetunion sah sich Laurat, obwohl er die Einschätzung der Sowjetunion als kapitalistisches System ablehnte, dennoch genötigt, die Begriffe zu verwenden, die Marx für die Analyse des Kapitalismus entwickelt hatte: Die Bürokratie eigne sich »Mehrwert« an, wenn auch in anderer Weise als die Bourgeoisie im Kapitalismus. Auch das Wertgesetz sei noch immer wirksam, »sogar im Inneren des nicht-privaten Sektors«¹⁰¹, während er doch zuvor – mit Marx übereinstimmend – festgestellt hatte, daß das Wertgesetz bei der vollständigen Monopolisierung des Kapitals, das heißt beim Verschwinden der Konkurrenz, »praktisch unwirksam« ist.¹⁰²

Die gesellschaftliche Position der bürokratischen Oligarchie, die Laurat jetzt einmal als Kaste, dann wieder als Klasse bezeichnet, versuchte er ebenso mit den Begriffen der Klassenanalyse zu erfassen. Sein Ausgangspunkt war in diesem Falle die Kategorie der produktiven Arbeit bzw. der Arbeit, die Mehrwert hervorbringt. Zirkulations-Agenten werden, wie bekannt, von dieser Kategorie nicht erfaßt; sie werden als Verrichter unproduktiver Arbeit angesehen.¹⁰³ Doch haben Laurat zufolge produktive und unproduktive Arbeit gemein, daß sie für das gesellschaftliche Funktionieren *nützlich* sind. Die Arbeit der bürokratischen Elite ist im Gegensatz dazu primär durch den Umstand gekennzeichnet, daß sie größtenteils unnützlich ist:

»Wenn es drei Funktionäre gibt, um eine Funktion zu erfüllen, die ein einziger Funktionär bequem erfüllen könnte, dann sind zwei von ihnen nicht länger nützlich. Unter diesen Umständen ist die Arbeit der beiden Letzteren nicht allein unproduktiv, sondern nutzlos, nicht nur eine ›lästige, obwohl notwendige Ausgabe‹, sondern ein reiner Verlust. [...] Die faux frais der Zirkulation sind daher in Rußland viel höher als in den westlichen Ländern.«¹⁰⁴

Der nutzlose Charakter des größten Teils der bürokratischen Arbeitsverrichtungen führt zu einem qualitativen Unterschied zwischen dem Lohn des Arbeiters und dem Lohn des Bürokraten. Der letztere ist parasitärer Art.

Die Bürokraten »sind gezwungen, um ihr Einkommen zu sichern [...] andere Kategorien des nationalen Einkommens zu beanspruchen; sie nehmen einen Teil des individuellen Lohns der Arbeiter in Beschlag; sie eignen sich in zunehmendem Maße den Teil des Gewinnes an, der den industriellen Akkumulationsfonds bilden müßte [...]«¹⁰⁵

Laurats Argumentation zusammenfassend kann man sagen, daß für ihn die Sowjetunion eine Art »Bastardgebilde« ist – nicht ganz im Sinne Kautskys, aber doch fern verwandt – in der die Arbeiter zwar *de jure* die Produktionsmittel besitzen, die Führung von Betrieben und Staat aber in den Händen einer überwiegend parasitären bürokratischen Kaste ist. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, daß Laurat Korschs Gedanken – eine Wiederherstellung der bürgerlichen Verhältnisse habe stattgefunden – völlig ablehnt. Es ist nichts wiederhergestellt, etwas vollkommen Neues ist entstanden.

»Was die russische Revolution von allen früheren Revolutionen unterscheidet und was jeden Vergleich unmöglich macht, ist *das Auftreten einer neuen leitenden Kaste und die Bildung ökonomischer Grundlagen dieser Kaste während des revolutionären Prozesses selbst, nach der Eroberung der Macht.*«¹⁰⁶

In einer an sein Buch anschließenden Broschüre warf Laurat nochmals explizit die Frage auf, ob nicht »eine andere Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Begriff ist, die kapitalistische Ausbeutung zu ersetzen?«¹⁰⁷

Die Voraussetzung für die Charakterisierung einer Gesellschaft als sozialistisch sei doch nicht nur, daß die Wirtschaft bewußt und zentralisiert geleitet wird, sondern auch, daß die Ausbeutung fehlt und die Beschlußfassung demokratisch erfolgt. Beiden letztgenannten Bedingungen genüge die Sowjetunion nicht. Die bürokratische Elite bilde »eine neue ausbeutende Kaste, Verzehrerin des Mehrwerts«¹⁰⁸.

In einer späteren Publikation unter dem Titel *Le Marxisme en Faillite?* verglich Laurat – auf Marx' Beurteilung des Luddismus¹⁰⁹ anspielend – die modernen Planungstechniken mit einer Maschine, die unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen auf verschiedene Weise verwendet werden kann. In den »Interim-Regimes«, zu denen er nun außer der Sowjetunion auch Italien und Deutschland zählt, machten die Eliten auf abschreckende Weise *von dieser neuen Maschine Gebrauch. Dies solle die demokratischen Sozialisten jedoch nicht davon abhalten, die »neuen Tatsachen«, die dabei sichtbar würden, genau zu studieren und für eigene Ziele zu verwenden.* Obwohl faschistische und stalinistische Regimes sich in ihrer Art voneinander doch leicht unterschieden – »In Deutschland und Italien ist die leitende Klasse pluto-technokratisch; in Rußland ist sie büro-technokratisch« –, hätten sie doch gemein, daß es zwischen der Führung des Wirtschaftsapparates einerseits und den Eigentumsrechten andererseits keine unmittelbare Verbindung mehr gebe; in diesem Sinne verkörperten sie »den Verfall der Kapitalistenklasse«¹¹⁰. Gleichzeitig vollendeten sie, in anderer Form und größerem Maßstab, die historische Mission des Kapitalismus: die Vorbereitung des Sozialismus. Durch Zentralisierung, Akkumulation und gesamtgesellschaftliche Planung ermöglichten sie es endgültig, daß die Arbeiterklasse in einer »neuen Umwälzung« die Macht ergreife und eine demokratisch geplante Gesellschaft errichte.

3.3.2 Weil

Die Schriftstellerin und Philosophin Simone Weil (1909-1943) – Anfang der dreißiger Jahre Syndikalistin und unter anderem dadurch bekannt geworden, daß sie 1934/35 Arbeiterin bei Renault war – schloß in ihrem 1934 erschienenen Essay »Allons-nous vers la Révolution Proletarienne?« ausdrücklich an das frühere Werk von Laurat an. Sie verband dessen Analyse des »Mechanismus der von der Bürokratie praktizierten Ausbeutung«¹¹² mit der seinerzeit aufkommenden Auffassung von der wachsenden Macht von Managern und Technokraten.¹¹³ Das Ergebnis war eine »einfache Hypothese, zur Beurteilung durch die Genossen«¹¹⁴.

Der Ausgangspunkt von Weils Analyse ist die zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung, die im Kapitalismus auf vielerlei Gebieten entsteht; diese Tendenz hat zur Folge, daß die einzelnen den Überblick über die gesellschaft-

liche Totalität mehr und mehr verlieren. Sie werden in eine Konstellation verstrickt, deren Logik und Entwicklung sie nicht durchschauen. Parallel zu dieser Entwicklung vollzieht sich der Ausbau eines neuen Spezialistentums: die Koordination der zahllosen aufgesplitterten Tätigkeiten. Die Folge ist ein rasend schnelles Wachstum der »administrativen Funktion« und der bürokratischen Apparate.

Dieser Prozeß ist auch in jenen Betrieben vorzufinden, in denen Kopf- und Handarbeit in zunehmendem Maße getrennt werden und so neben dem alten Widerspruch im Kapitalismus zwischen denen, die Arbeitskraft kaufen, und denen, die Arbeitskraft verkaufen, ein zweiter Widerspruch auftritt. Hieraus entsteht eine soziale Dreiteilung, welche die alte Zweiteilung zwischen Kapital und Arbeit ersetzt:

»Auf diese Weise gibt es um das Unternehmen herum drei deutlich zu unterscheidende soziale Schichten: die Arbeiter, passive Instrumente des Unternehmens; die Kapitalisten, deren Herrschaft auf einem verfallenden wirtschaftlichen System gründet; und die Verwalter, die sich auf eine Technik stützen, deren Evolution im Gegensatz [zum Verfall des kapitalistischen Wirtschaftssystems – Anm. d. Übers.] ihre Macht nur vermehren kann.«¹¹⁵

Werden die Kapitalisten aus diesem System entfernt, entsteht an deren Stelle nicht automatisch ein System der Arbeitermacht. Viel wahrscheinlicher ist, daß eine solche »Expropriation der Expropriateure«, die den Gegensatz zwischen ausführender und koordinierender Arbeit nicht berührt, die Verwaltungskräfte zu einer diktatorischen bürokratischen Kaste umformen wird. Denn eine soziale Schicht, die über ein gesichertes Monopol verfügt, werde dieses Monopol niemals freiwillig aufgeben:

»[...] die durch die Ausübung von Verwaltungsfunktionen definierte soziale Schicht wird niemals akzeptieren, welches auch immer die gesetzliche Eigentumsregelung sei, daß ihre Funktionen den Massen der Arbeiter zugänglich werden [...]. Keine Enteignung kann dieses Problem, das den Heroismus der russischen Arbeiter gebrochen hat, lösen.«¹¹⁶

Ist die Herrschaft der Bürokratie einmal gefestigt, entsteht die immanente Neigung, alle Bereiche des Lebens ihrer Macht zu unterwerfen. Wo Kapitalismus und sogar Feudalismus noch gewisse Freiheiten kannten, hat ein bürokratisches Regime die unersättliche Neigung, das gesellschaftliche Geschehen in all seinen Facetten zu durchdringen; Meinungsverschiedenheiten weichen dem offiziellen Standpunkt, menschliche Gleichgültigkeit wird durch sorgfältig kultivierten Fanatismus ersetzt, individuelle Werte werden von einer Staatsreligion verdrängt.

Tendenzen in die Richtung eines solchen Regimes meinte Weil auch außerhalb der Sowjetunion zu sehen. Überall wachsen »die drei Bürokratien«: in

den Gewerkschaften, in den Unternehmen und im Staat. Roosevelts *New Deal* habe die bürokratische Einmischung in den wirtschaftlichen Prozeß beträchtlich intensiviert, in Deutschland scheine sich ein gewisses Zusammenwirken von Unternehmens- und Staatsbürokratien zu entwickeln. Weil sah daher eine düstere Zukunft bevor, um so mehr, weil alle politischen Massenbewegungen – ob sie sich nun faschistisch, sozialistisch oder kommunistisch nennen – in dieselbe Richtung wirken. Doch wie entmutigend dies auch alles ist, Resignation ist fehl am Platze:

»Wenn wir, was sehr wohl möglich ist, untergehen müssen, dann laßt uns das so tun, daß wir nicht untergehen, ohne existiert zu haben.«¹¹⁷

3.3.3 Rizzi

Der Italiener Bruno Rizzi (1901-85), ein verkrachter Student und Schuhverkäufer, irrte am politischen Rand von Bordigismus und Trotzismus¹¹⁸ herum. 1939 publizierte er in Paris im Eigenverlag ein Buch, daß seither lange Zeit vor allem durch Hörensagen die Debatte über die Sowjetunion beeinflusst hat: *La bureaucratisation du monde*. Dieses Buch spukte einige Zeit als eine Geheimlehre durch die kritisch-marxistischen Gefilde. Der Autor war nicht nur in Dunkel gehüllt – er figurierte als »Bruno R.« –, zudem wurde das Buch kurz nach Erscheinen von der französischen Polizei beschlagnahmt, weil es antisemitische Äußerungen enthielt.¹¹⁹ *La bureaucratisation du monde* wurde anfänglich nur dadurch bekannt, daß Trotzki noch kurz vor seiner Ermordung dagegen polemisiert hatte.¹²⁰ Obwohl Pierre Naville schon 1947 Rizzis Identität aufgedeckt hatte,¹²¹ dauerte es noch bis zum Ende der fünfziger Jahre, bevor sie etwas bekannter wurde.¹²² Inzwischen wissen wir, daß Rizzi, als sein Buch erschien, bereits in den vorherigen Jahren über den Charakter der Sowjetunion gearbeitet hatte. Schon 1937 war sein Buch *Dove va l'URSS?* erschienen, von dem er später sagen sollte, daß es zwar die richtige Fragestellung, aber noch keine passende Antwort enthalte.¹²³

In Rizzis Werk kehrt Simone Weils Thema wieder: Auch er sieht überall auf der Welt die Macht der Bürokratien vorrücken; auch er beschreibt die Sowjetunion als eine Gesellschaft, in der die Bürokratie zur herrschenden Klasse geworden ist. Doch man kann nicht behaupten, daß Rizzi ein Plagiat begangen habe. Einerseits fehlt in seinem Werk die historisch-gesellschaftliche Ableitung des bürokratischen Phänomens, die Weil vorlegte. Andererseits sieht Rizzi nicht allein in der UdSSR eine konsolidierte bürokratische Klasse, sondern auch dort, wo Weil nur dahingehende Tendenzen wahrnahm: in Italien, Deutschland und Japan.

Genau wie für die meisten Marxisten seiner Zeit ist auch für Rizzi die Bourgeoisie »eine sozial tote Macht«, die politisch völlig in die Verteidigung

gezwungen ist. Damit stehe jedoch nicht, wie Trotzki und andere meinten, die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung, sondern der »bürokratische Kollektivismus«. Um diese neue gesellschaftliche Formation zu analysieren, hatte Rizzi für sein Buch drei Teile vorgesehen: die Sowjetunion, der Faschismus und der amerikanische *New Deal*. Nur der erste und dritte Teil sind schließlich in *La bureaucratisation du monde* aufgenommen worden. Der Mittelteil ist nie erschienen.¹²⁴

In der Sowjetunion, stellte Rizzi fest, habe sich eine herrschende Klasse, die Bürokratie, als Resultat des Niedergangs der Oktoberrevolution etabliert.

»Der Besitz des Staates gibt der Bürokratie den Besitz an allen beweglichen und unbeweglichen Gütern, die, obwohl sozialisiert, ungeachtet dessen *in toto* der neuen herrschenden Klasse gehören.«¹²⁵

Mit dieser neuen kollektiven Weise der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums hat der bürokratische Kollektivismus jenen unauflösbaren Widerspruch, der den Kapitalismus lähmt (gesellschaftliche Produktion – individuelle Aneignung), dadurch aufgehoben, daß er diesen Widerspruch auf ein höheres Niveau gebracht hat:

»Die Ausbeutung bleibt, aber an die Stelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen tritt die Ausbeutung der einen sozialen Klasse durch eine andere Klasse.«¹²⁶

Rizzi sah in diesem Übergang von der individuellen zur kollektiven Ausbeutung eine Wiederholung des früheren Übergangs einer klassenlosen zu einer Klassengesellschaft in umgekehrter Richtung.

»Das Eigentum [...] hat sich vom kollektiven Gemeinschaftseigentum in Privateigentum umgewandelt. Jetzt hat es den Anschein, daß es in Gestalt des Klasseneigentums erneut eine kollektive Form erhält.«¹²⁷

Im bürokratischen Kollektivismus verläuft die Ausbeutung – das heißt: die Entnahme des Mehrwerts – über den Staatsapparat, der zugleich auch die Unterdrückung organisiert. Politische und wirtschaftliche Macht sind also miteinander verschmolzen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird nicht mehr durch Kapitalisten bestimmt, sondern durch den Staat, der das Nachfragemonopol besitzt. Die Höhe der Löhne ist im Plan festgelegt. Dasselbe gilt für die Warenpreise. Es ist darum unrichtig, die Arbeiter noch länger »frei« zu nennen (in der doppelten Bedeutung: frei von Produktionsmitteln und frei von persönlicher Abhängigkeit):

»Der Sowjetarbeiter hat nur einen Meister, er kann seine Ware Arbeitskraft nicht [zum Verkauf – Anm. d. Übers.] anbieten, er ist ein Gefangener ohne Wahlmöglichkeit.«¹²⁹

Rizzi sieht darin eine deutliche Übereinstimmung mit Sklavenarbeit:

»Die Ausbeutung findet in genau der gleichen Weise statt wie in der Sklavenhaltergesellschaft, der Untertan des Staates arbeitet ausschließlich für den einen Meister, der ihn gekauft hat, [...] er vertritt das Vieh, das versorgt und behaust werden muß und an dessen Reproduktion der Meister sehr interessiert ist.«¹³⁰

Es gibt nur einen wesentlichen Unterschied zu den Sklaven des Altertums: Die sowjetischen Arbeiter dürfen Kriegsdienst leisten; ein »Vorrecht«, das die Sklaven von ehemals nicht kannten.

Rizzis Herangehensweise an die UdSSR ist primär deskriptiv. Eine kausale Analyse, oder auch nur ein bescheidener Ansatz dazu, fehlt. Es scheint ihm vor allem darum zu gehen, eine Anzahl statischer Vorstellungen anzuführen, die in der Polemik mit anderen Auffassungen benutzt werden können. Im Abschnitt über die UdSSR nimmt daher die Kritik an Trotzki und dessen »Adjutanten« Naville viel Raum ein.¹³¹

Auch der Abschnitt über den amerikanischen *New Deal* bietet in analytischer Hinsicht wenig. Daß der *New Deal* das Aufkommen einer neuen Klasse anzeige, wird als gegeben vorausgesetzt, aber nicht belegt. Dennoch paßt diese These in seine allgemeine Theorie, daß dem Kapitalismus im Weltmaßstab der bürokratische Kollektivismus folgt, der als solcher das letzte dem Sozialismus vorangehende Stadium bildet.

»Nationalisierung, Verstaatlichung der großen Produktionsmittel, wirtschaftliche Planung und Produktion, die nicht individueller Spekulation unterworfen ist, das sind die großen »Trümpfe« des bürokratischen Kollektivismus. [...] Aus historischer Sicht hat diese Gesellschaft die Aufgabe, die Gesamtproduktion der Welt in geordneter Weise zu erhöhen.«¹³²

Dieser bürokratische Staat ist notwendig, aber:

»Die letzte herrschende Klasse der Geschichte ist der klassenlosen Gesellschaft so nahe, daß sie ihre Eigenschaften als Klasse und Eigentümer leugnet!«¹³³

Die bürokratisch-kollektivistischen Herrscher stehen der Arbeiterklasse näher als der Bourgeoisie. Alle Gefühle der Bitterkeit und des Hasses gegen Hitler, Stalin u.a. müssen deshalb weggeschoben werden. Denn diese Führer erfüllen eine fortschrittliche Aufgabe, indem sie die Industrie rationalisieren. Auch sie sind nur Instrumente der Geschichte, »große Gefangene [...] in einem goldenen Käfig«, die sich persönlich nach Befreiung sehnen¹³⁴:

»Wir glauben nicht, daß Stalin, Hitler und Mussolini im Grunde ihres Herzens und als Menschen mit ihren Regimes und ihrem beschränkten Leben glücklich sind, getrennt von der Menschheit durch einen isolierenden und wachsam materiellen Raum, der sich im Apparat ihrer Polizei und ihrer Schmeichler konkretisiert. Sie haben aufgrund politischer und sozialer Notwendigkeiten diese Tatsache akzeptiert [...].«¹³⁵

3.3.4 Burnham

Im selben Jahr, in dem Bruno Rizzi sein Buch *La bureaucratisation du monde* publizierte, geriet in der amerikanischen trotzkistischen Bewegung die Debatte über die Sowjetunion in Turbulenzen. Schon 1937 war es zu einer internen Kontroverse gekommen, als zwei Mitglieder der Socialist Workers Party (SWP) – James Burnham und Joseph Carter (= Joseph Friedman)¹³⁶ – mit der Behauptung, die UdSSR könne nicht länger als Arbeiterstaat »in dem traditionellen Sinne dieses Begriffes, wie er vom Marxismus definiert wird«¹³⁷, angesehen werden, eine dissidente Position bezogen hatten. Einer der beiden, der Philosoph Burnham¹³⁸, hatte auch eine Schlüsselrolle in dem zweiten Konflikt. Anlaß dieses Konflikts war die Invasion der Roten Armee in Finnland. Die orthodoxen Trotzkisten wollten die Sowjetunion unterstützen, da sie für die bedingungslose Verteidigung dieses »degenerierten Arbeiterstaates« plädierten; die Opponenten sahen in der Invasion dagegen eine aggressive Handlung, die bekämpft werden müsse.¹³⁹ Burnham lieferte dazu den theoretischen Unterbau und vertrat, daß die Sowjetunion eine neue Art Klassengesellschaft bilde. Er bekam in kurzer Zeit großen Anhang in der Organisation. Zu seinen Anhängern gehörten, neben dem bereits genannten Joseph Friedman Max Shachtman, C.L.R. James, Irving Howe und Saul Bellow. Eine heftige Polemik entspann sich, zu der Trotzki aus seinem mexikanischen Exil mit mehreren Artikeln beitrug.¹⁴⁰ Trotzki war es auch, der auf die Verwandtschaft zwischen Burnhams Ideen und denen von »Bruno R.« hinwies.

1940 spaltete sich die SWP. Die Gruppe um Burnham und Shachtman bildete die Workers Party.¹⁴¹ Aber auch aus dieser Organisation zog sich Burnham noch im selben Jahr zurück. In seinem Abschiedsbrief schrieb er:

»Der Fraktionskampf der Socialist Workers Party, sein Ende und die kürzliche Gründung der Workers Party waren in meinem eigenen Fall der unvermeidliche Anlaß für die Überprüfung meiner eigenen theoretischen und politischen Überzeugungen. Diese Überprüfung hat mir gezeigt, daß ich mich, bei noch so weiter Auslegung der Terminologie, nicht selbst als Marxisten betrachten oder anderen erlauben kann, mich als solchen zu betrachten.«¹⁴²

Im darauffolgenden Jahr, 1941, erschien Burnhams berühmt gewordenes Werk *The Managerial Revolution*. Ich werde diese Arbeit hier besprechen, obwohl sie von dem Autor nicht für marxistisch gehalten wurde. Das Werk ist nicht allein noch sehr stark von der marxistischen Denkweise bestimmt,¹⁴³ es hat auch in den späteren marxistischen Debatten eine wichtige Rolle gespielt.¹⁴⁴

In *The Managerial Revolution* führt Burnham verschiedene Ansätze zusammen. Einerseits ist das Werk eine Fortsetzung und weitere Begründung seiner Auffassung über die Sowjetunion, die er schon im letzten Jahr seiner Mitglied-

schaft in der trotzkistischen Bewegung vertreten hatte. Andererseits ist es auch eine Fortsetzung der früheren Analysen, die er über den amerikanischen *New Deal* publiziert hatte. Seit 1935 hatte er (unter dem Pseudonym John West) in der trotzkistischen theoretischen Zeitschrift *New International* die Entwicklung des *New Deal*, des zunehmenden Staatseinflusses und des Anschwellens der Bürokratie in Regierung und Betrieben, untersucht.¹⁴⁵ *The Managerial Revolution* stimmt von ihrem Ausgangspunkt her weitgehend mit Rizzis *La bureaucratisation du monde* überein. Die Ähnlichkeit ist so groß, daß Burnham von u.a. Shachtman und Naville des Plagiats beschuldigt wurde.¹⁴⁶ Dennoch ist ein solcher Vorwurf nicht bewiesen und auch nicht unbedingt begründet, denn die Idee lag »in der Luft«¹⁴⁷, wie auch der Beitrag von Weil zeigte. In *The Managerial Revolution* – ein Buch, das nach seinem Verfasser weder ein Programm noch eine Moral enthält¹⁴⁸ – sieht Burnham für gegeben an, was für Simone Weil noch banges Vermuten war: Eine neue bürokratische Klassenherrschaft ist auf dem Weg, sich unwiderruflich im Weltmaßstab zu etablieren.

»[...] wir [befinden] uns in einem gesellschaftlichen Übergangsstadium [...], d.h. in einem Stadium, das durch den ungewöhnlich raschen Wandel der wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Institutionen der Gesellschaft gekennzeichnet wird. Dieser Übergang vollzieht sich von dem Gesellschaftstyp, den wir kapitalistisch oder bürgerlich genannt haben, zu einem Typ, den wir manageriell nennen. Dieses Übergangsstadium wird vermutlich im Vergleich zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus von kurzer Dauer sein. Es begann etwa mit dem ersten Weltkrieg, enden wird es ungefähr 50 Jahre später mit der Konsolidierung der neuen Gesellschaft, vielleicht auch schon eher.«¹⁴⁹

Deutlicher noch als bei Rizzi wird hier sichtbar, wie die Theorie der neuen Klassengesellschaft, die anfangs mit dem Unilinearismus (nach dem Kapitalismus gibt es zwei Möglichkeiten: Sozialismus oder neue Klassenherrschaft) zu brechen schien, unter dem Eindruck des vorrückenden Faschismus und dessen Ähnlichkeiten mit dem Stalinismus dazu neigt, selbst erneut ein unilineares Schema zu konstituieren, indem der Kette nur ein weiteres Glied hinzugefügt wird: Feudalismus – Kapitalismus – neue Klassengesellschaft (– Sozialismus).

Burnham zeigt durch den Verweis auf gescheiterte Revolutionen (Deutschland, China, Balkan) und auf eine Umwälzung, die ein ganz anderes Resultat als vorgesehen hatte (Rußland), daß der Niedergang des Kapitalismus nicht zum Sozialismus führt. Das Scheitern der sozialistischen Perspektive stehe im Zusammenhang mit der Überschätzung der Arbeiterklasse in der marxistischen Theorie. Nicht allein habe die Proletarisierung der Bevölkerung sich nicht in dem Maße durchgesetzt, wie von den Marxisten erwartet; die strukturelle Ohnmacht der Arbeiter habe sich darüber hinaus durch ihre Dequalifizierung vergrößert. Einerseits sei das Ausbildungsniveau der Arbeiter gesun-

ken, andererseits sei innerhalb der Unternehmen eine Schicht hochqualifizierter Ingenieure und Produktionsleiter zwischen Betriebseignern und Arbeitern entstanden. Dadurch seien die Arbeiter nicht mehr in der Lage, den Produktionsprozeß selbst zu leiten, wenn die Unternehmer wegfallen würden.

Die einzigen, die technisch gesehen in der Lage seien, den Kapitalismus abzuschaffen, seien die Manager, die Leiter des Produktionsprozesses. Diese zukünftigen Herrscher werden von Burnham begrifflich genau abgegrenzt. Er meint nicht die hochqualifizierten Arbeiter und nicht die Chemiker, Naturwissenschaftler, Maschinenbauingenieure usw., sondern ausschließlich die Manager im strikten Sinn:

»Oft heißen sie Produktionsleiter, Geschäftsführer, technischer Leiter oder Verwaltungsdirektor; oder im Staatsdienst [...] heißen sie Administrator, Kommissar, Bürodirektor usw.«¹⁵⁰

Die Managerherrschaft ist in der Sowjetunion am weitesten fortgeschritten, aber auch andernorts kommt sie schnell hoch (Deutschland, Italien usw.). Beim Aufbau ihres Gesellschaftstyps stehen die nationalen Managerklassen vor drei Problemen: der Kampf gegen den Kapitalismus (im eigenen Land und in der ganzen Welt), die Unterwerfung der Massen und der Kampf der Nationalstaaten gegeneinander auf dem Weg zur Weltherrschaft. Die Reihenfolge, in der diese Probleme gelöst werden, unterscheidet sich von Land zu Land. Das russische Schema sieht aus wie folgt:

»Zunächst die rasche Entmachtung der einheimischen [...] Kapitalisten. Dann im Laufe vieler Jahre die allmählich fortschreitende Bändigung der Massen. Drittens der direkte Wettstreit mit den anderen Gruppen der aufsteigenden manageriellen Weltordnung, deren Vorbereitung bereits begonnen hat.«¹⁵¹

In Deutschland ist ein anderes Schema wirksam. Dort geht die Unterwerfung der Massen der Liquidation der kapitalistischen Macht voran. Das Schema der Umwälzung in den Vereinigten Staaten gleicht mehr dem deutschen als dem russischen, auch wenn die Umwälzung in Nordamerika viel allmählicher verläuft und der Kapitalismus dort noch viel kräftiger ist.

Wie sieht nun eine realisierte Managergesellschaft aus? In einer solchen Gesellschaft (Burnham dachte dabei namentlich an die Sowjetunion) ist, wie gesagt, die Elite der Manager zur herrschenden Klasse geworden. Man erkennt eine herrschende Klasse an zwei wesentlichen Eigenschaften:

»Einmal ist es möglich, [...] anderen den Zugang zu den kontrollierten Gegenständen zu verwehren; zum anderen genießen die Kontrollierenden oder Eigentümer einen Vorzug bei der Verteilung der mit dem Produktionsmittel erzeugten Güter.«¹⁵²

Das zweite Kennzeichen ist vom ersten abgeleitet. Denn erst wenn man die

Produktionsmittel besitzt, kann man deren Früchte ernten. Für Burnham ist es offensichtlich, daß die Manager in der UdSSR in diesem Sinne eine herrschende Klasse bilden.

»Die russische Revolution war nicht eine sozialistische Revolution [...] sondern eine Revolution von Managern. [...] Heute ist Rußland diejenige Nation, welche der Struktur nach auf dem manageriellen Wege am weitesten fortgeschritten ist.«¹⁵³

Das Geld hat in der Managerökonomie eine geringere Bedeutung als im Kapitalismus. Es fungiert nicht mehr als individuelles Kapital, und im Tauschverkehr erfüllt es eine weniger wichtige Rolle. Dort, wo der Staatssektor überwiegt (Gesundheitsversorgung usw.), wird die Rolle des Geldes zurückgedrängt. Theoretisch ist für diese Abnahme der Bedeutung des Geldes keine Grenze zu setzen. In der Praxis wird das Geld jedoch erhalten bleiben, soweit damit Einkommensunterschiede ausgedrückt werden können.

Die Arbeiter sind – konstatiert Burnham in einer Passage, die sehr an Rizzi denken läßt – keine doppelt freien Arbeiter mehr. Die Freiheit von Produktionsmitteln bleibt erhalten, aber die Freiheit, die Arbeit (Burnham schreibt nicht: Arbeitskraft) einem bestimmten Kapitalisten zu verkaufen oder nicht, fehlt.

Die Managergesellschaft funktioniert planmäßig und ist in diesem Sinne dem Kapitalismus überlegen. Sie ist in der Lage, eine Anzahl sozialer und ökonomischer Probleme (Massenarbeitslosigkeit, Produktionsniedergang) zu lösen, wie es die Sowjetunion und Deutschland zeigen. Die Massen erhalten einen einigermaßen höheren Lebensstandard, auch wenn dieser nicht garantiert ist. Gleichzeitig wird es auch in der Managergesellschaft ernste interne Spannungen geben, da sie eine antagonistische Gesellschaft bleibt.

In seinem Buch wagt Burnham verschiedene Voraussagen, welche die fernere Zukunft betreffen. Auf weltpolitischer Ebene werden drei Machtzentren entstehen: die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan.¹⁵⁴ Die Sowjetunion wird in zwei Teile auseinanderfallen. Der eine, der westliche Teil werde in die deutsche, der andere, der östliche Teil werde in die japanische Einflußsphäre geraten. Zugleich werde die Managergesellschaft – die jetzt noch diktatorische Züge zeige – allmählich demokratischer werden. Die diktatorische Phase sei nur notwendig, um die Macht zu erobern und zu konsolidieren (Burnham sieht hier eine Analogie mit dem absolutistischen Staat). Ist das gelungen, dann sei eine Demokratisierung aus zwei Gründen notwendig: 1. Eine Planwirtschaft könne nur effektiv funktionieren, wenn die Massen das Gefühl haben, daß ihre Interessen nicht vernachlässigt werden, und 2. mache es ein gewisses Maß an Demokratie möglich, das Wirken etwaiger oppositioneller Kräfte zu kanalisieren.

3.3.5 Shachtman

Max Shachtman, Burnhams anfänglicher Bundesgenosse im Fraktionskampf gegen Trotzki¹⁵⁵, lieferte mit seinem Artikel »Is Russia A Workers' State?« selbst einen Beitrag zu dieser Debatte. Im Gegensatz zu Burnham ging Shachtman davon aus, daß der Charakter der Oktoberrevolution proletarisch war und deren Errungenschaften erst durch die stalinistische »Konterrevolution« verloren gegangen sind. Trotzki's Auffassung, daß kein gewaltsamer Umsturz in dem 1917 entstandenen Arbeiterstaat stattgefunden habe, hielt Shachtman entgegen, daß die Etablierung des Stalinismus doch vielen Menschen das Leben gekostet habe (während, fügte er hinzu, die Machtergreifung der Bolschewiki »praktisch ohne Blutvergießen und gewaltlos« verlaufen sei).

Shachtman unterschied analytisch zwischen Eigentumsformen und Eigentumsverhältnissen: Verfügt der Staat über den größten Teil der Produktionsmittel, dann handelt es sich um eine spezifische Eigentumsform, die mit unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen zusammengehen kann. Die Frage aber ist: Wer beherrscht den Staat? Ist der Staat in den Händen des Proletariats, dann hat dieses über den Staat das Eigentum unter Kontrolle, und es handelt sich um einen Arbeiterstaat. Ist das Proletariat jedoch politisch enteignet – mit anderen Worten: es hat seine Verfügung über den Staat verloren – dann beherrscht es auch die Wirtschaft nicht mehr und es kann von einem Arbeiterstaat nicht mehr die Rede sein. Und genau dies letztere sei in der Sowjetunion der Fall. Die bürokratische Konterrevolution »bedeutet die systematische Beseitigung jeder einzelnen Kontrollmöglichkeit, die die Arbeiterklasse über ihren Staat hatte«. Bürokratische Eigentumsverhältnisse mit einer neuen herrschenden Klasse, der Bürokratie, seien das Ergebnis.¹⁵⁶

Während Rizzi und Burnham in der bürokratischen Klasse die zukünftigen Herrscher über den ganzen Erdball sahen, meinte Shachtman, daß es um eine kurzfristige und regional beschränkte Erscheinung gehe. Seiner Auffassung nach war die Entstehung der stalinistischen Herrschaft durch eine sehr spezifische Kombination von Faktoren möglich geworden: das Ausbleiben der internationalen sozialistischen Revolution und die Unterentwicklung der Produktivkräfte in Rußland. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern werde der revolutionäre Widerstand zu einer sozialistischen Umwälzung führen, die in nicht all zu langer Zeit auch das Ende der Sowjetdiktatur bewirken werde.

3.3.6 Pedrosa

Die ausführliche Diskussion über die Sowjetunion in der amerikanischen trotzkistischen Partei und ihrem Umfeld führte insbesondere in der Zeitschrift *The New Internationalist* um 1941 zu einer wahren Flut von Artikeln.¹⁵⁷ In den

meisten dieser Artikel wurden die Auffassungen vertreten, die in diesem Kapitel schon behandelt worden sind. Eine Ausnahme bildete jedoch der Beitrag von Mário Pedrosa, alias M. Lebrun, einem brasilianischen Kunstkritiker, der sich einige Zeit in den USA aufhielt.¹⁵⁸ In seinem Essay unter dem Titel »Mass and Class in Soviet Society« standen nicht die sozialen Klassen im Mittelpunkt seiner Erörterung sondern der Sowjetstaat als solcher. Pedrosa behauptete:

»Die jedem Staat innewohnende Tendenz, wenn er sich selbst überlassen bleibt, sich über die Klassen, über die Gesellschaft zu erheben, war in Rußland dank beispiellosen historischen Umständen möglich und kann sich, vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte, vollständig auswirken. Diese Entwicklung des Prozesses war möglich, weil das Proletariat, die entscheidende Klasse, zu schwach war, die Bürokratie, die Inkarnation des Staates, zu kontrollieren. Die Bürokratie hat sich selbst mit dem Staat identifiziert. Mit dieser Identifikation hat sie eine absolute Entwicklung erreicht, so weit es ihr als Bürokratie möglich ist.«¹⁵⁹

Die Bürokratie, ursprünglich Dienerin des Staates, ist seine Herrscherin geworden. Der Staat, jetzt über die Gesellschaft erhoben, wendet sich gegen die Gesellschaft. Er versucht, alle sozialen Klassen zu atomisieren – er ist ein »freier Staat« im Sinn von Friedrich Engels geworden.¹⁶⁰ Diese Entwicklung ist »äußerst knapp befristet«, da die Bürokratie sich selbst als Klasse konstituieren will, aber vorerst noch keine selbständige ökonomische Grundlage gefunden hat. Die schon seit geraumer Zeit bestehende Unterproduktionskrise zwingt die Bürokratie, nach Wegen ökonomischer Expansion zu suchen; sie ist

»so ruhelos wie eine Henne, die einen sicheren Platz zum Eierlegen sucht. Sie will eine passende, feste, wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis haben, auf der sie sich bequem ausbreiten und sich einen dauerhaften Platz als *eine wahre gesellschaftliche Klasse* in der Geschichte sichern kann.«¹⁶¹

Einerseits führe dieses Verlangen zu Abenteuern in der Außenpolitik; andererseits verleite es die Bürokratie auch, Teile des Bodens und der Leichtindustrie zu reprivatisieren.

3.3.7 Hilferding

Die menschowistische Zeitschrift *Sozialistitscheskij Westnik* publizierte 1940 eine russische Übersetzung des Artikels, in dem Worrall seine Theorie des Staatskapitalismus ausführt. In derselben Ausgabe dieser Zeitschrift wurde auch eine Kritik des namhaften Sozialdemokraten Rudolf Hilferding publiziert, in der er eine eigene Theorie vortrug.¹⁶² Hilferdings Beitrag (der später

u.a. auch in Englisch und Deutsch publiziert wurde) bildete den Abschluß seiner schon nach Hitlers Machtübernahme erschienenen Artikel, deren Thema die Entwicklung in Nazi-Deutschland und der Sowjetunion war.¹⁶³

Hilferdings Theorie steht für sich selbst, auch wenn sie gewisse Übereinstimmungen mit Rizzi, Burnham oder Pedrosa aufweist. Die Bürokratie kann seiner Meinung nach keine herrschende Klasse sein oder werden, da sie in ihrer Zusammensetzung zu heterogen ist und keine konsensschaffenden Mechanismen kennt:

»Die Bürokratie stellt überall, und insbesondere im sowjetischen Rußland, eine sehr heterogene Masse dar. Zu ihr gehören nicht nur die Staatsbeamten im engeren Sinne des Wortes, vom winzigen Beamten bis zur Generalität und Stalin selbst, sondern auch die Leiter der Industrie aller Stufen und solche Beamte, wie die Post- und Eisenbahnbeamten. Und diese bunte Masse verwirklicht eine homogene Herrschaft? Wo ist denn ihre Vertretung, auf welche Weise faßt sie ihre Beschlüsse, über welche Organe verfügt sie?«¹⁶⁴

Die Bürokratie *kann* keinen Klassencharakter haben – soweit stimmt Hilferding mit Trotzki überein. Aber im Gegensatz zu Trotzki sieht Hilferding die Bürokratie nicht als parasitären Organismus, der von der Arbeiterklasse und ihrem Arbeiterstaat abhängig ist, sondern als das Instrument des Staatsführers, Stalin. Der georgische Despot habe sich die Diener des Staates *und* den Rest der Bevölkerung vollständig unterworfen.

Auf Grund dieser Entwicklung sei die Ökonomie nicht mehr der Faktor, der die Politik bestimmt. Der Staat habe sich von allen Klassen gelöst und sei eine »unabhängige Macht« geworden. Diese Theorie zeigt eine bemerkenswerte Wandlung im Denken Hilferdings. Während er in der Weimarer Republik gerade ein großes (und für manche ein zu großes) Vertrauen in den Staat gesetzt hatte, schlägt dies unter dem Eindruck von Stalinismus und Nationalsozialismus ins Gegenteil um. Sollte zuerst der Staat – unter sozialdemokratischer Führung – die Ökonomie unterwerfen, zeigt sich nun, daß eine solche Unterwerfung eine repressive Diktatur mit sich bringt.¹⁶⁵ Zugleich ist jedoch auch eine Konstante in Hilferdings Denken sichtbar: Der Staat ist letztlich eine klassenlose Einrichtung, die unter bestimmten Kräfteverhältnissen sowohl zum Guten wie zum Bösen verwendet werden kann – ob das nun durch eine sozialdemokratische Regierung oder durch einen allmächtigen Diktator geschieht, berührt diese zentrale Auffassung wenig.

3.4 Kritiken

3.4.1 Kritiken an Theorien des Staatskapitalismus

1. Adlers Theorie der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation auf staatskapitalistischer Grundlage wurde von dem deutschen Kommunisten H. Linde aus prosozialistischer Perspektive kritisiert. Zwei Aspekte brachte dieser Autor als Gegenargumente vor. Erstens enthalte diese These ein falsches Verständnis des Begriffes. Ursprüngliche Akkumulation bedeute nach Marx doch, »eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt«¹⁶⁶. Damit sei eine zeitliche Reihenfolge impliziert: erst ursprüngliche Akkumulation, dann Kapitalismus. Die logische Folgerung steht damit für Linde fest: Entweder handelt es sich in der Sowjetunion um Staatskapitalismus, und dann kann von ursprünglicher Akkumulation keine Rede mehr sein; oder es findet eine ursprüngliche Akkumulation statt, und dann ist es unmöglich, von Staatskapitalismus zu reden.¹⁶⁷ Zweitens war für Marx die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln ein wesentliches Kennzeichen der ursprünglichen Akkumulation auf kapitalistischer Grundlage;¹⁶⁸ die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion habe jedoch gerade die Vereinigung von Produzenten und Produktionsmitteln auf einem höheren Niveau verwirklicht:

»Was ist Kollektivierung? Sie ist *nicht* Scheidung des kleinen Produzenten von seinen Produktionsmitteln, sie ist die Zusammenlegung der Produktionsmittel der kleinen Produzenten, ihre Vergesellschaftung, wobei diese Produktionsmittel (ausschließlich jener, die der Staat der Kollektivwirtschaft zur Verfügung stellt) Eigentum des Kollektivs bleiben, aber nicht Privateigentum einzelner Mitglieder des Kollektivs, sondern ihr gemeinsames, kollektives Eigentum.«¹⁶⁹

2. Der These, daß die Sowjetökonomie (staats)kapitalistisch strukturiert sei, wird von mehreren AutorInnen mit Nachdruck widersprochen. Die menschwistische Emigrantin Olga Domanewskaja machte darauf aufmerksam, daß die zentrale Dynamik des Kapitalismus aus Konkurrenz und Gewinnstreben bestehe. In der Sowjetunion hingegen spielten diese Faktoren keine dominante Rolle. Wesentlich sei dort der Umstand, daß die Wirtschaft zentral vom Staat gelenkt werde.¹⁷⁰ Hilferding verwies darüber hinaus darauf, daß Löhne und Preise in der UdSSR in anderer Weise als in einem marktwirtschaftlichen System gebildet werden; sie kommen nicht durch selbständige Entwicklungen (Nachfrage und Angebot) zustande, sondern werden vom Staat festgelegt und bilden auf diese Weise ein Mittel zur wirtschaftlichen Steuerung:

»Äußerlich existieren Preise und Arbeitslohn noch, aber ihre Funktion wandelt sich vollständig: sie bestimmen nicht mehr den Gang der Produktion, die von der zentralen Macht gesteuert wird, die ihrerseits selbst sowohl die Preise als auch die Höhe des Lohnes festsetzt. Preise und Lohn sind jetzt nur Mittel zur Verteilung, die für jeden seinen Anteil an der allgemeinen Summe dessen bestimmen, was die zentrale Macht der Gesellschaft zur Verfügung stellt. [...] Die Preise wurden zu Zeichen der Verteilung, aber sie sind keine Regulatoren der Wirtschaft mehr. Bei der Bewahrung der Formen vollzog sich eine völlige Wandlung der Funktion.«¹⁷¹

3. Die These, daß die Sowjetbürokratie eine neue Bourgeoisie verkörpere, wurde von Trotzki auch aus soziologischen Gründen verworfen:

»Die Bürokratie hat weder Aktien noch Obligationen. Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie, ohne Rücksicht auf irgendwelche besonderen, ihr eigenen Besitzverhältnisse. Der einzelne Beamte kann seine Anrechte auf die Ausbeutung des Staatsapparates nicht weitervererben. Die Bürokratie genießt ihre Privilegien in mißbräuchlicher Weise. Sie verschleiert ihre Einkünfte. Sie tut, als existiere sie gar nicht als besondere soziale Gruppe. Die Aneignung eines enormen Anteils des Volkseinkommens durch die Bürokratie ist soziales Schmarotzertum. All das macht die Lage der kommandierenden Sowjetschicht [...] im höchsten Grade widersprüchlich, zweideutig und würdelos.«¹⁷²

4. Die These, daß in der Sowjetunion eine »schleichende« Konterrevolution stattgefunden habe – ein Gedanke, der, wie wir sahen, auf Korsch zurückgeht, wurde von Trotzki aus Gründen der historischen Asymmetrie bestritten:

»Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärtseilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich *allmählich* von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab.«¹⁷³

Ein Gegenargument wurde, wie wir sahen, von Shachtman vorgebracht: Stalins Konterrevolution sei »katastrophisch« und gewalttätig gewesen.

3.4.2 Kritiken an der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats

1. Die These, daß die Arbeiterklasse, obwohl politisch »enteignet«, in wirtschaftlicher Hinsicht die herrschende Klasse geblieben sei, da die Produktionsmittel überwiegend nationalisiert sind, wurde von Burnham kritisiert. Mit Unbewiesenem solle hier erst noch zu Beweisendes bewiesen werden:

»Wir fragen sie [die Vertreter dieser Theorie], welche Art Staat ist die Sowjetunion? Sie antworten, es ist ein Arbeiterstaat. Wir fragen, warum ist es ein Arbeiterstaat? Sie antworten, weil es Staatseigentum gibt. Wir fragen, warum macht verstaatlichtes Eigentum die Sowjetunion zu einem Arbeiterstaat? Und sie antworten, weil ein Arbeiterstaat ein Staat ist, wo es Staatseigentum gibt.

Dies ist, dem Schema nach, genau die gleiche Argumentation, die jene benutzen, die uns erzählen, daß die Bibel das Wort Gottes ist. Wir fragen sie, wie könnt ihr wissen, daß es das Wort Gottes ist? Sie antworten, weil die Bibel selbst sagt, daß sie das Wort Gottes ist. Wir fragen, aber wie beweist dies, daß es wahr ist? Und sie antworten, weil nichts, was Gott sagt, eine Lüge sein kann.

In beiden Fällen ist die Schlußfolgerung die selbstverständliche Folge der Vorgaben; die Argumentation dreht sich im Kreis und kann überhaupt nichts beweisen.«¹⁷⁴

2. Dieselbe These Trotzki's wird auch auf Grund der Erwägung kritisiert, daß nationalisiertes Eigentum eine unzureichende Voraussetzung sei, um von einem Arbeiterstaat sprechen zu können. Rizzi wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch bürgerliche Staaten in zunehmendem Maße zu Nationalisierung und Planung übergehen und daß die neue bürokratische Klasse in der Sowjetunion die »Innovationen der Oktoberrevolution« sehr wohl für eigene Zwecke anwenden konnte.¹⁷⁵ Auch J.R. Johnson (C.L.R. James) äußerte eine solche Kritik:

»[...] Trotzki und wir, die ihm folgten, haben versäumt, zu unterscheiden zwischen, erstens, Produktionsmitteln in der Hand des Staates, wo der Staat lediglich eine Wirtschaftsform wie ein Trust, eine Bank oder ein Kartell ist; zweitens, Staatseigentum als rein juristischem Verhältnis, was uns nicht mehr sagt, als daß es die Pflicht des Staates ist, die Produktion zu organisieren und die Produkte zu verteilen; und, drittens, einem Arbeiterstaat, d.h. einem Staat im Übergang zum Sozialismus. Diese dritte Kategorie ist keinesfalls eine juristische Frage, sondern eine Frage der ökonomischen Bedingungen und der sozialen Verhältnisse der Produktion, die in einer Aussage zusammengefaßt werden kann: Herrscht die Arbeiterklasse oder nicht? Die dritte Kategorie beinhaltet die anderen beiden. Aber weder einzeln noch zusammen beinhalten die beiden ersten notwendig die dritte. [...] *Innerhalb der Form von Staatseigentum kann die Arbeiterklasse Herr sein wie 1921 oder versklavt wie 1941.*«¹⁷⁶

3. Mit dem gerade genannten Punkt der Kritik hängt das folgende Argument eng zusammen: Trotzki habe ökonomische und politische Macht in seiner Theorie getrennt, doch das sei gerade im Falle eines Arbeiterstaats nicht möglich. In den Worten von Joseph Carter (Friedman):

»Das Proletariat ist eine besitzlose Klasse. Kontrolle über die Ökonomie und Vorrherrschaft in der Gesellschaft ist ihm nur möglich, wenn es zuerst politische Macht erringt. Durch die Macht ihres Staates wird die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse und entwickelt die Bedingungen für die Aufhebung aller Klassen, für die sozialistische Gesellschaft. Ohne politische Macht kann die Arbeiterklasse in keinem Sinn die herrschende Klasse sein.«¹⁷⁷

3.4.3 Kritik an Theorien der neuen Produktionsweise

1. Allen Theorien, welche die Auffassung enthielten, daß die Bürokratie eine neue herrschende Klasse geworden sei, hielt Dumanewskaja entgegen: Eine Bürokratie als solche *kann* keine herrschende Klasse sein, da sie stets das Instrument einer anderen Klasse bildet.

»Die Vorstellung vom Sowjetstaat als einer selbständigen sozialen Kategorie spiegelt in eigenartiger Weise die irrigen Vorstellungen des Nachkriegsreformismus über die Rolle des demokratischen Staates wider. In Wirklichkeit ist der Staatsapparat, in Wirklichkeit ist die Bürokratie keine Klasse mit selbständiger Klassenfunktion, sondern lediglich Werkzeug und Sachwalter dieser oder jener herrschenden Klasse.«¹⁷⁸

W. Kent antwortete auf diesen Einwand, der u.a. auch von Trotzki erhoben wurde, daß damit fälschlich alte soziale Verhältnisse als universell gültig erklärt würden:

»Angenommen, daß die Bürokratie in der europäischen Geschichte niemals herrschende Klasse war und immer anderen herrschenden Klassen diente. Heißt das, daß sie niemals selbst herrschende Klasse werden kann? Kann es niemals etwas Neues in der Geschichte geben? Ein schlauer »Theoretiker« könnte vor 200 Jahren, vor den großen bürgerlichen Revolutionen, genauso gut argumentiert haben: Was, die Bourgeoisie wird eine herrschende Klasse werden? Lächerlich! Kapitalisten, wie wir sie schon immer gekannt haben – Kaufleute und Geldverleiher – haben immer nur Königen und Fürsten gedient.«¹⁷⁹

2. Domanewskaja kritisiert auch die Auffassung, daß sich der Staat von der Arbeiterklasse gelöst habe; ihrer Auffassung nach besitzt der Apparat eine solche Autonomie nicht:

»[...] wenn man die Möglichkeit der Bildung einer neuen Klasse [...] unterstellt, [müssen] offenbar irgendwelche festgelegten und dauerhaften Beziehungen zwischen den Produktionsmitteln und dem Staatsapparat vorausgesetzt werden. Der Staatsapparat selbst müßte als eine ihrer Zusammensetzung nach mehr oder minder fixe Größe vorausgesetzt werden können. In Wirklichkeit ist dies indes nicht der Fall. Das charakteristische (negative) Merkmal des Sowjetapparates ist der ewige Wechsel in der personellen Zusammensetzung, das Hinüberfluten der Staatsangestellten aus dem einen Zweig der Verwaltung in den anderen, aus dem Apparat in die Produktion und umgekehrt. Hinzu kommt noch der wichtige Umstand, daß der Staatsapparat in erheblichem Maße aus der nämlichen Arbeiterklasse ergänzt wird, daß ein gegenseitiges Fluktuieren zwischen Arbeiterklasse und Apparat stattfindet; darin liegt der soziale Sinn der Versetzung von allzu eifrigen Bürokraten, die sich irgendwo vergaloppiert haben, in den Betrieb, »zurück an die Werkbank«. Das Ergebnis dieser Prozesse ist, daß der Apparat trotz der Tendenzen zur Bürokratisierung sich letztlich doch nicht endgültig von dem ihn umgebenden Milieu losreißt, doch nicht zum Werkzeug der dem Proletariat feindlichen Kräfte wird.«¹⁸⁰

3. Die unter anderen von Rizzi und Burnham vollzogene – und bei Weil schon im Ansatz formulierte – Gleichsetzung von Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus wird sowohl von Trotzki wie von Shachtman zurückgewiesen. Beide gaben zu, daß die betreffenden Regime viele gemeinsame Züge zeigten (Terror, Geheimpolizei, politische Struktur usw.), aber sie meinten, daß auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse wesentliche Unterschiede aufgezeigt werden könnten. Beide verwiesen darauf, daß Mussolini und Hitler das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbestehen ließen und auf einer anderen Machtbasis als Stalin operierten.¹⁸¹

3.5. Zusammenfassung

Mit der Konsolidierung des stalinistischen Regimes entstand in der Debatte eine qualitative Veränderung. Alle Kritiker der Sowjetunion schienen nun zu der Überzeugung zu gelangen, daß die Ereignisse im »Vaterland der Werktätigen« nicht länger unreflektiert mit der klassischen unilinearen Einteilung in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Dem alten Schema am nächsten blieben die AutorInnen, die in der UdSSR eine besondere Variante entweder des Kapitalismus oder aber des Arbeiterstaates sahen; etwas weiter gingen die AutorInnen, die in der Sowjetunion einen neuen Gesellschaftstyp zu erkennen meinten.

Die Oktoberrevolution wurde nun in dreierlei Weise interpretiert: als proletarische, bürgerliche oder »eine neue herrschende Klasse an die Macht bringende« Umwälzung. Die AutorInnen, die eine proletarische Umwälzung diagnostizierten, sahen die Revolution von einer bürokratischen Degeneration, einer bürokratischen oder einer bürgerlichen Konterrevolution gefolgt. In dem folgenden Schema werden diese Varianten zusammengefaßt dargestellt, der Name eines exemplarischen Autors ist jeweils angegeben.

Art der Oktoberrevolution	spätere Entwicklung	Autor
proletarische Revolution	bürokratische Degeneration	Trotzki
	bürgerliche Konterrevolution	Worrall
	bürokratische Konterrevolution	Shachtman
bürgerliche Revolution		Wagner
bürokratische Revolution		Burnham

Während in den zwanziger Jahren kein einziger Kritiker eine offene, gewaltsame Konterrevolution wahrzunehmen meinte, wurden die gesellschaftlichen Veränderungen in der UdSSR um 1930 offensichtlich als so eingreifend aufgefaßt, daß jetzt verschiedene AutorInnen eine solche Entwicklung zu erkennen meinten.

Innerhalb jeder Hauptströmung entwickelten sich unterschiedliche Versionen – mit Ausnahme der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats, die Trotzki's Monopol war. Sowohl unter den AnhängerInnen der Theorie des Staatskapitalismus wie unter den AnhängerInnen der Theorie des neuen Gesellschaftstyps bestanden Meinungsunterschiede vor allem in zwei Fragen.

1. Ist die Sowjetunion historisch einmalig oder gibt es strukturelle Übereinstimmungen mit faschistischen Gesellschaften? Auf diese Frage wurden drei verschiedene Arten von Antworten gegeben: Einige gehen von der Einmaligkeit aus (Adler, Shachtman); andere sehen in der UdSSR eine Variante einer Gesellschaftsform, von der der Faschismus eine andere Variante bildet (Pollock, Horkheimer); und wieder andere setzen Faschismus und Stalinismus im wesentlichen gleich (Rizzi, Burnham).

2. Bildet die Bürokratie bereits eine neue herrschende Klasse oder nicht? Auch auf diese Frage gab es drei verschiedene Arten von Antworten: Hilferding geht von der strukturellen Unmöglichkeit aus, daß die Bürokratie eine Klasse werden kann; Pedrosa sieht in der Bürokratie eine soziale Gruppe, die krampfhaft versucht, sich zur Klasse zu formieren; und Mjasnikow, Rizzi u.a. sind der Auffassung, daß dies bereits geschehen ist.

4. Vom »Großen Vaterländischen Krieg« zur strukturellen Assimilierung Osteuropas (1941-1956)

Der unerwartete Angriff der deutschen Truppen auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beendete unmißverständlich den zwei Jahre alten Pakt zwischen beiden Ländern. Die schnell vorrückenden Nazitruppen zwangen die Sowjetregierung zu durchgreifenden Maßnahmen. Neben den selbstverständlichen militärischen Schritten (Mobilisierung der Wehrdienstpflichtigen, Verhängung des Kriegszustands im europäischen Teil der UdSSR und dergleichen) wurde eine Reihe ökonomischer Eingriffe wie die Kriegskonversion der Landwirtschaft und Industrie und die vollständige Verlagerung vieler Betriebe in den Osten vorgenommen. Der legendäre Einsatz, den Soldaten, ArbeiterInnen und TechnikerInnen hierbei erbrachten, ist nur dadurch zu erklären, daß der Krieg vom Anfang an als nationaler Verteidigungskrieg geführt wurde. Patriotismus und Haß gegen den hinterhältigen Feind bildeten den Kern aller Propaganda. Nachdem der deutsche Vormarsch anfänglich unaufhaltsam erschienen war, wurde während der Schlacht um Moskau (im Winter 1941/42) der Beginn eines Umschwungs sichtbar, der sich 1943 (Stalingrad, Kursk) weiter durchsetzte.

Auf der internationalen Ebene schloß Stalin ein Bündnis mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Unter anderem durch die Auflösung der Komintern 1943 versuchte er seinen neuen Bündnispartnern deutlich zu machen, daß er nicht eine »internationale Revolution« anstrebte.

Bei ihrem Vormarsch durch Osteuropa 1944/45 stieß die Rote Armee nicht auf viel Widerstand. Die Nazi-Besatzer waren meistens demoralisiert, während Teile der Bevölkerung offen gegen die Besatzer rebellierten und in manchen Fällen große Gebiete aus eigener Kraft befreiten. Die organisierten bürgerlichen Kräfte spielten eine recht kleine Rolle; in den vormaligen »Achsen«-Ländern (Ungarn, Rumänien, Bulgarien) waren sie durch ihre Kollaboration mit dem Dritten Reich diskreditiert, während sie in den alliierten Ländern (Polen, Tschechoslowakei) durch die Besetzung ernstlich geschwächt waren. Gleichzeitig war in einigen Ländern der Staatsapparat fast aufgelöst (insbesondere in Polen).

Die vorrückende Rote Armee wurde im allgemeinen begeistert begrüßt. In Polen, Rumänien, Bulgarien brachen beim Nähern der Sowjettruppen Aufstände mit massenhaften Streiks und Demonstrationen aus, Betriebe wurden besetzt und sogar Ansätze von Arbeiterräten geschaffen.

Es hat den Anschein, daß Stalin anfänglich keine gesellschaftliche Umgestaltung der neu eroberten Gebiete beabsichtigte.

»Die europäischen Ziele Stalins waren 1944 und 1945 eher militärische und territoriale als die gesellschaftlicher Umgestaltung – insofern sie gesellschaftlich waren, waren sie gesellschaftlich konservativ. Hätte er damals beabsichtigt, Polen zu »sowjetisieren«, hätte er weder akzeptiert, mit so vielen kapitalistischen Politikern aus der Vorkriegszeit in Warschau über eine Machtbeteiligung zu verhandeln, noch – was wichtiger ist – hätte er das Thema, welches Gebiet Teil von Polen und welches Teil der Sowjetunion werden soll, in den Mittelpunkt gestellt. Gegen Ende des Krieges hieß für Stalin 'Sozialismus in einem Land', daß 'befreundete' Regierungen über 'befreundetes' Territorium an der Westgrenze der Sowjetunion herrschen, und diese gegen ein sich möglicherweise wieder erhebendes Deutschland und einen kapitalistischen Westen schützen.«¹

Die osteuropäischen Entwicklungen in der Periode 1944/45 bis 1947/48 können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Unter dem Motto der »Volksdemokratie« wurden Koalitionsregierungen zwischen der kommunistischen Partei (oder einer sozialistischen Einheitspartei) und bürgerlichen Parteien gebildet – wobei die letzteren oft speziell für diesen Zweck auf kommunistische Veranlassung (wieder)gegründet wurden.²
2. Neue zentrale Staatsapparate wurden aufgebaut, die sich die während der Rebellionen geschaffenen Organe der Selbstverwaltung einverleibten (und bürokratisierten) und möglichst viele »fortschrittliche Kräfte« einbezogen.
3. Teile der Wirtschaft wurden nationalisiert; in vielen Fällen ging es dabei *nicht* um die Enteignung von Unternehmern. Oft betraf es Betriebe, die sich die deutschen Besatzer angeeignet hatten und/oder die von ArbeiternInnen in Selbstverwaltung übernommen worden waren. Ungeachtet der Nationalisierungen blieb ein großer Teil der Wirtschaft – namentlich im Agrarsektor und im Einzelhandel – in Privatbesitz.

Alles in allem behielt das osteuropäische *Glacis* in dieser ersten Phase seinen kapitalistischen Charakter, wenn auch unter direkter Aufsicht der Sowjetführung. Unter dem Druck des inzwischen verschärften Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und ihren ehemaligen westlichen Bundesgenossen änderte sich dies um 1947/48. Der Begriff »Volksdemokratie« bekam nun einen anderen Inhalt.³ Es fand ein Prozeß der *strukturellen Assimilierung* statt,⁴ wodurch die Pufferstaaten politisch und ökonomisch der UdSSR stark zu ähneln begannen. Drei zusammenhängende strukturelle Änderungen wurden durchgeführt:

1. *Die Auflösung der verbliebenen Machtbasis der bürgerlichen Kräfte.* Auf der politischen Ebene wurden die Koalitionsregierungen aufgelöst, die unabhängigen Bauernparteien vernichtet usw. Auf der ökonomischen Ebene wurde eine »Kommando«-Planung nach Sowjetvorbild eingeführt,⁵ der

bilaterale Handel mit der Sowjetunion verstärkt und der Aufbau der Schwerindustrie vorangetrieben.

2. *Konsolidierung monolithischer kommunistischer Parteien.* Die Art der kommunistischen Parteien unterschied sich von Land zu Land. Manche, wie die polnische Partei, waren Nachkriegsschöpfungen, wenn auch ein Teil der Kader aus der Vorkriegsperiode stammte. Andere, wie die in der Tschechoslowakei und in Bulgarien, waren schon vor der »Befreiung« eine reale politische Kraft gewesen. Aber ungeachtet der unterschiedlichen Vorgeschichte waren alle kommunistischen Parteien seit 1944 stürmisch angewachsen. Die Konsolidierung dieser Parteien wurde auf zwei Wegen realisiert: durch groß angelegte Säuberungen⁶ und durch die erzwungene Fusion mit sozialdemokratischen Parteien.
3. *Verschmelzung von monolithischen Parteien und Staatsapparaten.* Parallel zur »Monolithisierung« der kommunistischen Parteien wurde den Gewerkschaften ihre Autonomie definitiv genommen, und auch die Staatsapparate wurden »gesäubert«. Die Folge war, daß die kommunistischen Parteien nun fast das gesamte gesellschaftliche Kräftefeld beherrschten.

Diese drei großen Veränderungen waren mit der Gründung der Kominform 1947 verbunden, dem »Informationsbüro der Kommunistischen Parteien«, dessen Funktion es war, die Politik der kommunistischen Parteien im Ausland (vor allem im *Glacis*) und in Moskau aufeinander abzustimmen.⁷

Es dauerte nicht lange und es kam zum Bruch innerhalb des osteuropäischen *Cordon sanitaire*. Seit 1948 wuchs die Spannung zwischen den Führungen in Belgrad und Moskau im Eiltempo. Nach einem knappen Briefwechsel zwischen den Zentralkomitees der jugoslawischen und der Sowjetpartei wurde die kommunistische Partei Jugoslawiens am 28. Juni 1948 aus dem Kominform ausgeschlossen. Der exkommunizierten Organisation wurde vorgeworfen, eine »unfreundliche Politik gegenüber der Sowjetunion und der KPdSU« zu betreiben, Gerüchte aus »dem Arsenal des konterrevolutionären Trotzkismus« zu verbreiten und intern eine nicht-leninistische Politik u.a. dadurch zu führen, daß der Boden nicht nationalisiert wurde.⁸

Die Hintergründe dieser Spaltung sind komplex. In der Literatur wird als vermutlich tiefere Ursache des Konflikts angeführt, daß die jugoslawischen Kommunisten die einzigen in Osteuropa waren, die während des Zweiten Weltkrieges *aus eigener Kraft* große Teile des Landes von den deutschen Besatzern zurückerobert hatten. Dadurch besaß die jugoslawische Führung – ebenso wie die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei, mit der Moskau 1963 brechen würde – eine autonome Machtbasis, und sie war wahrscheinlich weniger als andere osteuropäische Parteiführungen geneigt, am Gängelband der KPdSU zu laufen. Da Jugoslawien darüber hinaus am meisten unter Stalins Politik im benachbarten Griechenland (das den Westmächten geopfert worden war) zu leiden hatte, war die Grundlage eines Konfliktes schon sehr früh gelegt.

In vielen westlichen Ländern entstanden infolge des Bruchs zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion »titoistische« Strömungen und mitunter sogar (kleine) politische Parteien. Die Kritik an der UdSSR, die von jugoslawischen Ideologen wie Kardelj und Djilas formuliert wurde, fand in diesen Kreisen – und darüber hinaus – Gehör und wurde in manchen Fällen theoretisch weiter ausgearbeitet.

Verglichen mit den dreißiger Jahren war die Problematik seit 1944/45 eine andere:

»Während damals die innere Struktur der Sowjetunion eine tiefgreifende Umgestaltung erfuhr, ihre äußere Situation aber weitgehend gleich blieb, so stand jetzt ihrer inneren Kontinuität ein bedeutender Wandel ihrer äußeren Stellung gegenüber.«⁹

4.1 Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats

Während sich in den zwanziger und dreißiger Jahren auch linke Sozialdemokraten mit wesentlichen Beiträgen an der Debatte über die Sowjetunion beteiligt hatten, verengte sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg das politische Spektrum der Diskutanten beträchtlich. Noch stärker als zuvor konzentrierte sich jetzt die Debatte in linkskommunistischen und radikalsozialistischen Kreisen. Die meisten Beiträge kamen von trotzkistischer Seite, obwohl auch Bordiga, Linkssozialisten und andere aktiven Anteil hatten. Gilles Martinet, den man in diesen Jahren zu den Apologeten der UdSSR zählen kann, verwies 1947 darauf, daß die weitestgehendste und geschlossenste Kritik am Stalinismus von der Vierten Internationale und ihrem Umkreis stamme; den sozialdemokratischen Beitrag zu dieser Frage nannte er demgegenüber »tot«.¹⁰

Diese Dominanz von Kritikern aus dem trotzkistischen Milieu bedeutete jedoch nicht, daß die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats problemlos aufrechterhalten oder sogar weiterentwickelt werden konnte. Im Gegenteil sah sich die Vierte Internationale begrifflichen Schwierigkeiten ausgesetzt, die heftige Konflikte in ihren Kreisen hervorriefen. Trotzki war, wie wir sahen, davon ausgegangen, daß die Sowjetbürokratie entweder von einer proletarischen Revolution hinweggefegt oder aber ihre labile Machtposition über eine auf die Wiedereinführung des Kapitalismus gerichtete Konterrevolution stabilisieren wird. Sehr wesentlich für diese Prognose war seine Einschätzung der internationalen Entwicklungen. Er ging, ganz in der Tradition der Kommunistischen Internationale, davon aus, daß sich der Kapitalismus in seinem letzten Stadium befindet. Nachdem die Nazi-Truppen in Belgien und in die Niederlande eingefallen waren, schrieb er:

»Die kapitalistische Welt hat keinen Ausweg, es sei denn, daß ein sich hinziehender Todeskampf in Betracht gezogen wird. Es ist notwendig, sich auf viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, von Krieg, Aufständen, kurzen Waffenstillstandspausen, neuen Kriegen und neuen Aufständen vorzubereiten.«¹¹

Immer häufiger werden sich die Bourgeoisien veranlaßt sehen, nach autoritären Herrschaftsformen (Bonapartismus, Faschismus) zu greifen. Gleichzeitig werden die Arbeiter überall aus ihrer Lethargie aufschrecken und Widerstand leisten. Vor allem der Gewalt des Krieges ist es vorbestimmt, allenthalben die politischen Entwicklungen zu beschleunigen:

»Diese großen Aufgaben, die erst gestern viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, entfernt schienen, können in den nächsten zwei oder drei Jahren, oder sogar eher, drohend vor uns aufragen.«¹²

Diese Periode ist die des Endkampfes, und gerade deshalb wird auch die Situation in der Sowjetunion nicht mehr bleiben, wie sie ist.

Nachdem die Vierte Internationale sich halbwegs vom Krieg (und von Trotzki's Ermordung) erholt hatte, wollte sie strikt an Trotzki's Prognosen festhalten, obwohl sich schon bald zeigte, daß diese in vielerlei Hinsicht der Wirklichkeit nicht entsprachen. 1946 erklärte die *Organisation* das Ausbleiben der vorausgesagten Ereignisse wie folgt:

»Wenn der Krieg in Europa nicht sofort einen revolutionären Aufschwung in dem von uns erwarteten Umfang und Tempo erzeugt hat, ist es *nichtsdestoweniger unbestreitbar, daß er das kapitalistische Gleichgewicht im Weltmaßstab zerstört hat, was eine lange revolutionäre Periode eröffnet*. Alle Selbstkritik [...] bezieht sich im wesentlichen auf das *Tempo* und nicht auf den *fundamentalen Charakter* dieser Periode, die dem imperialistischen Krieg folgt.«¹³

Ganz dieser Logik entsprechend wurde daher die Möglichkeit eines Wiederauflebens des Kapitalismus bestritten und ein baldiger Umschwung in der Sowjetunion vorausgesehen.

Gegen diesen »Determinismus« wurden gelegentlich empirische Argumente vorgebracht,¹⁴ doch ohne Erfolg. Als jedoch der internationale Kapitalismus nach einigen Jahren eine neue Dynamik entwickelte und auch der Stalinismus bewies, stabiler als je zuvor zu sein, kam Resignation auf. Michel Raptis, der wichtigste Führer der Bewegung, publizierte 1951 einen Essay, in dem er – auch unter dem Eindruck des Korea-Krieges – einen unvermeidlichen dritten Weltkrieg voraussagte, dessen Ergebnis eine jahrhundertelange Phase von »stalinoïden« Arbeiterstaaten sein könne.¹⁵ War früher dem Stalinismus nicht zugetraut worden, auch nur den Zweiten Weltkrieg zu überleben, sollte er jetzt sogar triumphierend einen dritten bestehen können. Dieser partielle »Revisio-nismus« hätte selbstverständlich eine Änderung der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats bewirken können, aber dies geschah nicht.¹⁶

Das Festhalten an den orthodoxen Auffassungen führte – wenn auch der von Trotzki als notwendig erachtete Faktor Zeit ausgeschaltet wurde – aufgrund der Entwicklung in Osteuropa zu großen Schwierigkeiten. Wie sollten die dortigen neuen Gesellschaften charakterisiert werden? Bezeichnete man sie wegen ihrer zunehmenden Ähnlichkeit mit der Sowjetunion als bürokratische Arbeiterstaaten, waren zwei theoretische Einwände zu erheben – der erste prinzipiellerer Art als der zweite:

1. Arbeiterstaaten können nach orthodoxer Auffassung (getreu Marx' These, daß nur die Arbeiter selbst sich befreien können) allein das Resultat eines autonomen proletarischen Emanzipationsprozesses unter der Führung einer revolutionär-sozialistischen Massenorganisation sein. Wie können dann jetzt Arbeiterstaaten von oben und unter Führung von (»durch und durch konterrevolutionären«) Stalinisten gegründet werden?
2. Frühere Fälle der Anpassung von Nichtarbeiterstaaten an den ersten Arbeiterstaat waren stets einher gegangen mit der Einverleibung dieser Staaten in die Sowjetunion (siehe Georgien, das Baltikum, Ostpolen usw.). Trotzki war der Auffassung gewesen, daß eine »strukturelle Assimilierung« von Nichtarbeiterstaaten mit einer Aufhebung der nationalen Grenzen verbunden sein werde.¹⁷

Drei Positionen wurden in den Jahren 1947-1951 in dieser Frage vertreten. Ernest Mandel behauptete, daß *alle* europäischen Pufferstaaten, von Jugoslawien bis Polen, kapitalistisch seien. Michel Raptis teilte mit Ausnahme Jugoslawiens diesen Standpunkt; dieses Land war seiner Meinung nach aufgrund des dort geführten Bürgerkrieges ein Arbeiterstaat. Joseph Hansen und Bert Cochran schließlich begriffen alle osteuropäischen Gesellschaften als Arbeiterstaaten – bürokratisch verformt seit ihrer Entstehung. 1951 endete die Debatte mit dem Sieg von Hansen und Cochran.¹⁸

Aus den offiziellen Texten der Vierten Internationale wird deutlich, wie mühsam die Meinungsbildung verlief.

– 1947 wurden die Pufferstaaten als kapitalistische Länder in einer Übergangssituation beschrieben:

»die Bürokratie [der UdSSR] wird sich auf Dauer als unfähig erweisen, erfolgreich eine wirkliche strukturelle Assimilierung durchzuführen, was die Zerstörung des Kapitalismus erfordert. Dies kann in einem so großen Ausmaß nur von einer proletarischen Revolution erreicht werden.«¹⁹

– 1949 lautete die Folgerung:

»Die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen der UdSSR und der Pufferzone [...] sind *qualitativer* Art, wenngleich *quantitativ* betrachtet die Gesellschaft der Pufferzone der Sowjetgesellschaft ähnlicher zu sein scheint als der 'normaler' kapitalistischer Länder, im gleichen Sinn wie die UdSSR selbst quantitativ dem Kapitalismus näher ist als dem Sozialismus.«²⁰

– 1951 kam man schließlich zu der Auffassung:

»die strukturelle Assimilierung dieser Länder an die UdSSR muß als jetzt im wesentlichen vollendet angesehen werden und diese Länder haben aufgehört grundsätzlich kapitalistische Länder zu sein.«

(Zur Unterscheidung von der UdSSR wurden die *Glacis*-Gesellschaften nicht als degenerierte, sondern als – von Anbeginn – deformierte Arbeiterstaaten bezeichnet.²¹⁾

Die Folge dieser Entwicklung war, daß die Sowjetunion nicht länger als der Prototyp eines Arbeiterstaates aufgefaßt wurde, sondern als ein Spezialfall. Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats wurde dennoch nicht geändert. Insofern hielt die »offizielle« trotzkistische Bewegung an den alten Ausgangspunkten fest.

4.2 Theorien des Staatskapitalismus

4.2.1 Trotzkistische Dissidenten

Die theoretischen Schwierigkeiten der AnhängerInnen der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats führten in mehreren Ländern zur Entstehung von oppositionellen Strömungen innerhalb der trotzkistischen Bewegung. Die meisten dieser Strömungen vertraten eine Staatskapitalismus-Theorie. Sie konnten dabei der Unterstützung durch die herausragende Wahrerin des politischen Erbes von Trotzki, seine Witwe Natalja Sedowa, sicher sein. Sie war schon seit etwa 1946 der Meinung, daß die Sowjetunion endgültig nicht mehr als Arbeiterstaat bezeichnet werden könne. 1951 brach sie mit der Vierten Internationale. In einem Offenen Brief an die einflußreichste Sektion innerhalb der Bewegung, die US-amerikanische Socialist Workers Party, begründete sie diesen Schritt:

»Immer wieder hat er [Trotzki] darauf hingewiesen, wie die Konsolidierung des Stalinismus in Rußland zur Verschlechterung der ökonomischen, politischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und zum Triumph einer tyrannischen und privilegierten Aristokratie führt. Wenn dieser Trend anhält, sagte er, wird die Revolution am Ende sein und die Restauration des Kapitalismus wird erreicht sein.

Dies ist unglücklicherweise tatsächlich geschehen, wenn auch in neuen und unerwarteten Formen. Es gibt schwerlich ein anderes Land in der Welt, in dem die authentischen Ideen und Träger des Sozialismus so barbarisch verfolgt werden. Es sollte jedem klar sein, daß die Revolution vollständig vom Stalinismus zerstört worden ist. Trotzdem sagt ihr weiterhin, daß Rußland unter diesem unsäglichen Regime immer noch ein Arbeiterstaat ist. Ich betrachte dies als einen Schlag gegen den Sozialismus.«²²

4.2.1.1 Grandizo/Péret

In Mexiko hatte sich um 1940 eine kleine Gruppe spanischer Trotzlisten niedergelassen, nachdem der Kampf gegen General Franco mit einer Niederlage geendet hatte. Die treibende Kraft unter diesen politischen Flüchtlingen war Manuel Fernandez Grandizo (1912-1989), dessen *nom de guerre* G. Munis lautete. Er hatte 1936 die spanische Sektion von Trotzki's Bewegung für eine Vierte Internationale gegründet,²³ war 1938 von den Stalinisten gefangengenommen worden und in dem darauffolgenden Jahr entkommen. Der nächste Mitarbeiter von Grandizo war der französische surrealistische Dichter Benjamin Péret, der ebenso einige Zeit in Mexiko verblieb und unter dem Pseudonym Peralta politische Arbeiten publizierte.²⁵

Grandizo und Péret traten 1946 mit ihrer Kritik an der offiziellen trotzkistischen Auffassung über den Klassencharakter der Sowjetunion nach außen. Einen wesentlichen Anlaß bildete das »Manifest«, das auf der im April dieses Jahres durchgeführten Konferenz der Vierten Internationale verabschiedet worden war. Die wichtigste These dieses Manifests ist, daß die eigene Analyse – auch dort, wo sie sich auf die Sowjetunion bezog – durch alle gegenwärtigen Ereignisse bestätigt worden sei.²⁶ Péret unterzog das Manifest in einer Broschüre einer äußerst scharfen Kritik; er qualifizierte es als ein der Vierten Internationale unwürdiges und selbstzufriedenes Dokument, erfüllt von seliger Eitelkeit (»vanité béate«). Spätestens seit dem Ribbentrop-Molotow-Pakt hätte deutlich sein müssen, schrieb Péret, daß von den Errungenschaften der Oktoberrevolution in der UdSSR nichts mehr geblieben ist. Die bürokratische Konterrevolution habe endgültig triumphiert und einen Staatskapitalismus etabliert.

Anders als diese nicht neue Sichtweise ist Pérets Charakterisierung der bürokratischen Elite originell. Denn während er Trotzki's Theorie des degenerierten Arbeiterstaats aufgab, verwendete er doch in gewissem Maße dessen Auffassung, daß die Elite keine herrschende Klasse, sondern eine andersgertete soziale Gruppe bilde. Eine herrschende Klasse, argumentierte er traditionell marxistisch, hat den Auftrag, die gesellschaftliche Formation (»système de propriété«) zu entwickeln, mit der sie verbunden ist. Sie erfüllt also, zumindest am Anfang einer historischen Epoche, eine fortschrittliche Funktion. Die bürokratische Elite in der Sowjetunion verkörpert jedoch keinen Fortschritt, sondern Dekadenz und Verrottung; sie muß daher anders charakterisiert werden. Péret sah hier zwei Möglichkeiten:

– *Einerseits* kann man die Bürokratie als »eine echte Klasse, deren Struktur sich noch entwickelt«, bezeichnen. Bilde sich diese Klasse jemals voll aus, werde sie doch niemals eine fortschrittliche Rolle, vergleichbar der der früheren Bourgeoisie, erfüllen können.

– *Andererseits* kann man die Bourgeoisie als eine Kaste bezeichnen, vergleichbar mit den Brahmanen der untergegangenen alten indischen Kultur. Den

religiösen Charakter einer solchen, in einer niedergehenden Formation sich entwickelnden sozialen Gruppe meinte Péret auch in der Sowjetunion wahrzunehmen, weil mit Stalin eine Art Prophet entstanden ist.²⁷

Grandizo arbeitete diesen Gedanken eines »Staatskapitalismus ohne vollständig entwickelte herrschende Klasse« in der Broschüre *Les révolutionnaires devant la Russie et le stalinisme mondial*²⁸ weiter aus.

Erstens versuchte er mit einer ökonomischen Begründung aufzuzeigen, daß es sich in der UdSSR um Staatskapitalismus handle. Seine ausführliche Argumentation lief etwa auf das Folgende hinaus: Im Kapitalismus werden die Lohnkosten möglichst niedrig gehalten, und das Mehrprodukt (verkörpert im Mehrwert) wird von den Kapitalisten für Investitionen oder unproduktive Konsumtion verwendet; in der Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus wird dagegen über die Verwendung des Mehrprodukts demokratisch von der ganzen arbeitenden Bevölkerung bestimmt, und der Lebensstandard der Massen wird steigen. In der Entwicklung in der Sowjetunion (sinkende Kaufkraft der Arbeiter, Verwendung des Mehrprodukts für eine forcierte Investitionspolitik und Konsumtion der Bürokratie) sind jedoch nicht die Merkmale der Übergangsgesellschaft, sondern des Kapitalismus sichtbar.

Zweitens versuchte Grandizo, genau wie Péret, die Klassenlage der Bürokratie mit einer historischen Analogie zu erläutern. Er verglich den internationalen Kapitalismus mit dem untergehenden Römischen Reich. Als das alte Imperium verfiel, der Übergang zum Feudalismus jedoch noch nicht vollendet war, fand eine Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Kreise statt: die Patrizier – die alte, zuvor überlegene Klasse – mußte neuen, energischen Elementen ohne Genealogie oder Geschichte Platz machen. Caesar und Octavianus waren die Protagonisten dieser Schicht, die die Staatsmacht ausdehnte und so die letzte Bastion gegen den gesellschaftlichen Untergang der römischen Gesellschaft bildete. Ebenso wie seinerzeit die Patrizier ist nun auch die internationale Bourgeoisie in Schwierigkeiten. Auch sie sieht sich in ihrer Niedergangsphase genötigt, die Macht Elementen zu übertragen, die an ihrer Stelle auftreten und das Bestehen des Systems verlängern: Sozialdemokraten und Stalinisten.

So betrachtet sei der Staatskapitalismus in der Sowjetunion ein Zeichen der Degeneration: Die Bourgeoisie hat zwar die proletarische Revolution ersticken können, aber es ist ihr nicht gelungen, eine dynamische herrschende Klasse an die Macht zu bringen. In einer sehr viel späteren Veröffentlichung hat Grandizo diese These weiter ausgearbeitet und Burnhams »managerial revolution« geradezu auf den Kopf gestellt: Die Manager in der Sowjetunion seien ebenso wie ihre westlichen Kollegen keine herrschende Klasse, sondern ein Symptom des Umstands, daß die alte Bourgeoisie geschwächt ist und darum reaktionäre Helfer ihre Geschäfte besorgen läßt.²⁹

4.2.1.2 James/Dunayevskaya

Cyril Lionel Robert (C.L.R.) James, ein aus Trinidad stammender Revolutionär, 1938 einer der Mitbegründer der Vierten Internationale,³⁰ und Raya Dunayevskaya (Pseudonym von Rae Spiegel), eine Amerikanerin, die einige Zeit zu Trotzki's MitarbeiterInnen gehört hatte,³¹ führten die »staatskapitalistische« Opposition im amerikanischen Trotzkiismus.

1940 hatte die Gruppe um James und Dunayevskaya – die auch nach deren Decknamen als Johnson-Forest-Tendenz bezeichnet wurde – mit Shachtman u.a. die Socialist Workers Party verlassen und die Workers Party gegründet. Die Debatte mit der Mehrheit in dieser neuen Organisation, die der Theorie des bürokratischen Kollektivismus anhing, wurde allmählich grundsätzlicher. 1948 schloß sich die Johnson-Forest-Tendenz merkwürdigerweise wieder der Socialist Workers Party an, bis 1951 der endgültige Bruch mit dem Trotzkiismus folgte und die Gruppe ihre Aktivitäten selbständig unter dem Namen »Facing Reality« fortsetzte.³²

Die allgemeine theoretische Entwicklung von James und Dunayevskaya in dieser Periode kann wie folgt zusammengefaßt werden: Um 1940 gelangten beide zu der Auffassung, daß Trotzki's Theorie des degenerierten Arbeiterstaats völlig unrichtig sei, da mit dieser Theorie das Eigentum des Staates an den Produktionsmitteln zu einem Fetisch im marxistischen Sinn³³ gemacht werde. Dieser partielle Bruch mit Trotzki war der Beginn einer zunehmenden Distanzierung von seiner Theorie insgesamt. James und Dunayevskaya begannen eine umfassende Reflexion über den Marxismus, seine Methoden und philosophischen Grundlagen, wobei sie – anders als in der angelsächsischen Tradition seinerzeit üblich – insbesondere zu einer von Marx' Quellen zurückkehrten: Hegel.³⁴

Gleichzeitig ging die Ablehnung von Trotzki's »Staatsfetischismus« einher mit einer starken Betonung des Einflusses der Produktionsverhältnisse auf das Leben des modernen Arbeiters. Die Gruppe publizierte Berichte von Arbeitern über ihre tägliche Arbeit³⁵ und versuchte, mehr im allgemeinen, die totalisierende hegelianisch-marxistische Sichtweise mit einer Darstellung »von unten her« zu verbinden.

Das Ergebnis war eine bis zu einem gewissen Maße eigene Theorie des Staatskapitalismus, die übrigens nicht ohne Schwierigkeiten entwickelt wurde. Der erste Ansatz stammte von James; Dunayevskaya, die ökonomisch beschlagener war und russische Quellen zu Rate ziehen konnte,³⁶ verfeinerte die Analyse.

In seinem ersten Artikel zu diesem Thema führte James als wesentliches Argument für die Existenz von Staatskapitalismus in der Sowjetunion an, daß die Arbeiter und Bauern dort lohnabhängig seien:

»Diese Vorherrschaft von Lohnarbeit macht die Produktionsmittel zu Kapital. Die Produktionsmittel, die in ihrer Funktion als Kapital von einem Teil der Gesellschaft monopolisiert sind, haben ein unabhängiges Leben und eigenständige Bewegung.«³⁷

James war sich jedoch gleichzeitig bewußt, daß Lohnarbeit auch während der ersten Jahre der Oktoberrevolution vorherrschte, als es sich nach seiner Auffassung noch um einen Arbeiterstaat handelte. Diesen logischen Widerspruch löste er so auf:

»Gab es im leninistischen Rußland Lohnarbeit? Nur formal; oder ja und nein, wie es in einem Übergangsstadium unvermeidlich ist, aber eher nein als ja [...] Während in einer kapitalistischen Gesellschaft das grundlegende Verhältnis in Lohnarbeit einerseits und Produktionsmitteln in der Hand von Kapitalisten andererseits besteht, war das Verhältnis im leninistischen Rußland: einerseits nur die Form der Lohnarbeit, weil andererseits die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter waren, die dieses Eigentum mittels des Staates besaßen.«³⁸

Faktisch, so scheinen wir hieraus ableiten zu können, ist es nicht die Lohnarbeit als solche, die eine Gesellschaft (staats)kapitalistisch macht – wie es aus dem ersten Zitat hervorzugehen scheint –, sondern die Verbindung von Lohnarbeit und fehlender proletarischer Herrschaft.

Nachdem James in dieser Weise die Charakterisierung des Sowjetsystems als Staatskapitalismus begründet hatte, setzte er noch einen zweiten Schritt: Sind ökonomische und politische Macht in einem Punkt konzentriert (der zentrale Staat) und die Arbeiter und Bauern in kapitalistischem Sinn lohnabhängig, dann, folgte er logisch, handelt es sich um einen »nationalen Kapitalisten«, einen Kapitalisten, der über ein ganzes Land verfügt, um Mehrwert zu pressen – und zwar nicht in der Form von Gewinn wie im Konkurrenzkapitalismus, sondern in Form kapitalistischer (bürokratischer) »Löhne«.

Diese Behauptung wirft jedoch ein Problem auf. Ein Kapital, das nicht mit anderen Kapitalen konkurriert, ist kein Kapital im marxistischen Sinn. Wenn die Sowjetunion nicht aus mehreren Kapitalen, sondern nur aus einem Kapital besteht, wie kann dann noch von Konkurrenz auf dem Markt die Rede sein? In einem zweiten Artikel versuchte James, diese Frage zu beantworten. Er suchte die Lösung in einer neuen Richtung: dem Weltmarkt. Die Konkurrenz des nationalen Sowjetkapitals mit anderen Ländern und Kapitalen werde dafür sorgen, daß das Wertgesetz in der UdSSR in Kraft bleibe.

»[...] Stalinistische Ökonomie wird durch Löhne reguliert, und diese Löhne werden durch das Wertgesetz bestimmt. Aufgrund der enormen Kosten einer Klassengesellschaft in der modernen Welt; der Notwendigkeit, mit anderen Staaten bei der andauernden technischen Revolution der Produktion und der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mitzuhalten; der Wahl zwischen Autarkie (mit enormem Anstieg der Produktionskosten) oder dem Eindringen in den Weltmarkt (und damit von all dessen Schwankungen abhängig zu sein); des imperialistischen Kampfs und einer rückständigen Ökonomie –

all dies zwingt Stalin, Arbeit genauso zu behandeln wie in Deutschland, sie als eine Ware zu behandeln, bezahlt zu den Kosten ihrer Produktion und Reproduktion.«³⁹

Drei Aspekte scheinen in dieser nicht durchweg klaren Passage impliziert zu sein:

1. Die UdSSR versucht, ihre eigenen Waren so billig wie möglich zu produzieren, um sie nicht auf dem Weltmarkt kaufen zu müssen und/oder um sie auf dem Weltmarkt verkaufen zu können (»die Notwendigkeit mitzuhalten«).
2. Die UdSSR versucht, bestimmte Waren aus dem Ausland zu beziehen, weil deren Produktion im eigenen Land zu teuer wäre (»Autarkie [mit enormem Anstieg der Produktionskosten]«).
3. Die Arbeitskraft in der UdSSR ist eine Ware, weil die Löhne dort so niedrig wie möglich gehalten werden (»bezahlt zu den Kosten ihrer Produktion und Reproduktion«).

Dunayevskaya vertiefte die von James vorgetragenen Argumente. Nachdem sie zuerst in drei Artikeln eine Fülle von Informationen aus russischen Quellen über die sozialökonomischen Verhältnisse in der UdSSR zusammengetragen und unter anderem aufzuzeigen versucht hatte, daß die neue herrschende Klasse – von ihr definiert als der »avancierteste« Teil der Intelligentsia – 2,05 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmache⁴⁰, entwickelte sie in einem dreiteiligen Essay Ende 1946, Anfang 1947 eine recht systematische Theorie.

Ebenso wie zuvor Worrall begann Dunayevskaya mit einem »Beweis«, daß Marx den Staatskapitalismus als Möglichkeit erkannt habe. Sie berief sich auf eine andere Passage aus *Das Kapital* als der Australier, und zwar auf den Absatz, in dem über die äußerste Grenze der Kapitalzentralisation gesprochen wird: die Vereinigung des gesamten gesellschaftlichen Kapitals eines Landes in der Hand eines einzelnen Kapitalisten oder einer Kapitalgesellschaft.⁴¹

Danach versuchte Dunayevskaya – wiederum gleich Worrall – aufzuzeigen, daß in der UdSSR diese theoretische Möglichkeit Wirklichkeit geworden ist. Orthodox-marxistisch stellte sie fest, daß im Staatskapitalismus das Hauptgesetz des Kapitalismus – das Wertgesetz – gelten müsse, aber die Art und Weise, in der das Kapital sich den Mehrwert aneignet, anders als im »gewöhnlichen« Kapitalismus zu sein hat. Beides traf ihrer Meinung nach auf die UdSSR zu. Einerseits finde die Aneignung des Surplus auf neue Weise – über den zentralen Plan – statt, andererseits setze sich das Wertgesetz auf verschiedenen Wegen durch: der Gegensatz zwischen arm und reich ist gewachsen, die Arbeiter *müssen* bei Strafe des Verlusts ihres Lebensunterhalts ihre Arbeitskraft zu ihrem Wert verkaufen, die Produktion von Produktionsmitteln ist wichtiger als die Produktion von Konsumgütern, es gibt (verborgene) Arbeitslosigkeit, es findet ein fortwährender Kampf mit anderen Kapitalisten um den Weltmarkt statt, und ständig entstehen Krisen aus ökonomischen Koordinationsproblemen.

Dies neue System war Dunayevskaya zufolge in der Mitte der dreißiger Jahre entstanden. Die Konterrevolution habe anders ausgesehen als die Marxisten erwartet hatten: nicht gewaltsam, sondern schleichend. Allmählich sind die Arbeiterrechte abgebaut worden. Dann haben Stachanowismus und Leistungslohn die Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt. Danach, 1936, ist die Macht der Bürokratie als herrschende Klasse über eine neue Verfassung legitimiert und während der großen Säuberungen die alte Garde der Bolschewiki eliminiert worden.

Die hier noch mehr oder minder beiläufigen Verweise auf den Stachanowismus und die vollständige Trennung zwischen Arbeitern und Produktionsmitteln wurden in den folgenden Veröffentlichungen von James und Dunayevskaya stärker betont – parallel zu dem erwähnten zunehmenden Interesse an der täglichen Arbeit der modernen Arbeiter. In seiner Broschüre *State Capitalism and World Revolution* aus dem Jahr 1950 konstruiert James eine vollständige Analogie zwischen hochentwickelten US-amerikanischen Betrieben wie Ford einerseits und dem Sowjet-Staatskapitalismus nach 1936 andererseits. Beide Organisationen zwingen die Arbeiter auf gleiche Weise (Fließband, Leistungslohn usw.) zu stumpfsinniger Arbeit, während die Kenntnis des Produktionsprozesses an anderer Stelle, in den bürokratischen Apparaten, konzentriert sei und systematisch angewendet werde, um den Akkumulationsprozeß zu fördern und die Arbeiter zu disziplinieren.⁴²

Die verschiedenen relevanten Publikationen von James und Dunayevskaya zusammengenommen ergeben ein Bild von der Sowjetunion als ein durch eine Fusion von Staat und Kapital entstandener gigantischer kapitalistischer Konzern, der über die zentralisierte Planung seine eigenen Arbeiter unterdrückt und ausbeutet und der auf dem Weltmarkt mit anderen Konzernen und Ländern konkurriert.

4.2.1.3 Castoriadis/Lefort

Seit 1946 bildeten der aus Griechenland stammende Ökonom Cornelius Castoriadis und der dem Kreis um Merleau-Ponty entstammende Philosoph Claude Lefort eine Opposition in der französischen Sektion der Vierten Internationale.⁴³ Nach ihren Organisationsnamen wurde die Gruppe als Tendenz Chaulieu-Montal bezeichnet. In zwei internen Diskussionspapieren aus den Jahren 1946 bzw. 1947 präsentierten sie ihre dissidenten Positionen. Sie distanzieren sich von der trotzkistischen Auffassung, daß die Sowjetunion ungeachtet ihrer vielen Mängel doch – als Arbeiterstaat – gegen den Kapitalismus verteidigt werden müsse, und sie behaupteten, daß in der Sowjetunion eine neue Elite, die Bürokratie, im vollständigen Besitz der Macht sei und diese Elite ausschließlich ihre eigenen Interessen, nicht aber die der Arbeiter

vertrete. Die Sowjetunion bilde einen neuen Gesellschaftstyp, der ebenso wie der westliche Kapitalismus nach Expansion strebe.⁴⁴

Die Ausführungen von Castoriadis und Lefort wiesen anfänglich in die Richtung einer nicht weiter ausgearbeiteten Variante der Theorie des Staatskapitalismus. Von 1948/49 an bezeichneten sie jedoch die von Stalin beherrschte Gesellschaft als »bürokratischen Kollektivismus«, ohne es für nötig zu erachten, diesen Kurswechsel zu begründen. Die Ursache dieser Beliebigkeit, mit der sie die UdSSR mit diesem oder auch jenem »Etikett« versahen, wurde besonders deutlich, als 1949 die ersten Ausgaben der Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* erschienen, die Castoriadis, Lefort u.a. nach ihrem im Jahr zuvor erfolgten Austritt aus der Vierten Internationale herausgaben. Hier betonten die Dissidenten nun, daß in der Sowjetunion Ausbeutung und Unterdrückung bestehen; die Frage nach deren exakten ökonomisch-theoretischen Implikationen bewegte sie erheblich weniger.

Ausbeutung wurde von Castoriadis definiert als: das gesellschaftliche Verhältnis, in dem eine soziale Gruppe kraft ihrer speziellen Beziehungen zum Produktionsapparat in der Lage ist, sich einen Teil des gesellschaftlichen Produkts, dessen Umfang nicht dem eigenen Beitrag zu diesem Produktionsprozeß entspricht, anzueignen. Die Sowjetbürokratie ist seiner Meinung nach eine solche ausbeutende soziale Gruppe, denn sie verfügt über die Produktionsmittel und Verteilungswege und verwaltet den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Sie verkörpert daher die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Daß sie – im Gegensatz zur traditionellen Bourgeoisie – als Kollektiv herrscht und ausbeutet, macht die Sowjetunion nicht minder kapitalistisch, denn kapitalistische Ausbeutung beinhaltet,

»daß die Produzenten weder individuell über die Produktionsmittel verfügen (Handwerker) noch kollektiv (Sozialismus); daß die lebendige Arbeit nicht die tote Arbeit beherrscht, sondern im Gegenteil durch die Individuen, die sie [die tote Arbeit – Anm. d. Übers.] verkörpern, beherrscht werden (die Kapitalisten).«⁴⁵

Natürlich verändert der Umstand, daß es in der UdSSR nur *einen* allmächtigen Arbeitgeber gibt, die Position der Arbeiter. Denn während die Lohnabhängigen im Konkurrenzkapitalismus ihren Herrn wechseln können, ist die Freiheit der sowjetischen Arbeiter beschränkt: Im allgemeinen können sie weder Arbeit noch Wohnort, geschweige denn ihr Land verlassen. In diesem Sinn gleicht ihre Position etwa der von Leibeigenen.

Mit diesen beschränkten Bewegungsmöglichkeiten der Arbeiter hängt zusammen, daß ihrer Ausbeutung kaum Grenzen gesetzt sind. Während im Konkurrenzkapitalismus die Höhe des Lohns und andere Arbeitsbedingungen zwischen Kapital und Arbeit ausgehandelt werden, bestimmt die Sowjetbürokratie einseitig die Konditionen. Sie ist dabei naturgemäß an bestimmte Grenzen gebunden (z.B. das physiologische Minimum, das Arbeiter am Leben hält), aber ihr Manövrierraum bleibt außerordentlich groß.

Die Arbeiter ihrerseits, ihrer autonomen Organisationen beraubt und auf ein Existenzminimum niedergedrückt, sehen nur zwei Möglichkeiten zum Widerstand: Diebstahl (von Halb- und Endprodukten, Werkzeugen usw.) und Gleichgültigkeit, wie sie sich u.a. in fehlerhaften Produkten äußert.

Dieser ganze Zustand – der als Kombination vollständiger Machtkonzentration bei einer kleinen sozialen Gruppe mit einer »fürchterlichen Krise der menschlichen Arbeitsproduktivität«⁴⁶ charakterisiert werden könne – ist den sowjetischen Arbeitern in gewissem Sinne selbst anzulasten. Sie haben nicht begriffen, daß die nach 1917 durchgeführte Enteignung der Kapitalisten nur die »negative Hälfte« einer proletarischen Revolution gewesen ist. Die positive Hälfte besteht jedoch in der Übertragung aller Macht an die Arbeiterklasse. Die sowjetischen Arbeiter sind von diesem Verständnis noch nicht durchdrungen gewesen, so daß ihr eigenes Handeln (eigentlich: ihr Nichthandeln) die Bürokratie an die Macht gebracht hat:

»Nachdem sie die bürgerliche Regierung gestürzt hatten, nachdem sie die Kapitalisten – oft ungeachtet des und gegen den Willen der bolschewistischen Regierung – enteignet hatten, nachdem sie die Fabriken besetzt hatten, glaubten die Arbeiter, daß es ganz selbstverständlich sei, die Führung der Regierung zu überlassen, der bolschewistischen Partei und den Gewerkschaftsführern. Auf diese Weise gab das Proletariat selbst seine Hauptrolle in der neuen Gesellschaft, die es schaffen wollte, preis.«⁴⁷

Castoriadis und Lefort stellten zwar eine Anzahl von Fragen nicht, die für James und Dunayevskaya gerade von großer Bedeutung gewesen waren (z.B. die Frage des Weltmarkts), aber ihre Akzentuierung der Machtverhältnisse auf der Betriebsebene erinnerte sehr an die Johnson-Forest-Tendenz. Es kann darum auch kaum erstaunen, daß Chaulieu-Montal und Johnson-Forest miteinander Kontakt unterhielten, daß *Socialisme ou Barbarie* Veröffentlichungen der Amerikaner übernahm und Castoriadis und Dunayevskaya noch in den sechziger Jahren zusammenarbeiteten.⁴⁸

4.2.1.4 Cliff

Der aus Palästina stammende Trotzkiist Ygael Gluckstein – er publiziert unter dem Decknamen Tony Cliff⁴⁹ – führte seit etwa 1947 eine »staatskapitalistische« Opposition in der britischen Sektion der Vierten Internationale. Nachdem er seit 1946 zunächst sowohl die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats wie die Theorie des bürokratischen Kollektivismus kritisiert hatte, publizierte er 1948 eine umfangreiche Darstellung seiner eigenen Auffassungen unter dem Titel *The Nature of Stalinist Russia* – ein Werk, das in überarbeiteter und erweiterter Form bis in die achtziger Jahre mehrfach neu aufgelegt wurde.

Die Ereignisse in Osteuropa nach 1944 hatten Cliff zur Überprüfung seiner bisherigen politischen Position veranlaßt. Wenn, wie von einigen behauptet

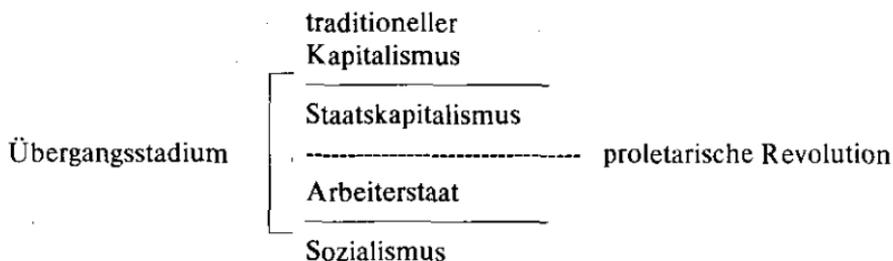
wurde, die Pufferstaaten Arbeiterstaaten sind, dann, folgerte er, ist Stalin faktisch der Mann, der dort die proletarischen Revolutionen verwirklicht hatte. Wäre das aber der Fall, wäre es auch möglich, Arbeiterstaaten ohne proletarische Selbsttätigkeit aufzubauen. Cliff sah sich damit vor die Alternative gestellt: Entweder besteht das osteuropäische *Glacis* aus Arbeiterstaaten, und dann kann die Befreiung der Arbeiter auch das Werk anderer als das ihre sein; oder die Arbeiterklasse kann sich nur selbst befreien, und dann ist die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats unhaltbar. Seine Entscheidung stand damit fest:

»Als ich zur Theorie des Staatskapitalismus kam, war dies keine Folge einer langen Analyse des Wertgesetzes in Rußland oder der Wirtschaftsstatistiken in Rußland. Nichts dieser Art. Ich kam zu dieser Theorie durch die simple Feststellung, daß, wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse die Tat der Arbeiterklasse ist, man keinen Arbeiterstaat haben kann, ohne daß die Arbeiter die Macht haben zu bestimmen, was in der Gesellschaft geschieht.

So hatte ich zu wählen zwischen dem, was Trotzki sagte – das Wesentliche bei Trotzki ist die Selbsttätigkeit der Arbeiter –, oder den Eigentumsverhältnissen. Ich entschied mich, die Eigentumsform als die Frage bestimmend auszuschließen.«⁵⁰

Cliff knüpfte an den von Trotzki vor 1933 vertretenen Standpunkt an, daß es nur dann sinnvoll ist, von einem Arbeiterstaat zu sprechen, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt und im Besitz der direkten Herrschaft über die Produktionsmittel ist. Sobald dies nicht mehr gegeben ist, könne man auch nicht mehr von einem Arbeiterstaat sprechen, ob man diesen nun »degeneriert« nenne oder nicht. In diesem Sinn könne für die Periode 1917-28 noch von einem Arbeiterstaat gesprochen werden – wenn auch mit einer sich gesellschaftlich verselbständigenden Bürokratie –, doch nicht mehr für die Zeit danach. Der erste Fünfjahresplan war eine revolutionäre, qualitative Veränderung: Die Bürokratie begann in diesem Moment in hohem Tempo den historischen Auftrag der Bourgeoisie (die Schaffung eines umfangreichen Proletariats und die Akkumulation von Kapital) auszuführen.⁵¹

Der unter Stalin konsolidierte Staatskapitalismus wurde von Cliff als »die äußerste theoretische Grenze, die der Kapitalismus erreichen kann«⁵², bezeichnet. So wie der Arbeiterstaat die Übergangsphase zum Sozialismus jenseits der proletarischen Revolution verkörpert, ist der Sowjet-Staatskapitalismus die letzte Übergangsphase des Kapitalismus vor dieser Revolution. Schematisiert kann man diesen Gedanken so wiedergeben:



Während der Übergang vom Staatskapitalismus zum Arbeiterstaat notwendig gewaltsam ist, da das bürgerliche Militär der herrschenden Klasse nicht allmählich entrissen werden kann, ist der umgekehrte Übergang, wie etwa 1928 in der UdSSR, auch ohne Gewalt möglich. Erforderlich ist hierfür ausschließlich, daß die interne Demokratie im Militär allmählich abgebaut und durch eine von der Arbeiterklasse nicht zu kontrollierende Befehlsstruktur ersetzt wird.⁵³

Worin besteht dieser Staatskapitalismus? Cliff, der offenbar die zeitgenössische Literatur aufmerksam studiert hat,⁵⁴ verbindet Elemente verschiedener früherer marxistischer Beiträge zu einem eigenen, sehr geschlossen wirkenden Ganzen. Mit Hilferding ist er der Meinung, daß der Preismechanismus in der Sowjetunion nicht Ausdruck autonomer ökonomischer Aktivität ist, sondern nur ein (nicht völlig willkürlich angewendetes) Instrument, mit dem der Staatsapparat Produktion und Arbeitsteilung der gesamten Gesellschaft reguliert. Mit Dunayevskaya und James teilt er die Auffassung, daß die einzelnen Unternehmen in der UdSSR keine autonomen ökonomischen Einheiten bilden, sondern nur kleine Teile eines größeren Ganzen sind. Betrachtet man die Sowjetunion isoliert, also ohne den internationalen Kontext einzubeziehen, dann gleicht sie buchstäblich einer großen Fabrik, die von einem zentralen Punkt aus geleitet wird. Der kapitalistische Charakter dieses großen Staatsbetriebs wird erst deutlich, wenn man die Weltverhältnisse in die Analyse einbezieht; dann wird sichtbar, daß sich die Sowjetunion in einer Lage befindet, die mit jedem einzelnen kapitalistischen Unternehmen, das unter Konkurrenzverhältnissen zu bestehen versucht, vergleichbar ist.

Cliff beläßt es jedoch nicht bei dieser Feststellung. Während James und Dunayevskaya die genaue Art des Wettstreits zwischen der UdSSR und ihren äußeren Konkurrenten in ihre Untersuchung nicht einbezogen hatten, entwickelt Cliff hierzu eine eigene Theorie. Sein Ausgangspunkt ist die folgende Beobachtung:

»Bisher war Rußlands Wirtschaft zu rückständig, um den Weltmarkt mit ihren Waren zu überschwemmen. Sein eigener Markt ist gegen die Überschwemmung durch fremde Waren mit dem Mittel des Staatsmonopols über den Außenhandel geschützt, das nur mit militärischer Macht zerstört werden kann.«⁵⁵

Dieser Umstand könnte annehmen lassen, daß die Sowjetunion als Kapital *nicht* mit anderem Kapital konkurriert. Und wenn dies der Fall ist, könnte dann noch sinnvoll von »Kapital« gesprochen werden? Cliff meint, diesen Einwand durch die Behauptung entkräften zu können, daß die internationale Konkurrenz nicht im Austausch von Waren, sondern von Gebrauchswerten in Form von Waffen besteht. Diese »Innovation« des Marx'schen Wertgesetzes – in dem nur von Konkurrenz über realisierten Wert (effektiver Verkauf von Waren) die Rede ist – wird von Cliff wie folgt verteidigt:

»Wert ist der Ausdruck des Wettbewerbs zwischen unabhängigen Produzenten; Rußlands Wettbewerb mit dem Rest der Welt drückt sich aus in der Erhöhung des Gebrauchswertes als eines Zwecks, der dem endgültigen Zweck des Sieges in diesem Wettbewerb dient. Gebrauchswerte, während sie ein Zweck sind, bleiben immer noch ein Mittel.«⁵⁶

4.2.2 Bordiga

Amadeo Bordiga (1889-1970), der ehemalige Führer der Kommunistischen Partei Italiens, der 1930 aus dieser Organisation ausgeschlossen worden war, hatte bis zum endgültigen Sturz Mussolinis ein fast vollständiges Schweigen über politische Themen gewahrt.⁵⁷ Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich sein Einfluß nur noch auf einige marginale politische Gruppierungen in u.a. Frankreich und Italien erstreckte, begann er jedoch eine umfangreiche publizistische Tätigkeit zu entfalten. Marxistische »Invarianz« (die Unveränderlichkeit historisch-materialistischer Prinzipien, wie er sie interpretierte) stark betonend, sah Bordiga seine vornehmste Aufgabe darin, Lehren aus der jüngsten Geschichte zu ziehen.

In diesem Prozeß kritischer historischer Rekonstruktion nahm die Analyse der aus der Oktoberrevolution entstandenen Gesellschaft einen zentralen Platz ein. Von 1946 bis zu seinem Tod 1970 publizierte Bordiga eine beeindruckende Anzahl von Artikeln über die Sowjetunion, die später häufig in Buchform zusammengefaßt erschienen. Der Höhepunkt dieses Werkes liegt, nach Riechers Worten, zwischen Stalins Tod 1953 und dem Start des Sputnik 1957.⁵⁸ Bordiga unterschied sich von den meisten anderen Marxisten dieser Zeit durch sein Bestreben, auch einen detaillierten empirischen Einblick in die Verhältnisse in der UdSSR zu gewinnen.

Abgesehen von einem frühen Essay, der unter dem Pseudonym »Alfa«⁵⁹ erschien, sind Bordigas wichtige (meist anonym publizierte) Beiträge in zwei Kategorien einzuteilen. Erstens: Vorträge, die er bei Zusammenkünften »seiner« politischen Partei, der Partito Comunista Internazionalista, hielt. Diese offenbar sehr umfangreichen Ausführungen wurden in Fortsetzungen in dem Parteiorgan *Il Programma Comunista* publiziert. Wesentlich sind vor allem:

- Die Rede auf einem Treffen in Bologna am 31. Oktober und 1. November 1954, die unter dem Titel »Russia e rivoluzione nella teoria marxista«⁶⁰ erschienen ist.
- Die Reden auf den Treffen in Neapel am 24. und 25. April 1955 und in Genua am 6. und 7. August 1955, die unter dem Titel »Struttura economica e sociale della Russia d'oggi«⁶¹ publiziert wurden.

Sodann die imaginären Dialoge. Jedes dieser Zwiegespräche – die jedoch eher Monologen gleichen – ist in drei »Tage« eingeteilt und erläutert den Standpunkt des Autors zu einem sowjetischen Text. Die betreffenden Publikationen sind:

- »Dialogato con Stalin« (1952), eine Kritik an Stalins Essay »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« aus demselben Jahr⁶² und
- »Dialogato coi morti« (1956), eine Reaktion auf Chruschtschows Enthüllungen während des XX. Parteikongresses der KPdSU.⁶³

Daneben ließ Bordiga Betrachtungen über etliche andere Themen erscheinen, in denen er mehr oder weniger nebenbei auch auf den Stalinismus und die Sowjetgesellschaft eingeht.⁶⁴

Die Konzentration auf die Entwicklung der Sowjetunion, die aus Bordigas spätem Werk ersichtlich ist, wurde von der gesamten »bordigistischen« Strömung geteilt. Dies ging so weit, daß ein tiefgreifender Meinungsunterschied über den Stalinismus 1952 zur Spaltung führte.⁶⁵

Bordiga begreift die Revolution von 1917 primär als eine antifeudale, d.h. bürgerliche Umwälzung, in der die Bourgeoisie (der er auch die Bauern zuschlägt) und das Proletariat ein befristetes Bündnis eingegangen sind. Eine solche bürgerliche Revolution mit starkem Arbeitereinfluß könne zu drei Ergebnissen führen:

1. Der Sieg, der primär einen Sieg für das Bürgertum impliziert, wird von der Arbeiterbewegung in eine proletarische Revolution umgewandelt; dies ist Marx' Modell der »Revolution in Permanenz«.
2. Dem Sieg folgt eine Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft.
3. Die Niederlage, welche die Wiederherstellung der alten absolutistischen Ordnung zur Folge hat.⁶⁶

Die Bolschewiki haben den ersten Weg angestrebt, aber sie sind gescheitert. Die internationale Bourgeoisie verstand es – wegen des Abebbens revolutionären Elans namentlich in West- und Mitteleuropa und der damit verbundenen Isolierung der Sowjetgesellschaft –, im Lauf der zwanziger Jahre die zweite Variante zum Sieg zu führen. Dies geschah in augenscheinlich unblutiger Weise, ohne formelle Ersetzung der machthabenden Elite, während »einer langen Periode der Involution«⁶⁷. Die feudalen Ketten wurden so binnen kurzem von einem sich gewaltsam entwickelnden Kapitalismus beseitigt.

Während Trotzki und andere die Sowjetunion als einen *nachkapitalistischen* Komplex einschätzten und Cliff und andere einen *entwickelten* Kapita-

lismus wahrnahmen, handelte es sich Bordiga zufolge um einen sehr *frühen* Kapitalismus, in seinen eigenen Worten: einen »Übergang nicht *weg vom*, sondern *hin zum* Kapitalismus«⁶⁸. Noch 1952 verglich Bordiga das Entwicklungsniveau der Sowjetgesellschaft mit dem Deutschlands, Österreichs und Italiens nach 1848.⁶⁹

Bei seiner Charakterisierung der Verhältnisse in der Sowjetunion als frühem Kapitalismus geht Bordiga von einem sehr eigensinnigen Kapitalismus-Begriff aus. Soziologische Faktoren, wie zum Beispiel die Existenz oder Nichtexistenz einer herrschenden Klasse, oder politische Faktoren, wie die Art der Staatsintervention, spielen seiner Auffassung nach keine Rolle bei der Definition. Um Kapitalismus handelt es sich für ihn immer dann, wenn eine Ökonomie aus Unternehmen aufgebaut ist, die ihre Einkünfte und Ausgaben in einem allgemeinen quantitativen Äquivalent (»Geld«) ausdrücken und einen größtmöglichen Unterschied zwischen Einsatz und Ergebnis (»Gewinn«) anstreben. Diese Beschreibung ist unabhängig von der Frage, wer sich diesen »Gewinn« aneignet:

»Um Kapitalismus handelt es sich stets, wenn Produkte auf den Markt gebracht oder jedenfalls als Aktiva des Betriebes, der eine selbständige, allerdings sehr große ökonomische Insel ist, 'verbucht' werden, während der Lohn der Arbeiter auf die Seite der Passiva gebracht wird. Die bürgerliche Ökonomie ist Ökonomie mit doppelter Buchführung. Das bürgerliche Individuum ist nicht ein Mensch, es ist eine Firma.«⁷⁰

»Wir begreifen jedes System der Warenproduktion in der modernen Welt, d.h. in der Welt der *assoziierten Arbeit* bzw. der Zusammenfassung von Arbeitern in Produktionsbetrieben, als *kapitalistische Ökonomie*.«⁷¹

Auf Grund dieser Definition fiel es Bordiga selbstredend nicht schwer, konsequent logisch den kapitalistischen Charakter der Sowjetgesellschaft zu »beweisen«.

Der Umstand, daß der Sowjetstaat qualitativ anders geartet war als die Staaten des »gewöhnlichen« Kapitalismus, kümmerte Bordiga, wie gesagt, wenig. Der Staat gehöre zum Überbau und könne deshalb bei der Charakterisierung der Produktionsverhältnisse keine bedeutende Rolle spielen. Der Staat in der UdSSR verkörpere darüber hinaus nicht die Macht einer selbständigen Klasse – er könne höchstens als der *Vertreter* einer solchen Macht angesehen werden. Sich gegen Burnham absetzend behauptete Bordiga, daß Staatsbürokratien durch die ganze Geschichte hindurch nur Instrumente der herrschenden Klasse gewesen seien, aber niemals selbst eine herrschende Klasse verkörpert hätten. Darüber hinaus verliere das Reden über eine herrschende Bürokratie auch noch aus einem anderen Grunde jeden Sinn: Die Mehrheit der Bevölkerung stehe doch im Dienst des Staates.⁷²

Obwohl der Kapitalismus triumphiert habe, sei doch keine neue Kapitalistenklasse entstanden. Der Staat sei nur ein Vermittler, ein »canale emulatore«,

durch den die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt werde. Die wahren Profiteure dieses Zustands seien die russischen Bauern und die internationalen Bourgeoisien.⁷³

4.3 Theorien der neuen Produktionsweise

4.3.1 Guttman

Josef Guttman (1902-1958) hat einige Zeit als einer der vielversprechendsten jungen Kommunisten der Tschechoslowakei gegolten. Seit der Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei 1921 war er, damals neunzehn Jahre alt, aktives Mitglied. Acht Jahre später wurde er in das Politbüro und zum Chefredakteur des Parteiorgans *Rudé Právo* gewählt. 1931 folgte die Ernennung zum Mitglied des Politischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale.

Diese steile Karriere fand jedoch ein schnelles Ende, als Guttman 1932 die von den deutschen Kommunisten gegenüber Hitler geübte Taktik zu kritisieren begann. Des »Trotzkismus« beschuldigt – eine Strömung, zu der er tatsächlich tendierte – wurde er 1933 aus allen leitenden Parteiorganen entfernt.⁷⁴

Nachdem Guttman 1938 aus der Tschechoslowakei geflüchtet war, war er über Kopenhagen und London in die Vereinigten Staaten gegangen; dort beteiligte er sich aktiv an der politischen Diskussion der sozialistischen Emigranten aus Europa. Er entwickelte seine eigene Theorie der Sowjetunion, die er während einer Zusammenkunft im Hause des Mitemigranten Karl August Wittfogel vorstellte und 1944 unter dem Pseudonym »Peter Meyer« publizierte.⁷⁵

Guttman widersprach dem *tertium-non-datur*, was explizit oder implizit der Ausgangspunkt sowohl der Theoretiker des Staatskapitalismus wie der des (degenerierten) Arbeiterstaates ist. Sie verweisen auf das Fehlen bestimmter Kennzeichen des Kapitalismus oder Sozialismus und leiten daraus ab, daß es sich *folglich* um das andere System handelt. Guttman wollte jedoch eine dritte Möglichkeit in Betracht ziehen: Beide Einschätzungen sind zutreffend, soweit sie *negative* Aussagen über die Sowjetunion formulieren. In der UdSSR fehlen Bourgeoisie und dominierendes Wertgesetz, wie die »Sozialisten« und »Arbeiterstaat«-Anhänger sagen; aber auch soziale Gleichheit, Freiheit und Demokratie bestehen nicht, wie die »Staatskapitalisten« urteilen. Erst die *Kombination* beider Auffassungen könne wirklich Einblick in die stalinistische Formation verschaffen:

»Es beginnt sich nun zu zeigen, daß beide Seiten in ihren negativen Feststellungen recht hatten und beide im Unrecht sind, wo sie von diesen einen halbsbrecherischen Sprung [...] zu ihren Schlußfolgerungen machen. Vielleicht gibt es weder Kapitalismus noch Sozialismus in Rußland, sondern etwas Drittes, etwas ganz Neues in der Geschichte.«⁷⁶

Nachdem er auf die beherrschende Rolle des Staates in der Ökonomie, den Hunger und das Sinken der Reallöhne, die Einkommensunterschiede, die Machtlosigkeit der Arbeiter und das Fehlen politischer Rechte hingewiesen hatte, folgerte Guttman, daß in der Sowjetunion Ausbeuter und Ausgebeutete, Herrschende und Beherrschte existieren. Doch sei die herrschende Klasse von einem anderen Typus als die Bourgeoisie. Schematisch kann Guttmanns Interpretation so wiedergegeben werden:

	Kapitalismus	Sowjetunion
Produktionsmittel	Herrschaft durch das Recht auf Privateigentum Herrschaft durch einzelne Unternehmer	Herrschaft durch das Recht auf gesellschaftliche Verwaltung Herrschaft durch hierarchische Kollektivität
Arbeitskraft	Arbeiter kann den Unternehmer, dem er seine Arbeitskraft (für eine bestimmte Zeitdauer) verkaufen „will“, selbst bestimmen	Arbeitskraft des Arbeiters gehört für unbeschränkte Zeit dem kollektiven Ausbeuter
Lohnniveau	Trennungslinie zwischen Wert und Mehrwert wird durch den auf Konkurrenz basierenden Arbeitsmarkt bestimmt, mit Automatismen, die als ökonomische Gesetze wirken	Trennungslinie zwischen Gesamt- und Mehrprodukt wird durch das bürokratische Streben nach Ausbeutung bestimmt. Das Lohnniveau wird an eine Grenze gedrückt, unterhalb derer die Arbeiterklasse auszusterben droht

Guttman verzeichnet in der Sowjetunion auch Zwischenklassen, vergleichbar mit den kleinen Warenproduzenten und dem Kleinbürgertum im Kapitalismus (Kolchos-Bauern, Arbeiteraristokraten wie die Stachanowiki usw.). Ihre Existenz kann jedoch nicht verhindern, daß sich die Klassengrenze

zwischen Herrschern und Beherrschten mit erstaunlicher Schnelligkeit schließt. Durch Patronage, ein Erziehungsmonopol und Vererbung werde die Bürokratie in der Zukunft überwiegend aus Kindern der Bürokraten bestehen.

Anders als frühere Theoretiker der neuen Klassengesellschaft hat Guttman auch ein Auge für strukturelle Widersprüche und Disproportionen des bürokratischen Systems. Erstens konstatiert er einen verhängnisvollen Kreislauf des Akkumulationsprozesses: Weil die gesellschaftliche Position jedes Mitglieds der herrschenden Klasse – Ansehen, Gehalt usw. und dann und wann sogar das Leben – von der Verwirklichung des Plans abhängt und weil die An- und Verkaufspreise der Güter von oben bestimmt sind, sieht jeder Bürokrat sich genötigt, die Löhne zu senken und das Arbeitstempo hochzuschrauben.⁷⁷ Die Unterernährung der Arbeiter als Folge der niedrigen Löhne berührt jedoch die Arbeitsproduktivität und mindert so das gesellschaftliche Produkt, so daß die Bürokraten erneut den Lebensstandard der Arbeiter senken müssen, um den geplanten Umfang der Produktion realisieren zu können.

Zweitens führte der Mangel kapitalistischer und sozialistischer Korrektive (Preise, Gewinne usw. einerseits, demokratische Kontrolle andererseits) dazu, daß die ganze Planung chaotisch wird:

»[...] Anordnungen und Kritik 'nur von oben' sind kein Ersatz für öffentliche Kontrolle. Wenn Befehle von oben nicht einmal dann kritisiert werden dürfen, wenn es sinnlos und unmöglich ist, sie auszuführen, dann muß ihre Ausführung vorgetäuscht werden. Das despotische System zwingt jeden zu lügen. [...] Irrtümer der Planung sind auch mit der besten Statistik unvermeidlich. Aber unter Bedingungen wie diesen werden sie die Regel.«⁷⁸

Daß die Bürokratie sich ungeachtet dieser strukturellen Schwächen sowohl intern wie im Kampf gegen Nazi-Deutschland hat behaupten können, erklärt Guttman schließlich aus dem Vorteil, den die Planwirtschaft dennoch biete: In einer Notsituation können alle Menschen und Materialien rücksichtslos auf ein Gebiet konzentriert werden.

Solle der Übergang der Sowjetgesellschaft zum Sozialismus zustande kommen, dann sei eine politische Revolution à la Trotzki nicht ausreichend; erforderlich sei eine totale gesellschaftliche Umwälzung, die die Produktionsverhältnisse qualitativ verändert.

4.3.2 Abwendung von der »Etikettierung«

Zu Beginn der fünfziger Jahre begann eine interessante theoretische Entwicklung Gestalt anzunehmen. Einige unabhängige Marxisten, alle aus Westdeutschland, wandten sich von den seit den dreißiger Jahren vertrauten Etikettierungen ab, die sie als vorschnell ansahen, und versuchten »offenere« Theorien als die alten Auffassungen zu entwickeln. Sie bemühten sich nicht

so sehr um eine geeignete Definition als vielmehr um eine Theorie, die so weit als irgend möglich mit den wahrgenommenen Tatsachen übereinstimmte. Sogar einige derer, die noch an einer alten Theorie festhielten, hatten Vorbehalte, der Sowjetunion das traditionelle »Label« zu verpassen. So äußerte Helmut Fleischer, der der Auffassung war, daß es sich in der UdSSR um eine bürgerliche Degeneration handele:

»Eine unmißverständliche Definition des stalinistischen Rußland läßt sich nur geben, wenn dem historischen Ursprung dieses Regimes und seinem Platz in der Geschichte gebührend Rechnung getragen wird. Diese beiden Punkte sind viel wesentlicher als der Name, den man sich aussucht.«

Entsprechend lehnte er es ab, Etiketten wie »Staatskapitalismus«, »degenerierter Arbeiterstaat« oder »bürokratischer Kollektivismus« zu verwenden.⁷⁹

Wahrscheinlich steht dieser (zeitweise) Antidogmatismus im Zusammenhang mit dem Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion 1949 und der Entstehung einer titoistischen Bewegung in der Bundesrepublik unter dem Namen »Unabhängige Arbeiterpartei«. ⁸⁰ Obwohl die UAP nur eine kurzlebige Erscheinung war – die Partei bestand von 1950 bis 1951 – und Titos wichtigster Ideologe, Milovan Djilas, in dieser Periode eine Variante der Theorie des Staatskapitalismus vertrat, ⁸¹ scheint der aufkommende Zweifel an der kommunistischen Orthodoxie auch andere, gewagtere Auffassungen angeregt zu haben. Die neue Heterodoxie machte sich sowohl im linken Flügel der westdeutschen Sozialdemokratie wie in den Kreisen um die UAP bemerkbar.

4.3.2.1 Sternberg

Der Ökonom Fritz Sternberg (1895-1963)⁸², der bereits seit 1926 – als er sein Hauptwerk *Der Imperialismus* publizierte – über internationalen Ruhm verfügte, brachte in den fünfziger Jahren einige Beiträge zur Analyse der Sowjetunion heraus. Aus diesen Schriften wurde deutlich, daß Sternberg nicht mehr, wie etwa zwanzig Jahre zuvor, dem Trotzismus nahe stand, sondern eine eigene Variante des »demokratischen Sozialismus« entwickelt hatte.

In seinem 1951 erschienenen umfangreichen Werk *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht* versuchte Sternberg unter anderem die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft seit 1917 unter Berücksichtigung der sich verändernden Weltsituation in den Hauptlinien zu analysieren. Bemerkenswert ist, daß er, anders als so viele andere vor ihm, jeder Versuchung, Etiketten zu verwenden, widerstand. Rußland – Sternberg schrieb fast nie »Sowjetunion« – habe einerseits den feudalen Verhältnissen im eigenen Land ein Ende bereitet und auch den Kapitalismus aus dem Weg geschafft. Andererseits sei jedoch kein Sozialismus oder etwas ähnliches zustande gebracht

worden, sondern eine repressive Parteidiktatur, die bestimmte zaristische Traditionen fortsetze. Das Resultat dieser Ambivalenz (die Sternberg zufolge historisch unvermeidlich gewesen sei) sei unter politischem Gesichtspunkt eine zwiespältige Gesellschaftsform, in der progressive und reaktionäre Tendenzen vermengt sind:

»Es ist nutzlos, es [das neue Staatengebilde – MvdL] mit einem Namen decken zu wollen; es ist irreführend, über der einen Seite der russischen Entwicklung die andere zu vergessen [...].«⁸³

In seiner Rekonstruktion der Entwicklung seit der Oktoberrevolution machte Sternberg auf eine Anzahl von Aspekten aufmerksam, die bereits von anderen genannt worden waren: die schmaler gewordene soziale Grundlage der Parteidiktatur, wie sie unter anderem in der Etatisierung der Gewerkschaften sichtbar wurde, die Neigung zu Autarkie usw. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, daß die Parteidiktatur anfänglich (unter Lenin) noch primär gegen die alten Ausbeuter gerichtet gewesen war, sich aber allmählich immer mehr als eine Diktatur entpuppt hatte, die über eine drastische Senkung des Lebensstandards von Arbeitern und Bauern die Industrialisierung forcierte.

Diesen bekannten Thesen fügte Sternberg zwei neue Aspekte hinzu. Erstens meinte er, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft nur dann richtig verstanden werden kann, wenn man in dem Resultat die Parallele mit der asiatischen Produktionsweise erkennt. Der Umstand nämlich, daß der Staat der Eigentümer der Maschinerie der Landwirtschafts-Kollektive (Traktoren und dergleichen) ist, macht diese Kollektive genauso abhängig vom Staat wie die Dorfgemeinschaften seinerzeit in China.⁸⁴

Zweitens bezeichnete Sternberg die Nachkriegs-Expansion der Sowjetunion in Osteuropa als »roten Imperialismus«, fügte aber hinzu, daß es um einen ganz anderen Imperialismus als den kapitalistischen geht. Während der Kapitalismus in seinen Kolonien ein Bündnis mit den Großgrundbesitzern eingeht, befördert die UdSSR agrarische Revolutionen; während der Kapitalismus die Industrialisierung seiner Kolonien gewöhnlich behindert, fördert die UdSSR diese gerade; und während der Kapitalismus expandiert, um seinen Warenüberschuß mit hohem Gewinn zu verkaufen, hat die Sowjetunion gerade einen Mangel an Gütern und keinen ökonomischen Bedarf, diese andernorts zu verkaufen. Kurzum: Das gesellschaftliche Wesen des »roten Imperialismus« ist völlig anders beschaffen als das Wesen des westlichen Imperialismus. Dies bedeutet auch, so Sternberg, daß für die Sowjetunion keine inhärente Notwendigkeit zur Expansion gegeben ist, auch wenn eine solche Expansion für die Behauptung des Regimes einen gewissen Nutzen haben kann.

In demselben Jahr, in dem sein Buch erschien, publizierte Sternberg auch eine Broschüre über die Sowjetunion unter dem Titel *So endete es... Im großen und ganzen* äußerte er hier dieselbe Auffassung wie in seinem Buch, jedoch

mit einem wichtigen Unterschied: Er sprach nicht mehr von einer Gesellschaft, in der sich progressive und reaktionäre Tendenzen miteinander verbinden, sondern im Gegenteil über den »reaktionärsten Staat der Welt«, der weltweit auf allen Ebenen (politisch, militärisch, ideologisch) bekämpft werden müsse.⁸⁵

4.3.2.2 Cycon

Der Journalist Dieter Cycon (geb. 1923)⁸⁶ publizierte 1952-53 als »D.C.« einige bemerkenswerte Artikel in dem von Fritz Lamm u.a. herausgegebenen unabhängigen linkssozialistischen Monatsblatt *Funken*. Angeregt von Repliken (von Henry Jacoby alias Sebastian Franck und dem aus Deutschland in die Niederlande geflüchteten Linkssozialisten Frits Kief) erweiterte Cycon seine Analyse später noch etwas.

Cycon, der das Werk von Sternberg kannte,⁸⁷ verhielt sich mindestens so vorsichtig wie dieser. In der Antwort an seine Kritiker begründete er diese Haltung so:

»Die meisten Beobachter sind der Ansicht, daß wir über die Vorgänge in der Sowjetunion recht wenig wissen, und das Wenige ist lückenhaft und immer aus besonderem Blickwinkel gesehen. Schließlich handelt es sich um ein geschichtlich einmaliges Experiment und es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten. Wir können aus einer Reihe von Anhaltspunkten vorsichtig Schlußfolgerungen ziehen mit dem Bewußtsein, daß sie sich jederzeit als falsch herausstellen können.«⁸⁸

In der Entwicklung der Sowjetunion seit dem Beginn des ersten Fünfjahresplans 1928 sieht Cycon das Wirken dreier wesentlicher Faktoren: die diktatorische Macht einer kleinen leitenden Gruppe in der Kommunistischen Partei; die forcierte Industrialisierung; und als Resultat dieser Industrialisierung das Aufkommen einer breiten Schicht von technischen und ökonomischen Funktionären, die er als »neue Intelligenz« bezeichnet.

Diese neue Intelligenz nimmt – da das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht mehr von Bedeutung und Wissen deshalb wichtiger als Eigentum ist – einen gesellschaftlich sehr wesentlichen Platz ein. Sie umfaßt eine sehr breite Skala von Berufsgruppen, die sich voneinander qua Einkommen und gesellschaftlicher Macht sehr stark unterscheiden. Obwohl es dieser Schicht im Durchschnitt besser geht als den Arbeitern und Bauern, ist sie in sich noch so stark differenziert, daß sich der Lebensstandard der untersten Teile dieser Schicht dem der Arbeiter annähert. Die sozialen Grenzen untereinander sind darum noch fließend.

Das wichtigste Mittel, mit dem Mitglieder der neuen Intelligenz ihre Position erobern und behaupten können, ist ihr Fachwissen. In dem Maße, in dem das Wissen sozial weiter monopolisiert wird (indem die höhere Schulbildung

anderen als den Kindern der neuen Intelligenz unmöglich gemacht wird), kann die Wissenselite sich fortschreitend isolieren und zu einer echten herrschenden Klasse umbilden. Eine solche Tendenz ist nach Cycon klar erkennbar, der Prozeß sei jedoch sicher noch nicht abgeschlossen:

»es ist der Oberschicht der Millionen kleinen und größeren Funktionäre noch keineswegs gelungen, diese Klassenbildung zu stabilisieren.«⁸⁹

Cycon äußert sich nicht explizit zu der Frage, ob der Prozeß der Klassenbildung jemals den Punkt der Stabilität erreichen wird. Seine Argumentation scheint eher in eine andere Richtung zu zeigen. Er verweist darauf, daß das »phänomenale Wachstum« der Sowjetökonomie seit etwa 1930 durch die Kombination dreier Elemente möglich gewesen ist: Vorrang der Produktion von Investitionsgütern; ein sehr niedriger Lebensstandard als Resultat der geringen Produktion von Konsumgütern; und umfassender Terror, der notwendig war, um die Bevölkerung zur Akzeptanz der Entbehrungen zu zwingen.⁹⁰

Cycon konstatiert (Anfang der fünfziger Jahre), daß diese Politik Ergebnisse gezeitigt hat: *Die Schwerindustrie hat ein hohes Niveau erreicht, und die militärische Macht des Landes ist beträchtlich angewachsen.* Darum ist die Zeit angebrochen, in der der Konsumgüterproduktion größere Bedeutung zugemessen wird, wie es auch aus dem jüngsten Fünfjahresplan ersichtlich ist. Jetzt werde es möglich, entweder den Lebensstandard der neuen Intelligenz weiter anzuheben, so daß ihre Konsolidierung zur herrschenden Klasse erfolgen kann, oder den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu verbessern und so die Nivellierung zu fördern (wodurch auch der Terror abnehmen könne).

Welche der beiden Optionen die Sowjetführung wählt, hängt von den Verhältnissen an der Spitze ab. Cycon verzeichnet einen Gegensatz zwischen der Parteiführung einerseits und der Bürokratie in Wirtschaft und Staat andererseits. Die Bürokratie, die während des Zweiten Weltkriegs Macht gewonnen habe, wirke in die Richtung des Klassenstaats; die Parteiführung bremse diese Entwicklung gerade ab. Die Parteiführung – über der entstehenden Klasse stehend – widersetzte sich bürokratischen Auswüchsen und trachtete, durch Säuberungen die gesellschaftliche Dynamik zu erhöhen. Indem sie in breiten Schichten der Bevölkerung Unterstützung suche, bemühte sie sich, die Bürokratie unter Kontrolle zu bringen. Cycon scheint in das Gelingen dieser Absicht Vertrauen zu setzen. Einer seiner Aufsätze enthält jedenfalls die Behauptung, daß der allgemeine Lebensstandard von 1960 an sehr beträchtlich steigen werde.⁹¹

4.3.2.3 Frölich

Paul Frölich (1884-1953), ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, der in der Weimarer Republik unter anderem einige Jahre die KPD als Delegierter

im Reichstag vertreten und sich später (1932) der Sozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen hatte, führte von 1934 bis 1950 – erst in Frankreich, dann in den Vereinigten Staaten – das Leben eines Verbannten. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik wurde er Mitglied der SPD und publizierte unter anderem in der Zeitschrift *Funken*, zu der auch Cycon Beiträge lieferte.⁹²

Während der letzten Jahre seines Lebens arbeitete Frölich an einem Buch über das Wesen des Stalin-Regimes. Fragmente dieser unvollendet gebliebenen Studie wurden erst Dutzende von Jahren später publiziert.⁹³ Dennoch wurden wichtige Elemente von Frölichs Theorie bereits Anfang der fünfziger Jahre durch kleinere Beiträge in der westdeutschen politischen Presse und seine Korrespondenz mit anderen Linkssozialisten bekannt. Frölich – der in einem Brief an Rosdolsky die Sowjetgesellschaft »Eine neue politische Erscheinung!« genannt und hinzugefügt hatte: »Der Name wird sich schon finden. Einstweilen genügt es, wenn man die Sache umschreibt.«⁹⁴ – erklärte die Entstehung der stalinistischen Diktatur, ebenso wie die meisten AutorInnen, zu einem guten Teil aus dem Ausbleiben der sozialistischen Revolution im Westen. Doch anders als die meisten leitete Frölich dieses Ausbleiben aus objektiven Ursachen ab: Nicht allein in Rußland, auch andernorts seien die Voraussetzungen für den Sozialismus noch nicht reif gewesen. Die russische Revolution als Versuch, den Sozialismus aufzubauen, mußte deshalb scheitern. Das Resultat ist:

»eine Wirtschaftsordnung, auf die die kapitalistische Entwicklung zustrebt, eine staatliche Planwirtschaft. Aber es ist eine solche, die die kapitalistischen Schranken durchbrochen hat, eine Planwirtschaft ohne Kapitalisten, für die die kapitalistischen Gesetze nicht mehr gelten. Und diese Planwirtschaft wird verwirklicht in einer Gesellschaft schroffster Widersprüche und barbarischer Herrschaftsmethoden, die im Grunde eine Frucht der Unreife für den Sozialismus sind.«⁹⁵

In den posthum erschienenen Textfragmenten (die sich zum Teil mit den während seines Lebens erschienenen Betrachtungen inhaltlich decken), versucht Frölich, die Kenntnis der Sowjetbürokratie zu vertiefen, indem er deren Unterschiede und Übereinstimmungen mit »klassischen« herrschenden Bürokratien, wie im kaiserlichen China, untersucht. Von der Überlegung ausgehend, daß die augenscheinlich stabilen Bürokratien des »chinesischen« Typs nur in beträchtlich ausbalancierten Gesellschaftsformationen bestehen können, in denen die ökonomische und soziale Entwicklung beschränkt bleibt, gelangt er zu der Folgerung, daß die Sowjetbürokratie eine Erscheinung anderer Art ist. Frölich sieht in der aus der Oktoberrevolution entstandenen Gesellschaft eine Anzahl prekärer Gleichgewichte miteinander verbunden, die binnen kürzerer oder etwas längerer Zeit instabil werden würden.

Erstens fehlen Zwischenschichten, die den Gegensatz zwischen der bürokratischen »Maschine« und der Mehrheit der Bevölkerung auffangen und kanalisieren können. Während sich zum Beispiel der absolutistische Staat bei

der Ausbeutung der Landbevölkerung lange Zeit vom Adel und ansehnlichen Teilen der Bourgeoisie unterstützt wurde, ist die »totalitäre« Sowjetbürokratie Staatsapparat, Ausbeuter und Unterdrücker zugleich. Dies zwingt die herrschende Schicht zu einem sehr brutalen und repressiven Regime, dessen Fragwürdigkeit erkannt werde, sobald die Volksmassen in Bewegung kommen.

Zweitens entwickelt sich die herrschende bürokratische Schicht immer mehr zu einer geschlossenen Elite, die für sich selbst ein Bildungsmonopol reserviert und die Züge einer abgeschlossenen Kaste aufzuweisen beginnt. Dies wird im Laufe der Zeit große Folgen für die Tatkraft und Entschlußfähigkeit der Elite haben:

»Wo ihre Herrschaft zum gesicherten Privileg wird, verfällt unvermeidlich die Moral ihrer Träger. Die Willenskraft, die Bereitschaft zu großen Entschlüssen, das rücksichtslose Einstellen der eigenen Persönlichkeit und schließlich auch die Unbeugsamkeit in der Selbstbehauptung als herrschende Schicht müssen erlahmen. Das Regieren wird zur Routine. Wo die Maschine nach der Routine läuft, wird sie unfähig, sich neuen Bedingungen anzupassen.«⁹⁶

Drittens führt die Erstarrung der Elite zu einer fortschreitenden Bürokratisierung. Nicht allein die Arbeiterklasse, sondern auch die Bürokratie wird ihrer Bewegungsfreiheit und der Möglichkeit, initiativ zu wirken, beraubt. Intrigen und Unterwürfigkeit bestimmen fortan den Verhaltenskodex.

Viertens erstickt das Aufkommen einer mächtigen Bürokratie jedes unabhängige Denken. Kritik wird unmöglich gemacht, Denkschablonen bekommen die Oberhand. Die Partei – in früheren Tagen Forum tiefgreifender Diskussionen – degeneriert zu einer Einrichtung für das Erteilen beziehungsweise Empfangen von Befehlen.

Das Ergebnis ist, daß die nicht-sozialistische »totalitäre« bürokratische Diktatur in der nicht-kapitalistischen Planwirtschaft außerordentlich brüchig bleibt. Obwohl nicht ausgeschlossen werden kann, daß das Regime noch geraume Zeit »unerschüttert« bleiben wird, ist sein Ende unvermeidlich.

4.3.2.4 Kofler

Leo Kofler (geb. 1907), ein Schüler des Austromarxisten Max Adler, der sich selbst als »marxistischer Sozialist, der sich zur Sozialdemokratischen Partei bekennt, der er seit seiner Jugend angehört«⁹⁷, bezeichnete, hatte von 1947 bis 1950 in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR gearbeitet und war danach in die BRD umgezogen.⁹⁸ Nach seiner Umsiedlung publizierte er in schneller Folge einige Broschüren über den Stalinismus. 1951 erschien (unter dem Pseudonym Jules Dévérité) *Marxistischer oder stalinistischer Marxismus?*, eine Schrift, in der unter anderem gegen die AutorInnen polemisi-

siert wird, die zwischen der Existenz einer Planwirtschaft und dem Aufkommen einer alles durchdringenden Bürokratie einen kausalen Zusammenhang zu sehen meinen. 1952 veröffentlichte Kofler *Der Fall Lukács*, einen Essay über den ungarischen Philosophen, der seiner Meinung nach gleichzeitig als der größte Kritiker und als der größte Theoretiker des stalinistischen »Bürokratismus« gelten könne.⁹⁹ Unmittelbar hierauf folgte die Publikation *Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie*.

In dieser Broschüre versucht Kofler – indem er sich gelegentlich auf den Titoismus stützt – zum Wesen der Sowjetgesellschaft durchzudringen. Obwohl er gleich den Trotzkiisten die stalinistische Bürokratie als eine bevorrechtete soziale Schicht bezeichnet,¹⁰⁰ die innerhalb einer großenteils auf sozialistischen Prinzipien basierenden Planwirtschaft operiert,¹⁰¹ widerspricht er doch der Auffassung, daß diese Bürokratie wesentlich parasitär ist. Der Umstand, daß sie Privilegien anstrebt und verteidigt, erklärt wenig; die Frage muß lauten, welche Umstände es der Bürokratie ermöglichen, soviel Macht anzusammeln, daß sie Privilegien nicht nur anhäufen, sondern vor allem auch Dutzende von Jahre behalten kann.¹⁰²

Kofler argumentiert, daß sogar eine nachrevolutionäre Gesellschaft, die aus einem hochentwickelten kapitalistischen Land mit einer langwährenden demokratischen Tradition entstanden ist, mit großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Im Anschluß an Marx' Bemerkungen zur Kritik des Gothaer Programms (1875) äußert Kofler die Annahme, daß unter solchen Umständen vorläufig noch ein Gegensatz zwischen der neuen Produktionsweise und der alten noch fortbestehenden Distributionsweise (Geld, bürgerliches Recht) und der Bürokratie besteht. Dabei ist es im Fall einer demokratischen Übergangsgesellschaft allerdings so, daß die Beschlußbildung von unten um sich greift und eine bürokratische Entartung der Planwirtschaft damit ausgeschlossen ist.¹⁰³

Im Fall der Sowjetunion kommen jedoch andere große Probleme hinzu. *Erstens fehlen demokratische Traditionen fast vollständig. Die wenigen Kräfte, die eine Entwicklung in die Richtung einer neuen Diktatur hätten verhindern können, wurden während des Bürgerkriegs dezimiert. Zweitens war im Rußland des Jahres 1917 noch kein fortgeschrittenes industrielles Entwicklungsniveau erreicht. In einem hochentwickelten Land entwickeln sich Akkumulation von Kapital und Produktion von Konsumgütern aufeinander zu – ein Gedanke, den Kofler nicht weiter erläutert –, und die Akkumulation erfolgt nicht auf Kosten der Konsumtion. In einer unterentwickelten Gesellschaft wie der Sowjetunion besteht jedoch eine Kluft zwischen beiden Wirtschaftssektoren. Die ursprüngliche Akkumulation – aus der Produktion von Produktionsmitteln – erfolgt zum Nachteil der Konsumgüterproduktion. Die Bürokratie erhält hierdurch die unerfüllbare Aufgabe, die Kluft, wenn nicht zu überbrücken, so doch nicht explosiv werden zu lassen. Scheinbar agiert sie als objektiver Schiedsrichter, der ausschließlich an den Belangen der Gesamtheit*

interessiert ist, das heißt an der Erhaltung eines »Gleichgewichts« zwischen Konsumtion und Akkumulation. Aber faktisch verteidigt sie die Interessen der Akkumulation gegen die Interessen der Massen. Im Zusammenhang dieser Politik schreckt sie nicht davor zurück, ihre Macht auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche – einschließlich des kulturellen und geistigen Sektors – auszudehnen.¹⁰⁴ Bemerkenswert ist dabei, daß die stalinistische Bürokratie, anders als die gegenwärtige kapitalistische, aus subjektiv aufopferungsbereiten und »idealistischen« Menschen besteht. Kofler registriert eine gewisse Ähnlichkeit mit der frühbürgerlichen Bourgeoisie (16. und 17. Jahrhundert). Ebenso wie die bürgerlichen Kräfte damals – verwickelt in einen hartnäckigen Kampf gegen die Reste des Feudalismus – ist auch die stalinistische Elite engagiert und optimistisch. Beide soziale Gruppen weisen die Kennzeichen auf, die Marx und Weber als typisch für die frühe Bourgeoisie ansehen:

»Akkumulationswut, Fleiß und Versenkung dieser Haltung ins Ethische mit dem Zweck, damit eine vornehmlich auf Disziplinierung hinzielende erzieherische Wirkung nicht nur in den eigenen Reihen, sondern vor allem auch bei den arbeitenden Massen zu erzielen.«¹⁰⁵

Selbstverständlich bringt Kofler diese Analogie – die er übrigens nicht zu weitreichend anlegen will, da die Stalinisten zum Beispiel des asketischen Fanatismus und des individuellen Strebens nach Sparsamkeit entbehren – in Zusammenhang mit dem Umstand, daß die frühbürgerliche wie die stalinistische Bürokratie für den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation instrumental waren.¹⁰⁶

Auf Grund dieser Einschätzung gelangt Kofler zu der Folgerung, daß der Stalinismus mit seinem Bürokratismus und Terror »früher oder später« verschwinden wird.¹⁰⁷ Sobald die Kluft zwischen Akkumulation und Konsumtion geschlossen ist, wird eine Planwirtschaft auf demokratischer Grundlage entstehen können.

4.4 Debatten und wechselseitige Kritiken

4.4.1 Die Deutscher-Debatte

Bis weit in die vierziger Jahre hatten die Diskussionen vornehmlich die Frage zum Thema, wie das Sowjetsystem entstanden ist und wie es, in marxistischen Begriffen, historisch eingeordnet werden muß. Soweit über das endogene Ende dieses Systems nachgedacht wurde, herrschten zwei Auffassungen vor: Entweder werde die Arbeiterklasse mit der stalinistischen Diktatur kurzen

Prozeß machen, oder diese Diktatur werde lange Zeit bestehen bleiben und sich selbst allmählich überflüssig machen.

Der polnisch-britische Journalist und Historiker Isaac Deutscher (1907-1967), der bis um 1940 unter dem Pseudonym Josef Bren Mitglied der Vierten Internationale war,¹⁰⁸ entwickelt im Lauf der vierziger Jahre eine andere Auffassung vom Untergang der bürokratischen Herrschaft. Dies wurde zumindest beim Erscheinen seiner Stalin-Biographie 1949 deutlich. In diesem monumentalen Werk läßt Deutscher keinen Zweifel daran, daß er eine schnelle Evolution zur Demokratie für möglich, ja sogar für wahrscheinlich hält.¹⁰⁹ Ausführlich vertritt Deutscher diese Auffassung 1953 in dem Buch *Russia after Stalin*. In dieser Monographie – während der ersten Monate nach Stalins Tod geschrieben – wird die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats sowohl *verteidigt als auch kritisiert*. Deutscher faßt den Stalinismus – in dem er marxistische und »halb-asiatische« Elemente ausmacht – als eine historisch unvermeidliche Industrialisierungs-Diktatur auf, die im Eiltempo eine neue hochentwickelte sozialökonomische Struktur hervorgebracht hatte. Nachdem nun das Werk der forcierten Akkumulation großenteils vollbracht war, wurde das politische Regime mehr und mehr obsolet:

»Der Stalinismus hat seine historische Funktion erschöpft. Wie alle anderen großen Revolutionen hat die russische Revolution rücksichtslos von Macht und Gewalt Gebrauch gemacht, um eine neue gesellschaftliche Ordnung entstehen zu lassen und ihr Überleben zu sichern. Ein alteingessenes Regime vertraut für sein Weiterbestehen auf die Macht gesellschaftlicher Gewohnheiten. Eine revolutionäre Ordnung schafft neue Gewohnheiten durch Macht. Erst wenn ihr materieller Aufbau beständig und konsolidiert ist, kann sie auf die ihr innewohnende Lebenskraft vertrauen; dann befreit sie sich von dem Terror, der sie vorher geschützt hat.«¹¹⁰

Die auf Stalins Tod folgenden Veränderungen waren Deutscher zufolge ein Präludium für die fortschreitende Anpassung des politisch-kulturellen »Überbaus« an die neue ökonomische »Basis«.

Obwohl er einen Rückfall in den Stalinismus nicht ausschloß, meinte Deutscher, daß angesichts dessen Überholtheit eine solche Regression nur von kurzer Dauer sein könne. Als zweite Möglichkeit sieht er die Errichtung einer Militärdiktatur, die eingeführt werden könne, wenn die Auflösung des Stalinismus zu Unordnung und Nachlassen gesellschaftlicher Disziplin führen würde. Ein solches »napoleonisches« Regime werde die Wirtschaftsordnung nicht antasten, aber den Überbau auf autoritäre Weise transformieren, und sich dem Ausland gegenüber vielleicht aggressiv verhalten. Diese Variante werde jedoch erst dann eine reelle Verwirklichungschance haben, wenn die dritte Alternative nicht greife. Diese dritte Möglichkeit ist Deutscher zufolge die wahrscheinlichste: Die Reformer, angeführt von Malenkov, würden eine allmähliche Evolution in demokratischer Richtung bewerkstelligen.

»1930 befürwortete Trotzki eine 'begrenzte politische Revolution' gegen den Stalinismus. Er sah sie nicht als voll entwickelte soziale Umwälzung, sondern als 'administrative Operation' an, die sich gegen die Chefs der politischen Polizei und eine kleine Clique, welche die Nation terrorisiert, richtet. Wie so oft war Trotzki seiner Zeit tragisch voraus und prophetisch in seiner Vision der Zukunft, obgleich er sich nicht vorstellen konnte, daß Stalins engste Verbündete in Übereinstimmung mit seinem Plan agieren würden. Was die Regierung Malenkows jetzt ausführt, ist genau die 'begrenzte Revolution', die Trotzki sich vorstellte.«¹¹¹

Deutscher wiederholte diese Theorie der »Demokratisierung von oben« bei vielen Gelegenheiten und hielt bis zu seinem Tode daran fest.¹¹²

Es ist unmittelbar deutlich, daß Deutschers Auffassung einen Bruch mit Trotzki implizierte. Während Trotzki sich eine »politische Revolution« nur als eine von der Arbeiterklasse erkämpfte Umwälzung vorstellen konnte – ausgehend von der Erwägung, daß es keine Elite gibt, die selbst ihre Macht an andere abtritt –, erklärt Deutscher einen Teil der Bürokratie zum revolutionären Subjekt. Selbstredend rief dieser Revisionismus scharfe kritische Reaktionen bei den orthodoxen Trotzkiisten hervor. Die Zeitschrift *Fourth International* verglich Deutscher mit Eduard Bernstein und qualifizierte ihn als Phantasten:

»Malenkows 'begrenzte Revolution' ist bisher ein Produkt von Deutschers Phantasie geblieben. Die Druckerschwärze in seinem neuen Buch war kaum trocken, als in der Sowjetunion die neue blutige Säuberung begann und Malenkows Armee den revoltierenden ostdeutschen Arbeitern mit Panzern, Maschinengewehren und Massenverhaftungen der Streikenden antwortete.«¹¹³

Ungeachtet dieser Kritik waren manche Trotzkiisten von Deutschers heterodoxer Theorie beeindruckt. Die meisten von ihnen – Leute wie Bert Cochran und Harry Braverman – verließen schon bald die trotzkiistische Bewegung.¹¹⁴

Auch außerhalb des trotzkiistischen Milieus verursachte Deutscher heftige Kontroversen. Der französische Soziologe Raymond Aron publizierte einen scharfen Angriff in der antikommunistischen Zeitschrift *Preuves*. Deutschers Prognose wies er zurück. Den Gedanken der allmählichen Demokratisierung disqualifizierte er als verzweifelte Hoffnung des Marxismus, den Sozialismus und »den Traum von 1917« zu retten. Viel wahrscheinlicher sei die Entstehung einer bonapartistischen Diktatur, eine Entwicklung, der Aron mit einigem Optimismus entgegenschah, da die militärischen Machthaber seiner Meinung nach eine Annäherung an den Westen suchen würden.¹¹⁵ Deutscher antwortete Aron und nebenher auch seinen trotzkiistischen KritikerInnen in der links-katholischen Zeitschrift *Esprit*. Prinzipiell widersprach er in dieser Replik allen AutorInnen – ob sie nun marxistisch argumentierten oder nicht –, die in der Sowjetunion einen monolithisch erstarrten Block sahen. Nachdrücklicher noch als in *Russia after Stalin* vertrat Deutscher, daß der Stalinismus eine nicht-kapitalistische Industrialisierungs-Diktatur bildet, die mit Gewalt die